

JAHRESBERICHT

der Kommission Polizeiliche
Kriminalprävention der
Länder und des Bundes

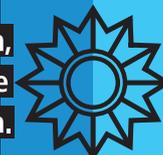
2021

Schwerpunkte | Projekte | Kampagnen

50

Jahre Zusammenarbeit,
die Sicherheit schafft.

Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.



Ihre Polizei

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Thema des Jahres	
50 Jahre Zusammenarbeit, die Sicherheit schafft	6
Schwerpunktprojekte 2021	
Betrug durch falsche Polizeibeamte bleibt Thema	12
Einbruch: Prävention durch Aufklärung	14
Kampagne „Stop Pickpockets“: Mit kleinen Monstern gegen Taschendiebstahl	18
Maßnahmen gegen Geldautomatensprengung	20
Keine Chance für Gewalt an Schulen	22
Schutz vor Internetgefahren	23
Kooperation mit WhatsApp: Kampagne zum Schutz vor Betrug per Messenger	25
Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie	26
Prävention von sexueller Ausbeutung von Kindern im Tourismus	29
Islamismusprävention: Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen	30
Rechtsextremismus- und Antisemitismusprävention: Immunisierung gegen Verschwörungsmythen	33
Ausrichtung der Kommunikation der Polizeilichen Kriminalprävention	36
Schutz von gefährdeten Orten im öffentlichen Raum	38
Unterstützung für Zuwanderinnen und Zuwanderer	40
Online-Datenbank für Betroffene von Straftaten (ODABS) ersetzt VIKTIM bei EXTRAPOL	42
Demokratie und Zivilcourage – Stärkung der demokratischen Resilienz der Polizei	44
Interne Öffentlichkeitsarbeit	
Newsletter „PRÄVENTION aktuell“ und „PRÄVENTION spezial“	46
Der PiN – Newsletter für Polizeibeschäftigte	47
Seminar für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden	48
„Chefsache Prävention“ – Der Newsletter für Führungskräfte der Polizei	50
Externe Öffentlichkeitsarbeit	
www.polizei-beratung.de: Das Portal der Polizeilichen Kriminalprävention	51
Polizei für dich: Online-Angebot für Kinder und Jugendliche	52
Internetplattform der Zivilcourage-Initiative Aktion-tu-was	53
Internetseite der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH	54
Sounds Wrong: Internetseite der Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie	55
Newsletter für Bürgerinnen und Bürger	56
Informationsangebote für Journalistinnen und Journalisten	57
Präsentation kriminalpräventiver Botschaften auf Fachmessen	58

Qualitätssicherung

Jährlicher Prüfzyklus gewährleistet hohen Qualitätsstandard unserer Produkte	59
Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen in den Blick nehmen	60

Forschung und Wissenschaft

Digitalbarometer 2021: Cybersicherheit geht jeden an	62
--	----

Kommission Polizeiliche Kriminalprävention

Gremienstruktur und Organisation	68
Arbeitsgebiete	70
Projektgruppen	72
Kooperationspartner	76

Medien der Polizeilichen Kriminalprävention

Angebote für die Bevölkerung	86
Angebote für Fachkräfte und Multiplikatoren	95
Online-Angebote	97
Social Media-Angebote	99
Interne Angebote für die Polizei	100

Ansprechpartner der Polizeilichen Kriminalprävention	102
Impressum	103



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

auch im vergangenen Jahr bestimmte die Corona-Pandemie weite Teile der gesellschaftlichen Entwicklung und somit auch die Arbeit der Polizei. Nichtsdestotrotz wurden die Maßnahmen der Polizeilichen Kriminalprävention unter Nutzung aller technologischen Innovationen fortgeführt und laufend angepasst. Die besonderen Herausforderungen im Bereich des menschlichen Miteinanders und eines konstruktiven inhaltlichen Diskurses blieben naturgemäß erhalten. So darf es nicht verwundern, dass einer der inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) erneut auch gerade auf den Umgang mit Verschwörungsmythen abzielte und Fragen zu Werten und Einstellungen berührte.

Dieses zeigte sich umso relevanter, als dass aus Krisensituationen wie dem dramatischen Hochwasser in Teilen von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und anderswo im Juli des vergangenen Jahres deutlich wurde, wie begrenzt die menschlichen Möglichkeiten zur Abwehr bestimmter Phänomene erscheinen. Extremistische Akteure versuchten in einer chaotischen Phase die dargestellte Ohnmacht des Staates angesichts der folgenschweren Überschwemmungen für ihre eigenen Ziele auszunutzen. Ähnliches geschieht durch geneigte Kräfte im Rahmen der Corona-Thematik. Während Verfassungsschützer von einem neuen nachrichtendienstlichen Phänomenbereich sprechen, der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“, sucht die Polizeiliche Kriminalprävention fortlaufend auch hier nach Möglichkeiten, Beiträge zur gesellschaftlichen Stabilisierung zu entwickeln.

Konsequent wurde die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Kriminalprävention auch in Richtung der sozialen Medien verstärkt. Mit den herausgegebenen weiteren Social Media-Kits zu den Themenbereichen Antisemitismus/Verschwörungstheorien sowie Missbrauchsdarstellungen (Kinderpornografie) sind nunmehr hochwertige Angebote verfügbar, die sich teilweise auch direkt an die Zielgruppe richten. Hier wurde der geschützte Raum der Pädagogik verlassen und gegenüber der Gruppe junger Menschen ein schwieriges Thema auf Augenhöhe eröffnet. Allein die zwölf Clips zur Kampagne gegen Missbrauchsdarstellungen wurden über 30 Millionen Mal im Internet angeschaut.

DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT WURDE MIT DEM ZIEL DER KRIMINALPRÄVENTION IN RICHTUNG DER SOZIALEN MEDIEN VERSTÄRKT.

Auch diese Realisierung ist insbesondere durch die maßgebliche Würdigung und Unterstützung der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) sowie ihrer Vorsitzenden, Dr. Stefanie Hinz, ermöglicht worden.

Zu erwähnen ist daneben Sabine Thureau, Präsidentin a. D. des Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA), die bis zum 31.03.2021 langjährige Angehörige der PL PK war und sich mit der Durchführung des – mittlerweile schon traditionsreichen – Seminares für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden unter ihrer Federführung zu dem Thema „Sexualisierte Gewalt an Minderjährigen:

Herausforderungen für Repression und Prävention“ am 28./29.06.2021 in Heidelberg ein selbstgestecktes Ziel erfüllt und in beeindruckender Weise einen fachlichen Austausch unter Expertinnen und Experten zu einer schwierigen Materie ermöglicht hat.

Weitere beachtliche Ergebnisse aus der vielfältigen fachkundigen Arbeit der Präventionsakteure der Polizeien der Länder und des Bundes konnten dank der PL PK durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen sowie Bereitstellung entsprechender Ressourcen erreicht werden. Nähere Einzelheiten hierzu finden Sie in dem Kapitel „Schwerpunktprojekte 2021“ dieses Jahresberichts. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch dem Bundesministerium des Innern und für Heimat für die maßgebliche Förderung der Kampagne „SOUNDS WRONG II“ gegen die strafbare Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen sowie für die Möglichkeit der Fortsetzung der „Zivilen Helden“ zur Intensivierung der Rechtsextremismus- und Antisemitismusprävention.



Stephan Nietz

Stephan Nietz

Vorsitzender Kommission Polizeiliche
Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Während die im Frühjahr angesetzte Tagung der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention zunächst in Form einer Videokonferenz durchgeführt werden musste, konnte erfreulicherweise der direkte vielfältige Austausch zu den verschiedenen Themen nach einer entschärften Pandemiesituation im Juni 2021 in Dresden nachgeholt werden. Es zeigte sich erneut, wie wertschöpfend gerade auch die persönliche Debatte zu einer konstruktiven Weiterentwicklung gemeinsamer Anliegen und Ideen beiträgt. Insoweit fand die Fortsetzung der inhaltlichen Arbeit bereits im Oktober in Quedlinburg dankbares Engagement bei allen Mitwirkenden.

„Zusammenarbeit, die Sicherheit schafft“ lautet daher auch das Motto, das wir uns für das diesjährige (Jubiläums-) Jahr gegeben haben: Seit 50 Jahren leistet die Polizeiliche Kriminalprävention im Zusammenwirken verschiedener Gremien sowie internen und externen Fachleuten erfolgreich Präventionsarbeit. Nur gemeinsam konnte entstehen, auf was wir heute zurückblicken: Ein von Ländern und Bund getragenes Programm, mit dem die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität aufgeklärt und Schutzempfehlungen vermittelt werden. Dieses Programm werden wir auch in Zukunft – immer angepasst an die jeweiligen Voraussetzungen – fortführen.

THEMA DES JAHRES: 50 JAHRE ZUSAMMENARBEIT, DIE SICHERHEIT SCHAFFT

Mit einem zukunftsweisenden Beschluss legte die Innenministerkonferenz vor 50 Jahren den Grundstein für die von allen Ländern und dem Bund getragene (Kriminal-) Polizeiliche Präventionsarbeit: Für das Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm KPVP, den Vorgänger des heutigen ProPK. Ab 1970 waren darin alle Länder und der Bund vertreten. 1972 wurde eine Projektleitung (PL) eingerichtet. Diese hatte zunächst die Aufgabe, das Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm finanziell auf eine sichere Basis zu stellen. Dies gelang 1975 durch ein Finanzierungsabkommen zwischen allen Ländern und dem Bund, das in seiner Fassung aus dem Jahre 1993 bis heute Gültigkeit hat und die Grundlage für eine kontinuierliche und verlässlich planbare Präventionsarbeit darstellt. Aufgrund der mit der Institutionalisierung des KPVP einhergehenden Erhöhung der Finanzmittel auf 1,5 Mio. DM war es nunmehr auch möglich, professionelle Werbe- und PR-Agenturen mit der Gestaltung der Medien zu betrauen – rückblickend eine Entscheidung mit strategischem Weitblick, denn zur Planung, Realisierung und bundesweiten Abwicklung der Präventionsmaßnahmen und -projekte wurde beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart die Geschäftsstelle der Projektleitung für das KPVP eingerichtet.

Bis dahin hatte ein (virtuelles) „Ständiges Redaktionskomitee“ – bestehend aus fünf Bundesländern und dem Bundeskriminalamt – die Aufgabe, der AG Kripo die Jahresthemen für das KPVP vorzuschlagen. Den Vorsitz übernahm zunächst das Bayerische Landeskriminalamt. Erarbeitet wurden unter anderem Vorbeugungsempfehlungen gegen Diebstahl, Einbruch und Gewalt, die nicht nur über Medien wie Plakate und Faltblätter, sondern auch über Funk und Fernsehen verbreitet wurden.

Einen festen Etat hierfür gab es allerdings nicht, vielmehr brachten die Länder und das Bundeskriminalamt jährlich jeweils die Summen auf, mit der sie sich am Druck der KPVP-Medien beteiligen wollten.

Mit den Jahren wuchsen die Aufgaben des Kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramms, und um die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts in der Kriminalitätsvorbeugung zu optimieren, wurde das Ständige Redaktionskomitee 1984 in eine „Kommission Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung (KVK)“ der AG Kripo umgewandelt. Aus dieser wurde schließlich 1997 die heute fachlich zuständige „Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK)“.

Seit 25 Jahren erfolgreiches Zusammenwirken im Dreierverbund

Mit dieser Umorganisation wurde das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) vor 25 Jahren in seiner jetzigen Organisationsstruktur geschaffen und in der bundesweiten Gremienstruktur verankert. 1997 wurde auch eine Zentrale Geschäftsstelle (ZGS) eingerichtet, die sowohl die Geschäfte der Kommission (KPK) als auch der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) führt, sowie alle bundesweiten Präventionsaktivitäten der Polizei koordiniert – und damit die Präventionszusammenarbeit aller Bundesländer und des Bundes unterstützt. Sie hält außerdem Kontakt zu anderen polizeilichen Gremien und außerpolizeilichen Präventionsträgern. Projektleitung, Kommission und Zentrale Geschäftsstelle sind seither unmittelbar miteinander verzahnt und setzen das Motto „Wir wollen, dass Sie sicher leben“ in Projekten, Kampagnen und mit dem Vertrieb von Präventionsmedien um.

Dabei wurden die Kommunikationskanäle und der Einsatz der Medien im Laufe der Zeit stets an die Bedürfnisse der Zielgruppen, die erreicht werden sollten, angepasst. Und oft mussten dabei auch neue, für die Polizei ungewöhnliche Wege beschritten werden.

Von der Zeitschrift über Broschüren ins Internet

Angefangen hatte alles mit der Herausgabe der Zeitschrift „Sicher leben“, die in einer Auflage von zwei Millionen verteilt wurde. Es folgte der Vertrieb von Themenbroschüren, bis die Polizeiliche Kriminalprävention 1999 unter der Adresse **www.polizei.propk.de** ins Netz ging – und dafür im Jahr 2000 mit dem Deutschen Multimedia Award in der Kategorie „Public Affairs/Non-Profit-Organisations – Online“ ausgezeichnet wurde.



^ Themenbroschüre zum Einbruchschutz.

Eine Auszeichnung gab es auch für das erste interaktive PC-Spiel der Polizei: In Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten des Münchner Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis hatte die Polizeiliche Kriminalprävention mit „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“ ein in-

novatives Projekt gestartet, um der steigenden Gewaltbereitschaft und -kriminalität bei Kindern und Jugendlichen schon früh vorzubeugen. Umgesetzt wurde das Fachkonzept der Polizei von „Deck 13“, einem der führenden deutschen Spieleentwickler, belohnt wurde die spannende und kindgerechte Vermittlung fairen Verhaltens 2007 mit dem Spielpreis LARA EDUCATION AWARD. Die Fortsetzung der Luka-Reihe wurde von der Fachjury für den TOMMI –DEUTSCHER KINDERSOFTWAREPREIS 2008 nominiert. Die Begründung lautete: „Achtung Polizei: Gelungene Fortsetzung von ‚Luka und das Silberpferd‘. Ein spannendes Adventure-Spiel mit pädagogisch wertvollen Ambitionen. Für das Spiel spricht die konsequent propagierte Gewaltfreiheit. Lösungen kommen nur durch Kommunikation und Scharfsinn näher. Luka: Ein Fels in der Brandung großartiger Computerspiele.“

Bündelung verschiedener Professionen und Qualifikationen

Dieses Beispiel zeigt eine wichtige – und nicht neue – Erkenntnis in der Arbeit der Polizeilichen Kriminalprävention: Die erfolgreiche Umsetzung von Ideen und Konzepten kann insbesondere dann gelingen, wenn verschiedene Professionen und Qualifikationen gebündelt werden, die im Team zusammenwirken. So setzt sich die Zentrale Geschäftsstelle aus verschiedenen polizeiinternen, aber auch polizeiexternen Fachleuten zusammen. Schon früh wurde ein Soziologe eingestellt, seither zuständig für die Qualitätssicherung und wissenschaftliche Beratung. Weitere Expertise von außen holte man sich 2005 mit einer Journalistin, um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weiter zu professionalisieren. Eine im Jahr 2002 von der PL PK in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie hatte gezeigt: Die Medien des ProPK wurden von den Befragten sehr positiv bewertet, gleichzeitig waren sie aber noch zu wenig bekannt.

Deshalb wurde beispielsweise eine bundesweite Werbekampagne gestartet sowie das Medienangebot entsprechend den Interessen der Bürgerinnen und Bürger thematisch erweitert. Auch der Internetauftritt des ProPK wurde verstärkt beworben und die begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Fortgesetzt wurde dies mit der Einstellung einer Social Media-Redakteurin sowie eines Online-Redakteurs, und aus anfangs einer Journalistin wurden sechs, die sich heute um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Projektmanagement kümmern.

Ebenso fließt seit vielen Jahren externes Fachwissen sowohl in die Gremienarbeit als auch in die von der Kommission eingerichteten Projektgruppen ein. Themenabhängig arbeitet die Polizeiliche Kriminalprävention beispielsweise mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Pädagogik, Jugend und Familie sowie Soziales zusammen. Lang ist auch die Liste der Kooperationspartner, die die Polizeiliche Kriminalprävention in ihrer Arbeit unterstützen und die Polizei als verlässlichen und vor allem auch vertrauenserweckenden Botschafter ihrer eigenen Arbeit schätzen.

Bindeglied zwischen Gremien und Präventionsakteuren vor Ort: Die ProPK-Referenten

1997 kam ein bis heute unverzichtbarer Baustein in der gemeinsamen Arbeit der Polizeilichen Kriminalprävention hinzu: Die Ernennung und dauerhafte Einrichtung der ProPK-Referentinnen und ProPK-Referenten. Sie sind Teil der Präventionsorganisation ihres Landes und des Bundes und gewährleisten den unverzichtbaren Informationstransfer zwischen der strategischen Entscheidungsebene und der polizeilichen operativen Präventionspaxis. Sie beraten nicht nur ihr jeweiliges KPK-Mitglied bei dessen Erledigung der ProPK-Aufgaben, sondern sind ständige Ansprechpartner für die Dienst-



^ Bewerbung des Internetauftritts: Früher...

stellen vor Ort und unterstützen diese bei der Umsetzung der Medien und Maßnahmen des ProPK. Sie prüfen darüber hinaus Anregungen der Dienststellen zu den ProPK-Medien und leiten diese an das KPK-Mitglied weiter, das dann ggf. die ZGS und/oder KPK einbindet. Außerdem sind sie zuständig für die intensive Bewerbung der ProPK-Medien bei den Polizeidienststellen und betreiben regionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

„Wenn es das ProPK nicht schon gäbe, müsste man es erfinden“, ist ein gerne verwandtes Zitat des amtierenden KPK-Vorsitzenden Stephan Nietz, wenn er über die Evaluation des ProPK in seiner ersten Amtszeit (2006 – 2012) spricht. Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hatte bei ihrer Sitzung am 30.03.2006 nach einer vorangegangenen Evaluierung beschlossen, das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) als gemeinsam finanzierte Einrichtung weiterzuführen, jedoch den Haushaltsansatz des ProPK für die Jahre 2007 bis 2009 um jährlich jeweils fünf Prozent zu kürzen. Im Jahr 2009 sollte eine weitere Evaluierung des ProPK durch die Finanzministerkonferenz (FMK) und die Innenministerkonferenz (IMK) veranlasst werden.



^ genauso wichtig wie heute.

Zur Erledigung des Auftrages der MPK wurde eine gemeinsame Evaluierungsgruppe von Mitgliedern der Haushaltskommission und von Vertretern der Innenressorts eingerichtet. Diese verständigte sich bei Abschluss der Evaluation schließlich auf folgendes Ergebnis: „Auch aus Sicht der Finanzseite leistet das ProPK durch seine Medien und Kampagnen einen wichtigen und wertvollen Beitrag in der für die Gesellschaft bedeutsamen polizeilichen Prävention. Die zentrale Produktion der zur Vorbeugung erforderlichen Medien durch das ProPK hat wirtschaftliche Vorteile gegenüber einer Produktion dieser Medien durch jedes einzelne Land.“

WENN ES DAS PROPK NICHT SCHON GÄBE, MÜSSTE MAN ES ERFINDEN.

Seit 2000 erfolgt die Distribution der Medien des ProPK über einen leistungsfähigen Logistikdienstleister. Seit dieser Umstellung orientieren sich die Produktionsmengen der einzelnen Medien nur noch an der Nachfrage der Dienststellen. Die davor üblichen jährlichen Bedarfserhebungen konnten entfallen und den Landeskriminalämtern musste nicht der gesamte Jahresbedarf eines Bundes-

landes in einer einzigen Lieferung zur späteren Unterverteilung zugestellt werden. Dadurch konnten überdimensionierte Bestellmengen vermieden und die Lagerhaltungskapazitäten und -kosten minimiert werden. Der ProPK-Etat wird seither nicht mehr durch zu wohlwollend prognostizierte Bestellmengen der Länder aufgezehrt.

Mit Kampagnen Präventionsbotschaften nachhaltig transportieren

Um die unterschiedlichen Zielgruppen mit den Präventionsbotschaften zu erreichen, setzte man im Laufe der Jahre immer mehr auf öffentlichkeitswirksame Kampagnen.

Mit der Kampagne „El ele (Hand in Hand) – gegen Gewalt“ warb die Polizei beispielsweise 2007 in der Sprache der Zielgruppe für eine gewaltfreie Erziehung in türkischstämmigen Migrantenfamilien. Renommiertere türkische Organisationen, Unternehmen und Prominente unterstützten das Anliegen. In Fernsehspots traten sie an der Seite ihrer Familienangehörigen für die friedliche Lösung von Konflikten ein. Zentrale Botschaft war, dass eine erfolgreiche Erziehung auch ohne Härte und Gewalt möglich ist. Um Migranten nicht zu stigmatisieren, sollten sich die Presseveröffentlichungen in den deutschsprachigen Medien in Grenzen halten. Dafür wurde vermehrt in türkischen Medien auf die Kampagne aufmerksam gemacht: Die Fernsehspots wurden von fast allen in Deutschland empfangbaren türkischsprachigen TV-Sendern veröffentlicht.

Im Sender „Euro D“ liefen sie sogar zur Primetime. Ein zur Kampagne gehörendes Faltblatt wurde zusammen mit der türkischen Tageszeitung Hürriyet an rund 80.000 türkeistämmige Migranten bundesweit verteilt.

Als weiteres Beispiel sei die 2008 gestartete Kampagne „Don't drink too much – Stay Gold“ genannt. Innerhalb weniger Monate verteilte die Polizei rund 1,5 Millionen Bierdeckel mit einprägsamen Motiven, die jungen Menschen die Schattenseiten des exzessiven Alkoholkonsums vor Augen führen sollten. Mit bewusst eingesetzten „Ekelbildern“ betrat die Polizeiliche Kriminalprävention Neuland und griff – in Zusammenarbeit mit der damaligen Drogenbeauftragten der Bundesregierung – einen neuen und innovativen Ansatz in der Drogenprävention auf. Für die Kampagne konnten außerdem prominente Sportler als Testimonials gewonnen werden. Dass die Initiative die Jugendlichen wirklich erreichte, zeigten unter anderem die rund 400.000 Zugriffe auf die mit den Testimonials gedrehten Actionspots und die Zugriffe auf die Kampagnenwebsite in Millionenhöhe.

Bis heute sind Kampagnen ein effektives Instrument, um Präventionsbotschaften nachhaltig zu transportieren. Beispiele für auf mehrere Jahre hin angelegte Initiativen sind die Einbruchschutz-Kampagne K-EINBRUCH, die 2012 in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Versicherungswirtschaft, den Industrieverbänden und Errichterfirmen an den Start ging, sowie die „Aktion tu was“ für mehr Zivilcourage. Diese sensibilisiert die Bevölkerung bereits seit 2001 mithilfe von sechs einfachen Regeln, wie jede und jeder im Ernstfall helfen kann. 2018 erhielten Inhalte und Erscheinungsbild des Internetauftritts sowie die begleitenden Medien ein zeitgemäßes Outfit, die Kernbotschaften blieben unverändert.

Ebenfalls mit der Förderung von Zivilcourage befasst sich die Kampagne „Zivile Helden“, die aus dem Forschungsprojekt PräDiSiKo (Präventive Digitale Sicherheitskommunikation in sozialen Netzwerken) hervorgegangen ist.

Das Hauptergebnis aus dem Forschungsvorhaben: Kriminalprävention funktioniert auch in sozialen Netzwerken.

Sie sind, neben klassischen Kanälen wie Printmedien oder Internetseiten, ein weiterer Kommunikationskanal, um Zielgruppen mit Empfehlungen der Polizei zu erreichen und daher heute Bestandteil der strategischen Öffentlichkeitsarbeit der bundesweiten Polizeilichen Kriminalprävention.

Ausgezeichnete Präventionsarbeit

1985 wurde von der Projektleitung KPKV erstmals der Journalistenpreis für herausragende publizistische Arbeiten zum Thema „Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung“ ausgelobt. Die Jury unter Leitung des Vorsitzenden der IMK vergab Preisgelder für die beste Arbeit aus allen Medien in Höhe von 10.000 DM sowie weitere Sonderpreise im Gesamtvolumen von 12.500 DM. Mit dem Preis sollten keine reißerischen, sondern kriminalpräventiv wirkende Presseveröffentlichungen und Reportagen prämiert werden.

Auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden Präventionspreise vom KPVP ausgeschrieben, schon damals mit der Zielsetzung, erfolgreiche Präventionsprojekte im Sinne eines Best-Practice-Ansatzes bekannt zu machen und zur Nachahmung zu empfehlen. Themen waren der „Schutz älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Kriminalität“, „Initiativen der Nachbarschaftshilfe“ und „Jugend gegen Kriminalität“.

Dass sich Präventionsarbeit lohnt und dass sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, zeigen nicht zuletzt auch die Auszeichnungen, die die Polizeiliche Kriminalprävention im Laufe der letzten 20 Jahre für ihre Arbeit erhalten hat.

Neben dem Preis für die erste Website und für das Computerspiel „Luka“ sind dies vor allem Preise für innerhalb von Kampagnen entstandene Kurzfilme und Videospots. Nach wie vor zahlt sich in der Präventionsarbeit aber eines am meisten aus: Die Solidargemeinschaft aus Bund und Ländern. Weil alle an einem Strang ziehen und gemeinsame Lösungen für die Kriminalitätsprobleme von heute suchen, kann die Polizeiliche Kriminalprävention von den Erfolgen der Vergangenheit auch in der Zukunft profitieren.

Was sich deshalb seither nicht geändert hat, ist der Anspruch an unsere Arbeit und damit auch das Motto, das alle Präventionsakteure vereint: „Wir wollen, dass Sie sicher leben“.



Preise, Auszeichnungen und Nominierungen

- › **Deutscher Multimedia Award**, Kategorie „Public Affairs/Non-Profit-Organisations – Online“ für www.polizei.propk.de (2000)
- › **LARA EDUCATION AWARD** für das PC-Spiel „Luka und das geheimnisvolle Silberpferd“ (2007)
- › **Nominierung** der Fortsetzung der Luka-Reihe für den **TOMMI – Deutscher Kindersoftwarepreis** (2008)
- › **Gold Award** beim **WorldMediaFestival** in der Kategorie PUBLIC RELATIONS, Safety für die Einbruchschutzserie „Die Elster“ (2017)
- › **Silver Award** beim **WorldMediaFestival** für den Kinospot „Profi-Einbrecher trifft Raubkatze“ (2019)
- › **Auszeichnung** des Kinospots „Profi-Einbrecher trifft Raubkatze“ beim **ADC-Wettbewerb** (2019)
- › **Online-Award Gold** für SOUNDS WRONG I beim **WorldMediaFestival** (2021)
- › **Online-Award Silber** für #denkenstattsenden beim **WorldMediaFestival** (2021)
- › **Nominierung** als mutigste Kampagne für SOUNDS WRONG I beim **Deutschen Preis für Onlinekommunikation** (2021)
- › **Preis** für SOUNDS WRONG I in der Kategorie „Wissenschaft, Bildung & Kultur“ beim **Deutschen Preis für Onlinekommunikation** (2021)
- › **Cannes Corporate Media & TV Awards** für SOUNDS WRONG I (2021)

BETRUG DURCH FALSCHER POLIZEIBEAMTE BLEIBT THEMA

Hintergrund und Projektansatz

Auch im Jahr 2021 hat die fortschreitende Corona-Pandemie viele Einschränkungen und Unsicherheit für die Bevölkerung mit sich gebracht. Diese Situation nutzten findige Betrügerinnen und Betrüger aus und erweiterten ihre Maschen, um an das Geld oder die Wertgegenstände ihrer Opfer zu gelangen. Insbesondere die Betrugsmasche „Falsche Polizeibeamte“ war auch im Jahr 2021 weit verbreitet. Ziel der Kriminellen sind überwiegend ältere Menschen, die um ihre Ersparnisse gebracht werden sollen. Die Täter und Täterinnen suchen sich, beispielsweise über das örtliche Telefonbuch, Personen mit altmodisch klingenden Vornamen heraus, die sie per Telefon kontaktieren; auf den Telefondisplays der Opfer erscheint dann oftmals die Notrufnummer 110. Die Angerufenen werden unter verschiedenen Vorwänden davor gewarnt, dass das Vermögen zuhause oder auf der Bank nicht mehr sicher sei. Ein Polizeibeamter werde vorbeikommen, um das Geld oder andere Vermögensgegenstände entgegenzunehmen, um es in Sicherheit zu bringen. Viele Opfer haben durch diese Masche bereits ihre sämtlichen Ersparnisse verloren.

Zusätzlich kommen coronabedingte Varianten hinzu, bei denen sich Betrügerinnen oder Betrüger zum Beispiel als infizierte Enkel ausgeben. Sie bitten ihre Opfer um Geld für angebliche Behandlungen, welches jemand für sie abholen würde. Bei einer anderen Masche geben sich die Kriminellen als Mitarbeitende des Gesundheitsamtes aus. Sie rufen zu Unzeiten an und kommen dann vorbei, um einen Testabstrich zu machen, da zum Beispiel eine angebliche Bekannte positiv getestet im Krankenhaus liegen würde. Wenn möglich, durchsuchen sie dann die Wohnungen der Betroffenen nach Geld oder teuren Gegenständen.

Ziele

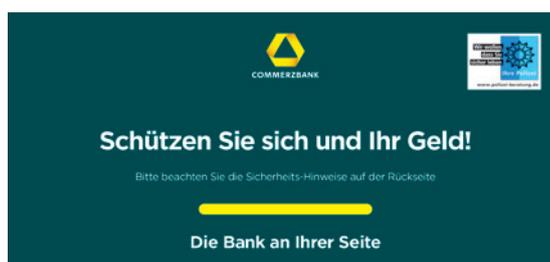
- › Reduzierung der Betrugsfälle „Falscher Polizist“
- › Sensibilisierung der Bevölkerung

Zielgruppen

- › ältere Menschen
- › Angehörige älterer Menschen
- › Beschäftigte im Bankwesen

Umsetzung

Für Bankbeschäftigte wurde bereits 2017 das Informationsblatt „Betrugsmasche Falscher Polizeibeamter“ entwickelt. Es klärt über die Betrugsmasche auf und gibt Tipps, was Bankbeschäftigte tun können, wenn sie den Verdacht haben, dass Kunden Opfer falscher Polizisten geworden sind. Nach wie vor gelingt es jedoch den Täterinnen und Tätern immer wieder, ihre Opfer durch konkrete Handlungsanweisungen so zu manipulieren, dass die Bankmitarbeitenden keine Anhaltspunkte für eine bevorstehende Straftat haben. In diesen Fällen kommt es dann häufig zu vollendeten Betrugsstraf-taten. Daher hat die Polizeiliche Kriminalprävention einen Aufdruck für die Geldübergabebriefumschläge von Banken entwickelt. So können konkrete Handlungsanweisungen für potenzielle Opfer gängiger Betrugsvarianten wie Enkeltrickbetrug, Gewinnversprechen am Telefon, Schockanrufe und falsche Polizeibeamte aufgedruckt werden. Auf der Vorderseite werden insbesondere Seniorinnen und Senioren vor Trickbetrüger gewarnt.



- ^ Konkrete Handlungsanweisungen für potenzielle Opfer gängiger Betrugsvarianten auf einem Geldübergabeumschlag.

Darüber hinaus ist der Umschlag mit Fragen bedruckt wie „Haben Sie diesen Geldbetrag abgehoben, weil Sie telefonisch dazu aufgefordert wurden?“ oder „Hat sich der Anrufer als Polizist, Staatsanwalt, Richter, Notar, Arzt oder Angehöriger ausgegeben?“ Wenn mindestens zwei der angegebenen Fragen mit „Ja“ beantwortet werden können, werden die Betroffenen aufgefordert, sich an die Polizei zu wenden.

Zudem wurde den Banken das Logo der Polizeilichen Kriminalprävention zum Abdruck zur Verfügung gestellt, um den Absender der Präventionsbotschaften deutlich zu machen. Bundesweit beteiligen sich bereits mehrere namhafte Bankhäuser an der Umsetzung dieser wirkungsvollen Präventionsmaßnahme.

Auch in den Broschüren „Im Alter sicher leben“ sowie „Gut beraten im hohen Alter“, die sich beide an Seniorinnen und Senioren richten, wird vor der Betrugsmasche „Falscher Polizeibeamter“ gewarnt. Außerdem werden Tipps gegeben, wie sich potenzielle Opfer schützen können

Auf der Website www.polizei-beratung.de wurden Informationen und Tipps zur Betrugsmasche zusammengestellt und während der Corona-Pandemie erweitert. Hier kann zudem nach wie vor ein Comic heruntergeladen werden, der anschaulich die Vorgehensweise der Betrüger zeigt. Er richtet sich auch an jüngere Menschen, die diesen an ältere Verwandte und Bekannte verteilen sollen. Außerdem führt ein Link auf der Website auf einen Kurzfilm bei Facebook beziehungsweise Twitter, in dem ein nachgestelltes Täter-Opfer-Gespräch zu sehen ist.

Dieses zeigt, wie die Täterinnen und Täter das Vertrauen der Menschen in die Polizei ausnutzen und vermittelt Tipps, wie man sich schützen kann.

Außerdem bietet die Polizeiliche Kriminalprävention einen Aufsteller an, der vor der Betrugsmasche „Falscher Polizeibeamter“ warnt. Für den Notfall können die Nummern der örtlichen Polizeidienststelle, des Hausarztes oder der Hausärztin sowie naher Angehöriger auf dem Aufsteller notiert werden.



^ Der Aufsteller der Polizei warnt vor der Betrugsmasche „falsche Polizeibeamte“.

EINBRUCH: PRÄVENTION DURCH AUFKLÄRUNG

Problemhintergrund und Projektansatz

Für das Jahr 2020 verzeichnet die bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik einen starken Rückgang beim Wohnungseinbruch. Insgesamt wurden 75.023 Fälle einschließlich der Einbruchsversuche erfasst, 2019 waren es 87.145. Dieser Rückgang kann unter anderem auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sein: Viele Menschen waren auch tagsüber zu Hause, wodurch es weniger Tatgelegenheiten durch Abwesenheit gab. Eingebrochen wurde aber weiterhin meist über leicht erreichbare Fenster und Wohnungs- bzw. Fenstertüren, es entstand ein Schaden (nur Diebesgut/Beute) von 216 Millionen Euro (2019: 291,9 Millionen Euro). Hinzu kommen 96.188 Fälle von Diebstahl aus Keller- und Dachbodenräumen sowie Waschküchen, die 2020 erfasst wurden. Hier verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik ein deutliches Plus von elf Prozent (2019: 86.604 Fälle). Beliebte Beute sind beispielsweise hochwertige Elektroräder.

Gleichzeitig ist der Anteil der Einbruchsversuche weiterhin hoch: So blieben im Jahr 2020 46,7 Prozent der Wohnungseinbrüche im Versuchsstadium stecken. Dies zeigt, dass Präventionsmaßnahmen wirken und viele Einbrüche durch richtiges Verhalten und die richtige Sicherungstechnik verhindert werden können. Um diesen positiven Trend fortzusetzen und die Maßnahmen der seit 2012 bestehenden Öffentlichkeitskampagne K-EINBRUCH weiter zu intensivieren, war das Thema Einbruchschutz auch im Jahr 2021 ein Schwerpunkt der Arbeit der Projektgruppe „Eigentum“ der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention.

Ziele

- › Reduzierung der Einbruchskriminalität
- › Sensibilisierung der Bevölkerung für eine eigenverantwortliche Einbruchsvorsorge

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › privat Bauende und Renovierende
- › Wohnungsunternehmen, Hausverwaltungen, Architekturbüros und Energieberater
- › Fachleute der (Kriminal-) Polizeilichen Beratungsstellen bzw. polizeiliche Fachberaterinnen und -berater
- › Mitgliedsunternehmen der unterstützenden Verbände

Umsetzung und Ausblick

Ein sicherheitsbewusstes Verhalten und bereits einfache technische Maßnahmen sind die Voraussetzung für einen wirksamen Einbruchschutz. Bereits im Herbst 2012 startete die Polizeiliche Kriminalprävention daher mit Kooperationspartnern aus der Versicherungswirtschaft, den Industrieverbänden und Errichterfirmen die bundesweite Öffentlichkeitskampagne K-EINBRUCH. Mit der Kampagnenwebsite www.k-einbruch.de bietet die Polizei umfassende produktneutrale Informationen, appelliert gleichzeitig aber auch an die Eigenverantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der Bevölkerung und soll sie dafür sensibilisieren, in geprüfte und zertifizierte Sicherungstechnik zu investieren.

Das neue K-EINBRUCH-Level bietet Sicherheit auf einen Blick

Doch welche Lösung bietet einen optimalen Schutz? Und was empfiehlt die Polizei? Orientierung bietet hier das neue K-EINBRUCH-Level, das innerhalb der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH entwickelt wurde und die die polizeiliche Empfehlungspraxis visualisiert. Die Skala des neuen Levels reicht von A+ (optimaler Schutz) über B (ausreichender Schutz) bis C (unzureichender Schutz). Die Einteilung erfolgt in drei Hauptklassen Mechanischer Schutz (A/B/C) und 3 Zusatzklassen (A+/B+/C+). Plus steht dabei für elektronische Überwachung.

Für eine wirksame mechanische Absicherung empfiehlt die Polizei geprüfte und zertifizierte Produkte ab dem K-EINBRUCH-Level B. Dies steht für geprüfte Nachrüstsicherungen (aufgeschraubt/verdeckt) sowie Komplettlemente nach RC 2. Diese Maßnahmen werden in der Regel auch von der KfW gefördert. Ein Premium-Einbruchschutz wird mit Produkten des K-EINBRUCH-Levels A erreicht, das für Komplettlemente der Widerstandsklasse RC 3 steht.

Die einzelnen Level sollten durch Elektronik (Plus) ergänzt werden. Zusätzlich eingebaute Einbruchmeldeanlagen (EMA) bieten einen besonderen Schutz, da durch ihre Meldewirkung das Risiko für den Einbrecher, entdeckt zu werden, wesentlich erhöht wird. Am besten ist es also, die mechanische Sicherungstechnik mit der elektronischen Überwachung sinnvoll zu kombinieren. Das K-EINBRUCH-Level B+ kennzeichnet diese von der Polizei empfohlene Kombination von Mechanik mit einer Gefahrenwarnanlage mit Einbruchmeldefunktion bzw. der Klasse VdS Home. Für einen Premium-Einbruchschutz steht das K-EINBRUCH-Level A+ mit einer EMA ab Grad 2 bzw. der VdS Klasse A. Grundsätzlich sollte die EMA so erweitert werden, dass auch ein Überfallalarm ausgelöst werden kann.

Neben einer Visualisierung der polizeilichen Empfehlungspraxis soll damit ein bundesweites Branchenlevel der Polizei eingeführt werden, das eine Einordnung aller aktuellen Normen erlaubt sowie Transparenz und Orientierung für alle Marktteilnehmer wie beispielsweise Errichter, Versicherungen und Endverbraucher bietet. Langfristig soll damit eine Aufwertung der Kategorie und des Themas Sicherheit erreicht werden.



^ Das K-EINBRUCH-Level visualisiert die polizeiliche Empfehlungspraxis zum Einbruchschutz.

Sicherungstechnik wirkt: Zehn Jahre „Tag des Einbruchschutzes“

Empfehlungen erhalten Bürgerinnen und Bürger zudem am jährlichen „Tag des Einbruchschutzes“, der immer im Herbst am Tag der Zeitumstellung stattfindet. Kooperationspartner wie Fachbetriebe und Versicherungen beteiligen sich ebenfalls an der Aufklärungsarbeit und zeigen, wie Bewohner ihr Haus sicherer machen können. Seit zehn Jahren ruft die Polizei an diesem Aktionstag unter dem Motto „Eine Stunde mehr für mehr Sicherheit“ dazu auf, die durch die Zeitumstellung gewonnene Stunde zu nutzen, sich über effektiven Einbruchschutz zu informieren. Dass sich die Kampagne und die Sensibilisierung der Bevölkerung auszahlt, zeigt nicht zuletzt die stetig ansteigende Zahl der Einbrüche, die über das Versuchsstadium nicht hinauskommen.



Mit der neuen Online-Suche polizeilich empfohlene Fachbetriebe und Hersteller finden

Um die Suche nach Herstellern von geprüften und zertifizierten einbruchhemmenden Produkten sowie polizeilich empfohlenen Fachbetrieben zu erleichtern, steht Nutzenden der Kampagnenwebsite www.k-einbruch.de seit Oktober 2021 eine Online-Suche zur Verfügung. Unter www.k-einbruch.de/fachbetriebssuche kann nach Betrieben für den fachgerechten Einbau von mechanischer Sicherungstechnik, von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen sowie von Videoüberwachungsanlagen recherchiert werden. Aufgenommen sind hier nur Betriebe, welche die bundesweit einheitlichen Anforderungen der Polizei erfüllen. Diese sind in sogenannten bundeseinheitlichen „Pflichtenkatalogen“ festgelegt, die von der Polizeilichen Kriminalprävention herausgegeben werden. Neben Anforderungen an die Technik werden auch Anforderungen an die Fachunternehmen selbst sowie deren Personal gestellt.

Unter www.k-einbruch.de/herstellersuche kann nach Herstellern von geprüften und zertifizierten einbruchhemmenden Produkten wie einbruchhemmende Fenster und Türen oder nach Nachrüstprodukten gesucht werden.

Für eine individuelle Beratung können sich Bürgerinnen und Bürger an eine (Kriminal-)Polizeiliche Beratungsstelle wenden. Dort beraten Fachleute kostenlos und neutral über Sicherungsmaßnahmen, die aus Sicht der Polizei sinnvoll und empfehlenswert sind. Die Adresse einer nahegelegenen Beratungsstelle kann über eine Online-Suche unter www.k-einbruch.de/beratungsstellensuche recherchiert werden.

Staatliche Förderung von Einbruchschutzmaßnahmen

Seit 2014 werden Einbruchschutzmaßnahmen staatlich gefördert. Das Konzept zur Förderung hat die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Kooperations- und Premiumpartner der Kampagne K-EINBRUCH, gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes entwickelt. Damit wurde ein finanzieller Anreiz geschaffen, Haus oder Wohnung gegen Einbrecher zu schützen. Gefördert werden die Einbruchschutzmaßnahmen seit 2014 im Rahmen der Programme „Altersgerecht Umbauen“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und „Energieeffizient Sanieren“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Das Programm „Altersgerecht Umbauen“ wurde seither gemeinsam mit dem BMI und der KfW stetig weiterentwickelt: Seit 2014 werden neben mechanischer auch elektronische Sicherheitstechnik, seit 2015 auch Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz gefördert. 2019 wurden Gefahrenwarnanlagen und Sicherheitstechnik in Smart Home-Anwendungen mit Einbruchmeldefunktion aufgenommen. Die Erweiterung und Vielfältigkeit der Förderinhalte machten es zudem notwendig, eine Fachunternehmerbestätigung einzuführen, die für elektronische Sicherheitstechnik seit dem Jahr 2021 verpflichtend ist.

Das Programm „Energieeffizient Sanieren“ ging 2021 in die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) über und findet sich dort in vier unterschiedlichen Teilprogrammen unter anderen Bezeichnungen wieder. Die darin enthaltenen förderfähigen Einbruchschutzmaßnahmen haben sich seit 2014 jedoch nicht geändert. Die Unterteilung ist der Tatsache geschuldet, dass die Klimaschutzziele der Bundesregierung u.a. mit der Förderung von energetischer Sanierung erreicht werden sollen. Einbruchschutzmaßnahmen werden daher nur in Kombination mit energetischen Maßnahmen unter Hinzuziehung einer Energieberatung gefördert.

Informationen zur staatlichen Förderung von Einbruchschutzmaßnahmen erhalten Bürgerinnen und Bürger im vom DFK herausgegebenen Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich aus“, das hinsichtlich der oben genannten Änderungen aktualisiert wurde.

Weiterentwicklung der Förderprogramme

Bereits 2017 hat das DFK unter Beteiligung der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention ein Konzept zur Weiterentwicklung der bestehenden Programme für Neubauten erstellt, dem die Innenministerkonferenz zustimmte. Da entsprechende Mittel im Bundeshaushalt bislang noch nicht bereitgestellt wurden, führt das DFK die Gespräche mit den politisch verantwortlichen Akteuren weiter fort, um die Förderung von Einbruchschutzmaßnahmen in Neubauten auf den Weg zu bringen.

KEINBRUCH

**Sichern Sie Ihr Zuhause.
Infos unter: www.k-einbruch.de**



Eine Initiative
Ihrer Polizei und
der Wirtschaft.

^ Logo der Kampagne K-EINBRUCH.

KAMPAGNE „STOP PICKPOCKETS“: MIT KLEINEN MONSTERN GEGEN TASCHENDIEBSTAHL

Problemhintergrund und Projektansatz

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2020 in Deutschland insgesamt 83.688 Taschendiebstähle angezeigt, 2019 waren es noch 94.106 Fälle. Insbesondere das Gedränge bei Veranstaltungen, in Geschäften oder öffentlichen Verkehrsmitteln machen sich die Diebe zunutze, um zuzuschlagen. Im Jahr 2020 entstand dabei ein Schaden von 24,9 Millionen Euro. Die meisten Fälle bleiben unaufgeklärt (Aufklärungsquote 2020: 6,3 Prozent), denn Taschendiebe sind oft professionelle, international reisende Täterinnen und Täter, die grenzüberschreitend in ganz Europa aktiv sind.

Die Tatzeiten des Taschendiebstahls folgen den Tatgelegenheiten: So liegen die zeitlichen Schwerpunkte im öffentlichen Nahverkehr überwiegend in der abendlichen „Rush-hour“, bei den Fernverkehrsmitteln zur Urlaubs- oder Hauptreisezeit. Entsprechende Brennpunktzeiten in den Einkaufszentren sind die Stunden vor Ladenschluss, an Aktionstagen wie z. B. Schlussverkäufe und in der Vorweihnachtszeit. Viele dieser Tatgelegenheiten bestanden allerdings pandemiebedingt im Jahr 2020 nicht. Insofern ist der Rückgang der Fallzahlen um rund 12,5 Prozent mit Vorsicht zu bewerten.

Die Polizei klärt die Bevölkerung daher weiterhin verstärkt zum Thema Taschendiebstahl auf. Neben einer Vielzahl von Medien, die regelmäßig aktualisiert werden, hat die Polizeiliche Kriminalprävention 2020 die europaweite Kampagne der Bundespolizei „Stop Pickpockets“ in ihren Social Media-Kanälen „Zivile Helden“ auf Instagram, Twitter und Facebook und mit Beiträgen auf www.polizei-beratung.de begleitet.

Ziele

- › Reduzierung der Taschendiebstahlskriminalität

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › öffentliche und private Verkehrsunternehmen
- › Betreiber von Einkaufspassagen und/oder vergleichbaren Einrichtungen des Einzelhandels
- › Organisatoren von (Groß-)Veranstaltungen (z. B. Markt- und Messebetreiber)
- › Tourismusverbände

Umsetzung

Die Kampagne wurde von der Bundespolizei im Hinblick auf die auf das Jahr 2021 verschobene Fußball-Europameisterschaft 2020 und mögliche Public Viewing-Veranstaltungen konzipiert. In Deutschland startete die Initiative am 26. März 2021 zunächst in den sozialen Medien. Hier wurde mit Kurzfilmen zu den gängigsten Tricks der Taschendiebe aufgeklärt. Dargestellt werden die Diebe von kleinen bunten Monstern, getarnt als Blumenschenker, falsche Touristen, Stauerzeuger, Scheibenklopfer, Anrempler und Beschmutzer. Zum Ende eines jeden Videos gibt es Tipps, wie sich Reisende vor Taschendiebstahl schützen können.

Ab dem Start der Kampagne konnte die Polizeiliche Kriminalprävention mit ihren Social Media Kanälen „Zivile Helden“ die Bundespolizei nicht nur in Sachen Marketing, sondern auch im Bereich Community Management unterstützen. Im Zwei-Wochen-Rhythmus postete die Polizeiliche Kriminalprävention ein Monster bzw. einen Trick. Darüber hinaus standen im Medienportal unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal> fertige Videos, Texte und Bilder zur Veröffentlichung auf allen polizeilichen Social Media-Kanälen zur Verfügung.

Zeitgleich wurde die Kampagne auf **www.polizei-beratung.de** immer wieder neu beworben. Europa- weit wurden Präventionsbeamtinnen und -beamte vom 11. Juni bis 11. Juli 2021 in 18 Partnerlän- dern und bundesweit an 21 Bahnhöfen mit dem höchsten Aufkommen an Reisenden aktiv, um über Taschendiebstahl zu informieren. Eine mehrsprachi- ge Umsetzung der Kampagnenmotive ermöglichte darüber hinaus eine europaweite Wiedererkennung.

Beteiligt waren verschiedene EU-Organisationen wie EUROPOL (Europäisches Polizeiamt), RAILPOL (Netzwerk der europäischen Bahnpolizeibehörden) und EUCPN (Europäisches Netzwerk für Kriminal- prävention).

Letzteres ergänzte die Präventionsarbeit zum Thema Taschendiebstahl mit weiteren drei Filmen, die anlässlich der Fußball-EM über die Kanäle der „Zivilen Helden“ in den sozialen Netzwerken gespielt wurden.

Alle Videos sind auch unter **www.polizei-beratung.de/themen-und-tipsps/diebstahl/taschendieb- stahl/videosps** eingestellt.

Informationen zur Kampagne gibt es außerdem auf der Kampagnenwebsite unter **https://stop-pickpockets.eu**.



^ Sechs kleine Monster zeigen die gängigsten Tricks der Taschendiebe.

MASSNAHMEN GEGEN GELDAUTOMATENSPRENGUNGEN

Hintergrund und Projektansatz

Nachdem die Zahl der besonders schweren Fälle des Diebstahls durch Sprengung von Geldautomaten 2020 mit 414 Fällen einen Höchststand erreicht hat, bleiben die Fallzahlen im Jahr 2021 insgesamt auf dem Vorjahresniveau. Nach anfänglichen, unter anderem pandemiebedingten Rückgängen in der ersten Jahreshälfte ist insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2021 ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Ziel der Sprengungen von Geldautomaten ist das Erlangen von Bargeld, wobei der verursachte Sachschaden den Beuteschaden in vielen Fällen deutlich übersteigt. Bei mehreren Straftaten entstand ein Sachschaden in sechsstelliger Höhe.

DIE TÄTER BEVORZUGEN GELDAUTOMATEN, DIE SICH IN LÄNDLICHEN REGIONEN ODER AM STADTRAND BEFINDEN.

Physische Angriffe auf Geldautomaten werden in der Regel von Tätergruppierungen begangen, nur in wenigen Fällen sind Einzeltäter aktiv. Im Rahmen von Ermittlungen konnten sowohl reisende als auch regionale Straftätergruppierungen identifiziert und festgenommen werden. Bei der Auswahl der Tatobjekte bevorzugen die Täter oder Täterinnen Geldautomaten, die sich in ländlichen Regionen oder am Stadtrand befinden und eine gute Verkehrsanbindung haben. Seit 2016 werden verstärkt auch Geldautomaten im städtischen Bereich angegriffen.

Geldautomaten wurden bis 2019 häufig durch Einleitung eines Gases bzw. Gasgemisches und dessen anschließende Zündung gesprengt. Bereits 2020 zeichnete sich aber eine Trendwende bei der Tatbegehungsweise ab. In 106 Fällen wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) Sprengungen von Geldautomaten bekannt, die mit Explosivstoffen (z.B. pyrotechnische Sätze, Selbstlaborate, gewerbliche Sprengstoffe) verübt wurden. 2021 überwog bereits der Einsatz von Explosivstoffen gegenüber der Einleitung von Gasen. Derartige Sprengungen verursachen in der Regel deutlich größere Sach- und Gebäudeschäden als solche mit Gas. Demzufolge gehen mit ihnen auch grundsätzlich höhere Gefahren für Leib und Leben der Anwohnerschaft in den umliegenden Gebäuden und von Passanten einher. Bereits in mindestens sechs Fällen von Geldautomatensprengungen mit Explosivstoffen war es lediglich glücklichen Umständen zu verdanken, dass es nicht zu Personenschäden kam. Zudem können Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei einer erheblichen Gefährdung ausgesetzt sein. Eine Projektgruppe der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention befasst sich daher bereits seit 2016 im Auftrag der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) mit dem Thema Geldautomatensprengungen.



Ziele

- › Reduzierung der Angriffe auf Geldautomaten durch Sprengung
- › Reduzierung von Tatfolgeschäden (Personen- und Sachschäden)
- › Aufklärung von Straftaten
- › Täterfestnahmen
- › Steigerung der Aufklärungsquote
- › Erhöhung des Entdeckungsrisikos

Zielgruppen

- › Mitarbeitende der (Kriminal-) Polizeilichen Beratungsstellen bzw. polizeiliche Fachberaterinnen und -berater
- › Mitgliedsunternehmen der Deutschen Kreditwirtschaft
- › Geldautomatenbetreiber
- › Hersteller von Geldautomaten
- › Hersteller von Sicherungstechnik für Geldautomaten
- › Eigentümer von Gebäuden, in denen Geldautomaten betrieben werden
- › Bauordnungsbehörden
- › Versicherungswirtschaft

Umsetzung und Ausblick

Mit ihrer Beschlussfassung vom 02.10.2019 ist die IMK den Empfehlungen der KPK Projektgruppe „Geldautomatensprengungen“ gefolgt, den Zeitbedarf von Planung und Rollout in den Erwartungen an eine flächendeckende Optimierung der Sicherheitslage zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund beauftragte sie eine erneute Evaluation im Jahr 2022 und eine anschließende Berichtsvorlage zu ihrer Herbstsitzung 2023. Hierfür ist eine fundierte Datengrundlage in den Jahren 2020 ff. notwendig. In Abstimmung mit der Deutschen Kreditwirtschaft hat die Projektgruppe daher einen „Erfassungsbogen zur Tatortaufnahme - Sprengung von Geldautomaten“ erarbeitet. Auf dieser Basis liefern die Landeskriminalämter dem BKA rückwirkend ab 01.01.2020 Daten an, um das Lagebild zu Geldautomatensprengungen hinsichtlich seiner Aussagekraft zur Wirkung der empfohlenen Maßnahmen durch eine parallele Auswertung zu optimieren. Die ersten Auswertungsergebnisse werden zunächst innerhalb der KPK-Projektgruppe bewertet und mit Blick auf ihre Aussagekraft für die anstehende Evaluation aufbereitet.



↗ Geldautomat nach Sprengung.

Zur Unterstützung der Umsetzung der von der Projektgruppe entwickelten und von der IMK zur Kenntnis genommenen „Maßnahmen zur Sicherung von Geldautomaten“ (Stand: 11.03.2019) wurde 2020 mit Vertretenden der Deutschen Kredit- und Versicherungswirtschaft ein bundesweit einheitliches Raster für eine Risikoanalyse zur Sprengung von Geldautomaten entwickelt. Dieses wurde Anfang 2021 auf Wunsch der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) auch ins Englische übersetzt und über die DK den Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellt. Damit steht den Kreditinstituten vor Ort eine Hilfe zur Bewertung der jeweiligen Geldautomatenstandorte zur Verfügung.

KEINE CHANCE FÜR GEWALT AN SCHULEN

Hintergrund und Projektansatz

Im Phänomenbereich „Gewalt an Schulen“ existiert keine bundeseinheitliche Erfassung in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Dadurch ist es nicht möglich, aus Hellfelddaten eine valide Datenbasis zu generieren und signifikante Veränderungen zeitnah in bundesweiter Präventionsarbeit aufzunehmen. In den vergangenen Jahren ist das Thema Kriminalität an Schulen aus unterschiedlichen Perspektiven vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die mediale Berichterstattung über spektakuläre (Einzel-)Fälle beeinflusst die öffentliche Wahrnehmung und den daran geknüpften öffentlichen wie politischen Diskurs.

Die Polizeiliche Kriminalprävention hat das Thema „Gewalt an Schulen“ bereits frühzeitig aufgenommen, um den Aspekt Jugendgewalt erweitert und für die Jahre 2020 und 2021 als Schwerpunktthema festgelegt. Zur Umsetzung von kriminalpräventiven Maßnahmen wurde eine Projektgruppe eingerichtet.



Ziele

- › Vermittlung von Rahmenbedingungen gelingender Gewaltprävention
- › Definition und Kommunikation der Rolle und Aufgaben der Polizei
- › Initiierung verbindlicher Kooperationen zwischen Polizei und Schule
- › Erstellung von Angeboten für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Polizeiangehörige mit Präventionsaufgaben

Zielgruppen

- › Polizeiangehörige mit Präventionsaufgaben
- › Personal an Schulen (Lehrpersonal, Schulsozialarbeit, Hausmeister)
- › Schülerinnen und Schüler
- › Erziehungsverantwortliche
- › Behörden, Ämter, Institutionen

Umsetzung und Ausblick

In einem ersten Schritt hat die im Herbst 2019 eingesetzte Projektgruppe vorhandene Präventionsprogramme, -medien und -materialien hinsichtlich verschiedener Fragestellungen gesichtet und bewertet. Darüber hinaus wurden die Zielgruppen Lehrpersonal, Schulsozialarbeit und Polizei in den Bundesländern zu ihren konkreten Bedarfen an Präventionsinhalten und Präventionsformaten in Form strukturierter Interviews befragt. Auf dieser Basis hat die Projektgruppe aktuell eine Handreichung entwickelt, die in der Folge durch Präventionsmedien wie Kurzfilme, elektronische Lernanwendungen oder Vortragshilfen praxisorientiert ergänzt werden soll.

SCHUTZ VOR INTERNETGEFAHREN

Hintergrund und Projektansatz

Kriminalität im Internet ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern in vielen Bereichen der digitalen Welt ein alltägliches und nicht immer auf den ersten Blick erkennbares Problem. Laut Digitalbarometer 2021 ist ein Viertel der Deutschen Opfer von Betrug, Phishing oder einem Angriff auf einen Online-Account geworden (mehr Ergebnisse siehe S. 62). Die Risiken für Privatpersonen wie auch für Unternehmen, Opfer einer Straftat im Internet zu werden, sind nicht zuletzt auch wegen der wachsenden Nutzung digitaler Anwendungen und Funktionen allgegenwärtig. Von Seiten der Nutzerinnen und Nutzer müssen daher Schritte zum Schutz digitaler Geräte und Anwendungen vorgenommen werden. Dies betrifft längst nicht mehr nur den technischen Schutz von Systemen, sondern zunehmend auch den Account-Schutz beispielsweise im Online-Shop oder beim Messenger-Dienst. Denn die Angriffe auf nur unzureichend geschützte Online-Accounts machen laut Digitalbarometer ein Drittel der Straftaten aus. Von solchen Angriffen sind auch Accounts bei Messenger-Diensten betroffen. Sie werden von Cyberkriminellen übernommen, um beispielsweise im Namen des Opfers Geld von Freunden und Angehörigen zu erbitten.

Der Bedarf an Sicherheitsinformationen für den digitalen Alltag ist groß. Neben technischen gibt es auch inhaltliche Gefahren, über die Bürgerinnen und Bürger informiert werden wollen. Dazu zählen insbesondere die leichtfertige Verbreitung von Kinderpornografie oder Hassbotschaften und Hetze im Netz.

Ziele

- › Reduzierung von Straftaten mit dem Tatmittel Internet
- › Information über Gefahren und Kriminalitätsformen im Zusammenhang mit digitalen Medien
- › Aufklärung über die Strafbarkeit von bestimmten Handlungen im Internet und Vermittlung von Schutzmöglichkeiten

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › Seniorinnen und Senioren
- › Kinder und Jugendliche
- › Polizeibeschäftigte

Umsetzung und Ausblick

Die Projektgruppe „Mediensicherheit“ hat die Kampagne gegen die Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten über das Internet, insbesondere in Chatgruppen Jugendlicher, deutlich intensiviert (Näheres siehe S. 26). Mit Drittmitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat konnten die Aufklärung über die Problematik sowie wirksame Handlungsmöglichkeiten mit einem innovativen Ansatz erfolgreich auf die Zielgruppe der Erwachsenen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet werden. Weitere Module der Kampagne werden 2022 umgesetzt.

Die dritte repräsentative Bürgerbefragung von Polizei und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Erstellung des Digitalbarometers 2021 fand im April und Mai 2021 statt. Dabei spielte auch digitale Sicherheit während der Corona-Pandemie eine Rolle. Personen ab 14 Jahren wurden unter anderem zu ihren Erfahrungen mit Straftaten im Internet im Zusammenhang mit der Pandemie befragt.

Themen waren z. B. Online-Konferenzen, Home-schooling oder der Umgang mit gezielten Falschnachrichten (sog. Fake-News). Die Ergebnisse des „Digitalbarometers 2021“ wurden in der Bundespressekonferenz Berlin gemeinsam mit dem BSI der Öffentlichkeit vorgestellt. Die repräsentative Untersuchung hat sich zu einer wichtigen handlungsleitenden Arbeitsgrundlage der Polizeilichen Kriminalprävention entwickelt, da sich daraus sehr zielgenau differenzierte Erkenntnisse für die praktische Vorbeugungsarbeit ableiten lassen.

Die repräsentative Bürgerbefragung von Polizei und BSI wird 2022 zum vierten Mal durchgeführt und ermöglicht es, Relevanz und konkrete Herausforderungen von Cyber-Sicherheit in der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum zu betrachten.

Die tagesaktuelle Aufklärung über Gefahren und Risiken in der digitalen Welt ist ein zentraler Arbeitsschwerpunkt im Themenfeld „Mediensicherheit“. Die Polizeiliche Kriminalprävention nutzt dafür alle zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle: Printmedien, Internetseiten und Öffentlichkeitsarbeit über Pressemitteilungen, Newsletter oder Social Media. Neben Schutzempfehlungen gehören auch Handlungsmöglichkeiten nach einer Opferwerdung zum festen Bestandteil der Aufklärungsarbeit. Der Fokus liegt hier darauf, Betroffene von Internetkriminalität über ihre Rechte als Opfer zu informieren und dadurch das Anzeigenverhalten besonders im Bereich Tatmittel Internet zu stärken.

Ein wesentlicher Beitrag zu dieser Aufklärungsarbeit war ein RTL „Spezial“ zum Thema „Cybergrooming“ (die Anbahnung sexueller Kontakte zu Minderjährigen im Internet) im März 2021. Die Polizeiliche Kriminalprävention beteiligte sich mit drei Experten an der Sondersendung und vermittelte einem Millionenpublikum die Empfehlungen der Polizei zum Schutz vor Cybergrooming.

Ziel war, insbesondere Eltern über die Täterstrategien im Netz aufzuklären und ihnen konkrete Handlungstipps an die Hand zu geben.

Die Präventionsarbeit zu Betrug im Internet soll 2022 weiter intensiviert werden. Über unterschiedliche Altersgruppen hinweg sollen Nutzerinnen und Nutzer über die unterschiedlichen Betrugsformen und aktuellen Risiken aufgeklärt werden.



▲ Dr. Stefanie Hinz, Vorsitzende der Polizeilichen Kriminalprävention, und Dr. Gerhard Schabhüser, Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, stellen das Digitalbarometer 2021 in der Bundespressekonferenz in Berlin vor.

KOOPERATION MIT WHATSAPP: KAMPAGNE ZUM SCHUTZ VOR BETRUG PER MESSENGER

Hintergrund und Projektansatz

Immer wieder nutzen Kriminelle unzureichend geschützte Messenger-Accounts - beispielsweise bei WhatsApp - um damit bei Angehörigen der legitimen Account-Inhaber Geld oder andere finanzielle Leistungen einzufordern. Dazu geben sie sich in einer Nachricht als Verwandte oder Freunde aus und bitten um persönliche Informationen, Geld oder die sechsstelligen PIN für die Verifizierung des WhatsApp-Accounts. Mit einer anderen Masche versuchen Betrüger, Nutzerinnen und Nutzer dazu zu überreden, ihre sechsstelligen Registrierungs-PIN herauszugeben. Sobald Betrüger die PIN-Codes erhalten, können sie auf das WhatsApp-Konto des Opfers zugreifen und Nachrichten versenden, um Familie und Freunde zu täuschen. Betroffen von der Betrugsmasche sind häufig ältere Menschen.

Durch das Melden verdächtiger Accounts werden über das System von WhatsApp zur Erkennung von Betrugsmasken mittlerweile mehr als 100.000 Accounts pro Monat dort gesperrt. Angesichts steigender Zahlen von Betrugsfällen und -masken wird es immer wichtiger, nicht nur ältere Menschen, sondern alle Altersgruppen über mögliche Maßnahmen zu informieren, wie sie sich und ihr Umfeld schützen können. Gemeinsam mit WhatsApp hat die Polizeiliche Kriminalprävention daher 2021 die Aufklärungskampagne „Kontrolle ist besser – Check Deinen Chat“ ins Leben gerufen.

Ziele

- › Aufklärung zum Schutz vor Betrug in Messenger-Diensten
- › Verbreiten einfacher Tipps, mit denen Accounts vor fremdem Zugriff geschützt werden können

Zielgruppen

- › Seniorinnen und Senioren
- › Bevölkerung allgemein

Umsetzung

Zusammen mit der Polizeilichen Kriminalprävention ruft WhatsApp im Rahmen der gemeinsam entwickelten Kampagne dazu auf, vier einfache „Checks“ zu befolgen, um sich vor Betrug auf WhatsApp zu schützen:

- › Check Deinen Code: Teile niemals den sechsstelligen Code zur Verifizierung Deines Accounts, den Du bei Deiner Registrierung per SMS erhalten hast.
- › Check Deine PIN: Richte eine persönliche PIN für Deinen Account ein, auch bekannt als Verifizierung in zwei Schritten.
- › Check Dein Bild: Schütze Dein Profilbild, damit es nur Deine Kontakte sehen können.
- › Check Deinen Kontakt: Wenn vermeintliche Kontakte Dich um einen Gefallen bitten, z. B. um Geld oder andere finanzielle Leistungen, überprüfe ihre Identität, indem Du um eine Sprachnachricht bittest oder einfach anrufst.

Zwar schützt WhatsApp die Nachrichten mit einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, dennoch wird Nutzerinnen und Nutzern empfohlen, achtsam zu sein und sich der möglichen Gefahren durch Betrügerinnen und Betrüger bewusst zu sein.

Die in Kooperation mit WhatsApp erstellten Tipps wurden über die Webseiten www.polizei-beratung.de, www.polizeifürdich.de und www.aktion-tu-was.de sowie die Presseverteiler der Kampagnenbeteiligten und über 100 Radiostationen verbreitet. Zu jedem „Check“ steht auch ein Social Media-Paket zur Verfügung.

KAMPAGNE GEGEN DIE VERBREITUNG VON KINDERPORNOGRAFIE

Hintergrund und Projektansatz

Mit der Gesetzesverschärfung des Paragraphen 184b StGB (Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften) zum Verbrechenstatbestand hat die Aufklärung in diesem Themenfeld nochmals an Bedeutung gewonnen. Die Verbreitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern über Chats, Messenger und soziale Netzwerke nimmt weiter zu. Daran sind auch Kinder und Jugendliche selbst beteiligt. Laut bundesweiter Polizeilicher Kriminalstatistik war in Deutschland im Jahr 2020 etwa ein Drittel der erfassten Tatverdächtigen jünger als 18 Jahre (Tabelle Tatmittel Internet). Darunter waren 775 Kinder (Personen bis 13 Jahre) und 1.333 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (2019: 549 Kinder und 820 Jugendliche). Die steigenden Fallzahlen stellen die Polizei in der Kriminalprävention, aber auch in der Strafverfolgung vor große Herausforderungen. Denn unter Strafe stehen nicht nur Verbreitung oder Erwerb, sondern bereits der Besitz von Missbrauchsdarstellungen. Das bedeutet, dass sich auch Kinder und Jugendliche strafbar machen, wenn sie über WhatsApp-Gruppen oder Chats aufgefordert kinderpornografische Bilder oder Filme zugesandt bekommen und diese (automatisch) speichern. Daher gilt es, junge Menschen und auch ihr erwachsenes Umfeld gezielt und nachhaltig aufzuklären.

Neben der Polizeilichen Kriminalprävention messen auch andere staatliche Akteure der Aufklärungsarbeit in diesem Bereich hohe Bedeutung zu. So begrüßt der Nationale Rat der Bundesregierung gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen in seiner jüngsten „Gemeinsamen Verständigung“, die 2021 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übergeben wurde, „die Intensivierung der zielgruppenorientierten Aufklärung über inhaltsbezogene Risiken der digitalen Kommunikation als ständige Aufgabe der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)“. Dies schließt explizit die Kampagne gegen die leichtfertige Verbreitung von Kinderpornografie ein.

Die Polizeiliche Kriminalprävention verwendet im Zusammenhang mit Präventionsmaßnahmen den Begriff „Kinderpornografie“ aus dem Strafgesetzbuch. Dieser ist für Rechtsfragen und gesetzliche Zusammenhänge zutreffend. Dennoch verfolgt und respektiert die Polizeiliche Kriminalprävention den kritischen Diskurs um diese Begrifflichkeit. Der polizeilich und juristisch etablierte Begriff ist in vielen Zusammenhängen nicht angemessen, um die Thematik in ihrer gesamten Dimension zu beschreiben. Deswegen wird insbesondere in den polizeilichen Medien für Eltern oder Lehrkräfte der Terminus „Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ oder „Missbrauchsdarstellungen“ synonym zum Begriff „Kinderpornografie“ verwendet.



Ziele

- › Aufklären über die Strafbarkeit von Besitz, Erwerb und Verbreitung von Kinderpornografie
- › Verhindern einer Weiterverbreitung von strafbaren Inhalten
- › Bekanntmachen von Meldewegen und polizeilichen Anzeigemöglichkeiten
- › Aufklärung über die Aufgaben der Polizei nach einer Anzeigenerstattung aufgrund der Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen

Zielgruppen

- › Minderjährige, die Inhalte erhalten und weiterleiten
- › Erwachsene im Umfeld von Kindern und Jugendlichen: Eltern und Erziehungsverantwortliche, Lehrerinnen und Lehrer, Fachleute in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit (z. B. im Verein)
- › andere Erwachsene im Umfeld von Kindern und Jugendlichen

Umsetzung und Ausblick

Mit den Kurzfilmen „sounds wrong“ und „#denkenstattsenden“ wurden im Herbst 2020 junge Menschen darüber aufgeklärt, dass sie sich mit der leichtfertigen Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten strafbar machen können. Aufgrund der hohen gesellschaftlichen Relevanz des Themas und des Informationsbedürfnisses der Gesellschaft auch im Zusammenhang mit dem Themenfeld „sexualisierte Gewalt an Minderjährigen“ hat die Polizeiliche Kriminalprävention ihre Aufklärungsarbeit im Jahr 2021 intensiviert und auf die Zielgruppe der Erwachsenen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet. Mit Drittmitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat wurde die Kampagne „SOUNDS WRONG II“ umgesetzt. Drei neue Kurzfilme und eine Internetseite mit vertiefenden Informationen sollen die

neuen Zielgruppen über die strafbare Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch Kinder und Jugendliche aufklären. Auch die bereits im Herbst 2020 erfolgreich durchgeführte Kampagne in den sozialen Netzwerken wurde fortgesetzt.

Die drei neuen Kurzfilme unter dem Haupttitel „SOUNDS WRONG“ sprechen die Zielgruppe der Erwachsenen in verschiedenen Rollen und Verantwortlichkeiten an: exemplarisch als Vater, als Vereinstrainer oder als Nachhilfelehrerin. Auf diese Weise wird die Verantwortung für die Aufklärung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen auf viele Schultern verteilt – und durch Handlungsempfehlungen für die unterschiedlichen Funktionen der Erwachsenen ergänzt. Diese Empfehlungen finden die Zielgruppen auf der Internetseite **www.soundswrong.de**, der Hauptpräsenz der Kampagne. Die Internetseite informiert Eltern, Lehrkräfte, Vereinsverantwortliche und andere Erwachsene über die leichtfertige Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch minderjährige Täterinnen und Täter und zeigt Handlungswege auf. Viele Inhalte stehen auch in Leichter Sprache und als Gebärdenvideo zur Verfügung. Zur schnellen Vermittlung der Kampagnenbotschaften dient zusätzlich eine Postkarte, die z. B. bei Veranstaltungen an die Zielgruppen verteilt werden kann.



▲ Dreharbeiten zum Clip „Nachhilfelehrerin“.

Die Kurzfilme sowie Hintergrundinformationen über Meldewege und Anzeigemöglichkeiten wurden über die sozialen Netzwerke der Polizeilichen Kriminalprävention auf Facebook, Instagram, Twitter und YouTube verbreitet. Polizeibehörden bundesweit haben für ihre kriminalpräventive Arbeit in den sozialen Netzwerken unterschiedliche Materialien erhalten: unter anderem Textvorschläge, Fakten-Posts sowie die Kurzfilme, die im Internet abrufbar sind.

Ergebnisse der Mediaschaltung

Forciert wurden diese Aufklärungsmaßnahmen durch Mediaschaltungen in den sozialen Netzwerken. Bereits beim ersten Teil der Kampagne im Herbst 2020 konnten durch eine gezielte Bewerbung der polizeilichen Inhalte bei der jungen Zielgruppe enorme Reichweiten erzielt werden. Rund zwölf Millionen junge Nutzerinnen und Nutzer haben die Video-Anzeigen der Kampagne 2020 in den sozialen Netzwerken gesehen. Rund 20.000-mal wurden die Anzeigen auf YouTube und Instagram bewusst angeklickt, um mehr Informationen über die Thematik zu erhalten. Allein auf Instagram wurden über 26.000 Beitragsreaktionen auf die Video-Anzeigen der Polizeilichen Kriminalprävention gezählt.

Deswegen waren gezielte Anzeigen in sozialen Netzwerken auch 2021 ein wichtiger Teil der Zielgruppenerreichung mit den Botschaften der Polizei. Über 20 Millionen Nutzerinnen und Nutzer haben die Anzeigen zu den drei Clips „Nachhilfelehrerin“, „Trainer“ und „Vater“ gesehen. Über 30.000-mal klickten die Zuschauenden auf eine Anzeige, um mehr Informationen zu den gezeigten Inhalten zu bekommen.

Zusätzlich sollten Erwachsene auch über Streaming-Dienste mit den Inhalten der Polizeilichen Kriminalprävention erreicht werden. Die Video-Anzeigen bei zwei Diensten haben über fünf Millionen Zuschauende gesehen und über 26.000-mal bewusst angeklickt.

Das Hauptaugenmerk der Kampagnenfortsetzung liegt nunmehr insbesondere auf internen Kommunikationsmaßnahmen. Angedacht sind Materialien und Veranstaltungen für polizeiliche Präventionsakteure, um die direkte Arbeit mit relevanten Zielgruppen noch wirksamer zu gestalten.

Ausgezeichnet: Preise für die Kampagne

- › **Online-Award Gold** für SOUNDS WRONG I, WorldMediaFestival
- › **Online-Award Silber** für #denkenstattsenden, WorldMediaFestival
- › **Nominierung** für SOUNDS WRONG I als mutigste Kampagne sowie 1. Preis in der Kategorie „Wissenschaft, Bildung & Kultur“ beim Deutschen Preis für Onlinekommunikation
- › **Cannes Corporate Media & TV Awards 2021** für SOUNDS WRONG I

PRÄVENTION VON SEXUELLER AUSBEUTUNG VON KINDERN IM TOURISMUS

Hintergrund und Projektansatz

Kinder sind weltweit von Menschenhandel betroffen und werden im Rotlichtmilieu oder online zur Prostitution gezwungen. Durch die weltweite Coronakrise verstärken sich soziale und ökonomische Faktoren, die dazu führen können, dass Kinder und Jugendliche sexuell ausgebeutet werden – auch in einer Zeit, in der Reisen weltweit nur eingeschränkt möglich sind. Gerade in sozialen Medien und online finden verstärkt Kontaktabbahnungen zu Kindern statt, deren Familien auf die finanziellen Mittel von Sexualtätern angewiesen sind.

Mit dem Fortschreiten der Corona-Pandemie verlagert sich die Ausbeutung auch weiterhin in den virtuellen Raum. Täterinnen und Täter suchen gezielt Kontakt zu Minderjährigen, auch mit dem konkreten Ziel, den sexuellen Kindesmissbrauch gegen Entgelt live vor der Web-Kamera stattfinden zu lassen. Für die Familien der Kinder stellen diese bestellten Missbrauchshandlungen eine wichtige Einnahmequelle dar. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Täterinnen und Täter über digitale Wege Kontakt zu Kindern knüpfen, die nach einer Aufhebung der Reisebeschränkungen in einen realen Missbrauch vor Ort münden können.

Die Reisebranche engagiert sich für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus und nimmt diese Verantwortung auch in der Zeit der weltweiten Reisebeschränkungen wahr. Es findet weiterhin – wenn auch sehr reduziert – eine Aufklärung über sexuelle Gewalt an Kindern im Zusammenhang mit Tourismus statt. Entscheidende Botschaft: Straftaten, die von Deutschen im Ausland begangen werden, können auch in Deutschland verfolgt werden (§5 Nr.8 StGB).

Ziele

- › Förderung der Zivilcourage bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch von Kindern
- › Aufklärung von Straftaten der sexuellen Gewalt und Ausbeutung von Kindern

Zielgruppen

- › Beschäftigte in Reisebüros und bei Reiseveranstaltern
- › Teilnehmende von (Fern-) Reisen

Umsetzung und Ausblick

Die langjährige Kooperation zwischen ECPAT e.V., dem Deutschen Reiseverband (DRV) und der Polizeilichen Kriminalprävention wurde während der Corona-Pandemie in begrenztem Maße fortgeführt. Bei digitalen Treffen wurden gegenseitige Informationen zur Aufklärungsarbeit ausgetauscht. Es werden neue Wege zur Information von Reisenden gesucht, um die Thematik „Sexuelle Ausbeutung von Kindern“ zum festen Bestandteil von allgemeinen Reisehinweisen zu machen.

Alle bisherigen Informationen über die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus werden seitens der Polizei weiterhin aktualisiert und auf www.polizei-beratung.de zur Verfügung gestellt. Zusätzlich informiert die Polizei auch über ihre Auftritte in den sozialen Netzwerken zur Problematik – und unterstützt somit die Arbeit des DRV. Ein Kurzfilm, der Reisende über Meldemöglichkeiten von Kontaktabbahnungen und Belästigungen aufklärt, ist zudem fester Bestandteil des YouTube-Kanals der Polizeilichen Kriminalprävention.

ISLAMISMUSPRÄVENTION: JUNGE MENSCHEN STÄRKEN – RADIKALISIERUNG VORBEUGEN

Hintergrund und Projektansatz

Extremistische Gruppierungen stellen die gesellschaftlichen Grundwerte infrage und wenden sich gegen Pluralismus und Demokratie. Sie nutzen das Internet und soziale Medien, um Hassreden zu schüren und die gesellschaftliche Polarisierung zu vertiefen. Mit ihren Beiträgen sprechen sie gezielt junge Menschen an, um sie für ihre Überzeugungen zu gewinnen.

Bis vor einigen Jahren stand die islamistische Gewalt im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit: Wenn es um Gefahren für die innere Sicherheit ging, richtete sich das Augenmerk in der Regel auf mögliche dschihadistische Anschläge in Deutschland und Europa. Mit der Mordserie des NSU, den Erfolgen von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien und dem Anstieg von rassistischen und rechtsextremen Gewalttaten rückte auch das Phänomen des Rechtsextremismus verstärkt in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit.



Die Bedeutung des Internets und insbesondere der sozialen Medien für die Verbreitung extremistischer Propaganda hat weiter zugenommen. Salafisten nutzen sie gezielt als Kanal für Propaganda, Kommunikation, Rekrutierung und die Steuerung von Aktionen. Dabei darf die Wechselwirkung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf der einen und dem radikalen Islamismus auf der anderen Seite nicht außer Acht gelassen werden: „Radikaler Islamismus und organisierte Muslimfeindlichkeit, die unter anderem in der Gestalt von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auftreten, entfalten eine symbiotische Wirkung. Die extreme Rechte wirkt dabei als nationaler Resonanzraum des internationalen Dschihadismus. Beide negieren und demontieren demokratische Grundwerte wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Religionsfreiheit.“¹

Das Thema Islamismusprävention wurde daher in den vergangenen Jahren intensiv bearbeitet. Neben Multiplikatorenschulungen in diesem Themenfeld hat die Polizeiliche Kriminalprävention unter anderem das Medienpaket „Mitreden! – Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistische Internetpropaganda“ für die Arbeit mit jungen Menschen ab 14 Jahren herausgegeben und gemeinsam mit dem Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge eine viel beachtete Fachtagung ausgerichtet. Mit diesem Angebot sollen junge Menschen gestärkt werden, mit extremistischen Angeboten und Ansprachen on- und offline kritisch umzugehen, sie zu hinterfragen und somit einer möglichen Radikalisierung vorzubeugen.

¹ Maik Fielitz, Julia Ebner, Jakob Guhl, Matthias Quent: Forschungsbericht des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft und dem Institute for Strategic Dialogue, Jena/London/Berlin 2018, S. 7

Ziele

- › Sensibilisierung von Jugendlichen für die Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus und gesellschaftlicher Polarisierung
- › Stärkung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit extremistischen Inhalten in den Medien und dadurch Immunisierung gegenüber radikalen Auslegungen
- › Sensibilisierung, Information und Befähigung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Differenzierung und zu angemessenen Formen der kriminalpräventiven und/oder pädagogischen Intervention in komplexen und konfliktreichen Themenfeldern wie religiös begründetem Extremismus (Islamismus/Salafismus), Polarisierungsspiralen und Radikalisierung
- › Information, Sensibilisierung und Förderung von Handlungskompetenz bezüglich extremistischer Inhalte in den Medien und der einhergehenden Gefahren
- › Aufbereitung von Informationen und Materialien für eigene Informationsveranstaltungen

Zielgruppen

- › alle Beschäftigten der Polizeien der Länder und des Bundes
- › Beschäftigte der polizeilichen Kriminalprävention (einschl. Jugendsachbearbeiter), Ansprechpartner und Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte zu Moschee- und Kulturvereinen
- › Mitarbeitende des polizeilichen Staatsschutzes
- › Mitarbeitende von polizeilichen Fortbildungseinrichtungen
- › Jugendliche und Heranwachsende (14 bis 21) und junge Erwachsene (21 bis 28)
- › Lehrkräfte

- › Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Fachkräfte und Ehrenamtliche in der außerschulischen Jugendarbeit (Zugang über bestehende Präventionsstrukturen und Eingliederung in bisherige Medienkompetenzangebote)
- › kommunale Bedienstete
- › Beschäftigte von Justizvollzugsanstalten
- › Beschäftigte in und im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften

Umsetzung

2019 startete die Projektgruppe „Islamismus im Internet“ die Erarbeitung eines Nachfolgeprodukts für das Medienpaket „Mitreden! – Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistische Internetpropaganda“. Mit im Boot war wieder der externe Partner ufuq.de aus Berlin. Erste Einblicke in die neuen Inhalte konnten wir im Frühjahr 2021 auf dem Deutschen Präventionstag dem interessierten Fachpublikum in einem Projektpot geben.



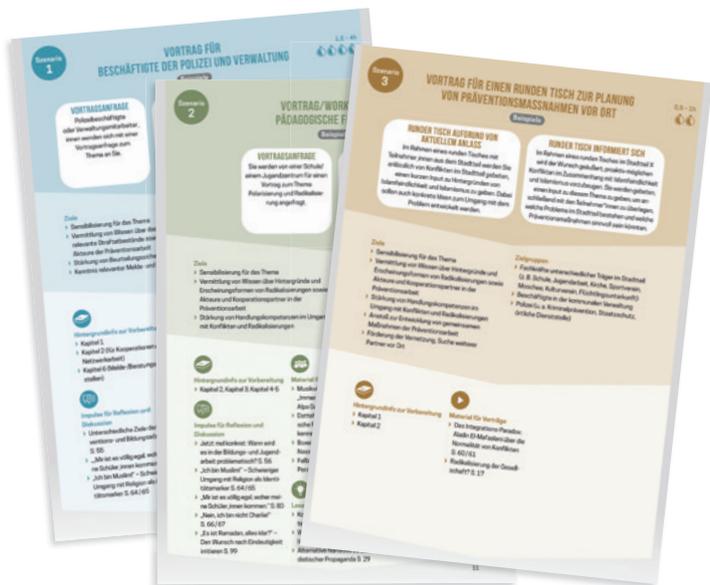
- ↗ Das Medienpaket „Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen“ unterstützt Fachkräfte in Schule, Jugendarbeit und Polizei bei den Themen Islamismus und Islamfeindlichkeit.

Seit Herbst 2021 ist das neue Medienpaket „Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen“ im Themenfeld Islamismus und Islamfeindlichkeit für die Prävention in Schule, Jugendarbeit und Polizei verfügbar. Es richtet sich an Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ebenso wie an kommunale Bedienstete, die z. B. einen runden Tisch zur Planung von Präventionsmaßnahmen vor Ort vorbereiten. Neben Hintergrundinformationen zum Thema und Impulsen für die Netzwerkarbeit enthält die Handreichung umfangreiche Materialien für die Präventionsarbeit mit Jugendlichen vor Ort. So dient das Medienpaket auch als Nachschlagewerk für die Vorbereitung von Workshops mit Jugendlichen in der Schule oder Jugendarbeit. Das übergeordnete Ziel dabei ist, Fachkräfte zu befähigen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu sensibilisieren und die Netzwerkarbeit vor Ort zu erleichtern, um junge Menschen zu stärken, mit extremistischen Angeboten und Ansprachen on- und offline kritisch umzugehen, sie zu hinterfragen und somit einer möglichen Radikalisierung vorzubeugen.

Das Medienpaket ist modular aufgebaut, so dass die Kapitel weitgehend für sich alleine stehen und je nach Schwerpunktsetzung des Lesers oder der Leserin auch einzeln zur Bearbeitung ausgewählt werden können. Nach einem Kapitel mit Hintergrundinformationen folgt ein Abschnitt über die verschiedenen Akteure in der Prävention und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit und Vernetzung. Das Herzstück des Medienpakets bilden die Kapitel zur konkreten Praxis der Präventionsarbeit.

Es enthält eine Zusammenstellung unterschiedlichster Materialien – so sind Videoclips genauso zu finden wie Impuls-Texte für die Diskussion, Methodentipps und konkrete Fragen für den Unterricht. Alle in der Handreichung vorgestellten Filme und Videoclips sind per Link im Internet abrufbar – ergänzend ist ein Teil der Videos auf einer beiliegenden DVD zu finden.

Das Medienpaket enthält am Anfang eine Lesehilfe für den Schnellzugriff auf den Inhalt – vier Szenarien geben Orientierung für unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten. Anhand dieser wählt man die Situation aus, die am ehesten den eigenen Anforderungen entspricht. Für jede Situation ist eine Auflistung verfügbar mit Vorschlägen, welche Kapitel als Hintergrundinformationen dienen können und welche Materialien sich möglicherweise eignen.



➤ Anhand von vier Szenarien am Anfang des Medienpakets können sich die Lesenden einen schnellen Überblick verschaffen, welche Inhalte für sie relevant sind.

RECHTSEXTREMISMUS- UND ANTISEMITISMUSPRÄVENTION: IMMUNISIERUNG GEGEN VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Hintergrund und Projektansatz

Aus Sicht von Expertinnen und Experten stellen Verschwörungserzählungen einen Zugang zu einer (rechts-)extremistischen und antisemitischen Weltsicht dar. Insbesondere Jugendliche suchen nach Identität, Anerkennung und Zugehörigkeit und sind in ihrer Such- und Orientierungsphase oft leichtgläubige Opfer von extremistischem Gedankengut. Das Nutzen von sozialen Netzwerken mit ihrem umfangreichen Informationsgehalt macht es immer schwerer, Gutes von Bösem oder Richtiges von Falschem zu unterscheiden. Im Internet kursieren Halbwahrheiten und teils krude Gerüchte – verbreitet über Telegram-Gruppen oder in sozialen Medien wie beispielsweise über die Plattform YouTube. Sie zu erkennen, zu entlarven und die Fähigkeit zu entwickeln, ihnen zu widersprechen, ist eine der Zielsetzungen der neuen Ausrichtung der Rechtsextremismus- und Antisemitismusprävention. Denn mangelnde Sensibilität, fehlende Handlungssicherheit und wenig ausgeprägte Zivilcourage gegenüber Fake News und absurden Theorien sorgen für immer weitere Verbreitung dieser oft gesteuerten Nachrichten.

Vor diesem Hintergrund wurde die Rechtsextremismus- und Antisemitismusprävention weiter intensiviert. Auf Vorschlag der Zentralen Geschäftsstelle wurde beschlossen, für die Website **www.zivilehelden.de** ein viertes Kommunikat zum Thema „Rechtsextremismus / Antisemitismus“ zu erarbeiten. Die inhaltliche Entwicklung wurde von einer kleinen Expertenrunde, bestehend aus Staatschützern und Präventionsexperten, begleitet.

Ziele

- › Sensibilisierung der Bevölkerung und Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit Verschwörungsmythen und antisemitischem Gedankengut

- › Immunisierung gegen Verschwörungsmythen und deren unreflektierte Verbreitung sowie deren Entlarvung als willkürliche und irrationale Behauptungen und damit ihrer menschenfeindlichen Wirkung
- › Vermittlung eines Gefühls für Algorithmen, Falschnachrichten und versteckte, antisemitische Ideologien
- › Förderung digitaler Zivilcourage

Zielgruppen

- › Jugendliche und internetaffine Erwachsene (primäre Zielgruppe)
- › Eltern und Erziehungsverantwortliche sowie Lehrkräfte (sekundäre Zielgruppe)

Umsetzung und Ausblick

Das Online-Angebot „Zivile Helden“ ist die Weiterführung des erfolgreich abgeschlossenen und evaluierten interdisziplinären Forschungsprojekts PräDiSiKo (Präventive Digitale Sicherheitskommunikation in den sozialen Netzwerken). Mit dem Angebot möchte die Polizeiliche Kriminalprävention die Zivilcourage junger Menschen fördern. Drei interaktive Musikvideos über „Gewalt im öffentlichen Raum“, „Hass im Netz“ und „Radikalisierung“ vermitteln schon seit 2018 Handlungsmöglichkeiten für den Ernstfall. Ausgehend von den ermutigenden Ergebnissen und der hohen Resonanz in den sozialen Netzwerken wurde bereits Ende 2020 mit dem Nachfolgeprojekt begonnen und ein gut neunminütiges, interaktives Kommunikat zum Thema Verschwörungsmythen und Antisemitismus entwickelt. Zunächst wurde in der Expertenrunde Website-Content zu den Themen Antisemitismus, Rechtsradikalisierung und Verschwörungsmythen entwickelt. Auf dieser Basis wurde dann gemeinsam mit dem Filmproduktionsteam, das bereits die ersten Filme produziert hatte, das Drehbuch erarbeitet.

Die Dreharbeiten fanden im Juni 2021 an der Friedrich-Bergius-Schule und rund um den Perelsplatz in Berlin statt. Dem bisherigen Kommunikationsansatz folgend wurden Look-and-feel der bestehenden Videos wieder aufgegriffen. Aufgrund der Komplexität der Thematik wurde jedoch der Musikvideo-Charakter weggelassen und das Kommunikat als Spielfilm umgesetzt.

Zielsetzung des Kommunikats ist es, der politischen Radikalisierung vorzubeugen bzw. die Radikalität der individuellen Einstellungen und ggf. resultierende Radikalisierungsintentionen zu senken. Die Entwicklung des Kommunikats wurde von Beginn an vom Institut für Wirtschaftspolitik der Leibniz Universität Hannover (LUH) wissenschaftlich begleitet.

Das Kommunikat erzählt die Geschichte der befreundeten Jugendlichen Lea und Chris. Während Chris zunehmend in den Strudel von Verschwörungsmythen und Antisemitismus gerät, versucht Lea ihn mittels Gegenrede in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen. Der Film nutzt Spielprinzipien und Gestaltungselemente. Durch das Klicken von Buttons sollen die Zuschauenden ihre Haltung zu den immer radikaleren Aussagen von Chris ausdrücken.

Für die Klicks gibt es Punkte, die wiederum entscheiden, ob der Film ein gutes oder böses Ende nimmt. Die einzelnen Fragen wurden im Vorfeld in ihrer Intensität bewertet, eingeordnet und im Rahmen einer Feldstudie mit Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums in Schleswig-Holstein getestet.

Das am 15. November 2021 veröffentlicht Video „Chris + Lea“ ist eine wichtige Ergänzung der bisherigen Informationen der Polizei im Internet unter www.polizei-beratung.de und www.polizeifürdich.de. Die Veröffentlichung wurde durch eine breit angelegte Kampagne unter Einbindung der Bundes- und der Landespolizeien vorbereitet und begleitet. Im Zuge dieser Kampagne wurden z.B. in der ersten Woche der Veröffentlichung zwischen dem 12. und 19. November 2021 insgesamt 138 Beiträge in den sozialen Medien gepostet und damit eine Reichweite von 1,5 Millionen generiert. Das entsprach circa 508.000 potenziellen Kontakten und führte zu rund 400 Interaktionen.

Die Zielgrößen, Radikalität und Radikalisierungsintention, waren bei der Evaluation weithin genutzte psychologische Skalen, die für den Forschungszweck adaptiert wurden.



Impressionen von den Dreharbeiten in Berlin.

Durch das Forschungsdesign eines kontrolliert randomisierten Feldexperiments konnten die kausalen Effekte des Kommunikats identifiziert und quantifiziert werden. Die Wirkungsergebnisse zeigen, dass das Kommunikat – mindestens kurzfristig – sowohl die Radikalität der Einstellungen als auch die Radikalisierungsintentionen im Durchschnitt senkt. Obwohl dieser Effekt in der Gesamtbevölkerung nach zwei Wochen abklingt, besteht er in der Hauptzielgruppe der 18- bis 24-Jährigen auch über diesen Zeitraum hinweg fort. In dieser Altersgruppe war das Kommunikat zudem besser in der Lage, zwischen Radikalisierung und Aktivismus zu diskriminieren als in der Gesamtstichprobe.

Aufgrund dieser Ergebnisse kommen die Wissenschaftler der LUH zu dem Schluss, dass das Kommunikat eine geeignete Präventionsmaßnahme darstellt. Die Maßnahme erreicht die Hauptzielgruppe der jungen, technikaffinen Menschen genau dort, wo sie ohnehin den Großteil ihrer Informationen konsumiert – in den sozialen Medien. Die Umsetzung wurde vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) mit 475.000 Euro gefördert.

Für die sozialen Netzwerke wurde ein Trailer produziert, der auf www.zivile-helden.de hinweist. Dieser erreichte in 30 Tagen über die Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention rund 25.000 Aufrufe und über 130.000 Impressions. Des Weiteren konnten die Clips mit einem Online Marketing-Budget bei Facebook und Instagram für mehr Reichweite in der Zielgruppe bestückt werden und standen den Polizeidienststellen zum eigenständigen Verbreiten über die sozialen Medien zur Verfügung. Weitere Posts rund um die Thematik Antisemitismus und Verschwörungstheorien im Kampagnenlook ergänzten in der Phase der Marketing-Kampagne das Angebot.

Darüber hinaus wurde das Konzept auf der EUCPN-Best Practice Conference am 9. Dezember 2021 vorgestellt und im Vorfeld als deutscher Beitrag für den European Crime Prevention Award nominiert. Im Rahmen dessen wurde der lineare Film englisch untertitelt. Zudem konnte das neue Kommunikat bei der Landesstrategiekonferenz Politisch Motivierte Kriminalität des Landes Brandenburg vorgeführt werden.



^ Zehn Sekunden Zeit für die Zustimmung oder Ablehnung dessen, was im Video gesagt wird.

AUSRICHTUNG DER KOMMUNIKATION DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Hintergrund und Projektansatz

Die Polizei in Deutschland betreibt ihre Öffentlichkeitsarbeit über viele unterschiedliche Kanäle. Dazu gehören klassische Medien (TV, Radio, Tageszeitung) und – nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie – soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter, Instagram oder YouTube. Diese Netzwerke bieten einen besonderen Vorteil, um Bürgerinnen und Bürger mit allen Themen der Polizei zu erreichen: Sie ermöglichen einen direkten Kontakt zur Zielgruppe. Dieser direkte Draht ist auch für die Polizeiliche Kriminalprävention von unschätzbarem Wert. Gerade auch weil weniger persönliche Beratungsmöglichkeiten vor Ort möglich sind, wächst die Bedeutung der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit über soziale Kanäle.

Die Polizeiliche Kriminalprävention nutzt momentan vier der großen Netzwerke zur Veröffentlichung ihrer Botschaften an verschiedene Zielgruppen. Zudem stellt die Zentrale Geschäftsstelle (ZGS) die veröffentlichten Inhalte bundesweit allen Polizeidienststellen für ihre kriminalpräventiven Maßnahmen zur Verfügung. Seit Herbst 2021 können auch interessierte Bürgerinnen und Bürger die Inhalte über die Internetseite www.polizei-beratung.de herunterladen und zur Veröffentlichung nutzen. Damit sollen die Empfehlungen der Kriminalprävention über möglichst viele Wege in die Bevölkerung getragen werden.

Weitere entscheidende Kommunikationskanäle sind Fernsehen und Radio. Diese werden von der Polizeilichen Kriminalprävention auf Anfrage hin mit relevanten Informationen versorgt oder es werden Ansprechpartner z. B. für Interviews vermittelt.

Ziele

- › Verbreitung von Themen und Empfehlungen der Polizeilichen Kriminalprävention in den sozialen Netzwerken und über andere digitale Kommunikationskanäle
- › Verbreitung kriminalpräventiver Empfehlungen über Fernsehen und Radio
- › Bewerbung kriminalpräventiver Themen auf den polizeilichen Internetseiten (www.polizei-beratung.de, www.polizeifürdich.de usw.) über soziale Netzwerke, TV und Radio
- › Ausweitung der Kommunikation der Polizeilichen Kriminalprävention auf soziale Netzwerke
- › Unterstützung der Polizei in Bund und Ländern bei ihrer kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Netzwerken

Zielgruppen

- › Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Netzwerken (u. a. Facebook, Twitter, Instagram, YouTube)
- › Bürgerinnen und Bürger, die in Fernsehen und Radio eine seriöse Informationsquelle sehen
- › Social Media-Teams anderer Polizeibehörden in Bund und Ländern
- › Social Media-Teams anderer Bundesbehörden (BSI, BMBF, BMI usw.)
- › Partner der „Zivilen Helden“ aus dem Forschungsprojekt PräDiSiKo
- › TV-Sendeformate, die kriminalpräventive Themen aufgreifen und dazu informieren

Umsetzung und Ausblick

Indem die ZGS bundesweit allen Polizeidienststellen passgenaue Materialien in Form von sogenannten Social Media-Kits bereitstellt (Anfang 2022 waren es über 300 Kits zu verschiedenen Themen), leistet sie einen wesentlichen Beitrag zu mehr Prävention in den sozialen Netzwerken.

Zudem wurden 2021 mehrere Themen in Form von Social Media-Kampagnen über die Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention umgesetzt, an denen sich auch Dienststellen bundesweit in unterschiedlicher Art und Weise beteiligen konnten. Dazu gehörten z.B. die Kampagne der Bundespolizei gegen Taschendiebstahl „Stop Pickpockets“, die Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie „SOUNDS WRONG“ oder das 10. Jubiläum der Einbruchschutz-Kampagne K-EINBRUCH (mehr Informationen zur Umsetzung finden Sie bei den jeweiligen Themenabschnitten)

Im Zusammenhang mit der Kampagne „SOUNDS WRONG“ testete die Projektgruppe einen für die Polizeiliche Kriminalprävention neuen Ansatz der Zielgruppenerweiterung: den Einsatz von Influencern auf Instagram. Über eine Medienkooperation konnten fünf Influencer gewonnen werden, die sich an der Verbreitung der Kampagnenbotschaften beteiligten. Sie begleiteten die Kampagne mit Stories, in denen sie auf die polizeilichen Informationen unter www.soundswrong.de aufmerksam machten, selbst konkrete Empfehlungen der Polizei an ihre Community weitergaben oder die Problematik mit ihrem eigenen Alltag verknüpften. Die Polizeiliche Kriminalprävention konnte durch diese digitalen Multiplikatoren neue Zielgruppen erreichen und für die Thematik sensibilisieren, aber vor allem auch ihr neues Online-Angebot erfolgreich bewerben (mehr dazu auf Seite 26).

Zu mehr Reichweite der polizeilichen Sicherheitstipps in den sozialen Netzwerken verhalf auch eine Medienkooperation mit dem Messenger-Dienst „WhatsApp“. Weil die Zahl der Betrugsdelikte über den in Deutschland am meisten genutzten Nachrichtenkanal zunimmt, sollte die Bevölkerung über Schutzmöglichkeiten aufgeklärt werden. Dazu entwickelte die Polizeiliche Kriminalprävention

gemeinsam mit WhatsApp (bzw. Facebook) eine Kampagne, die die wichtigsten Sicherheitstipps vermittelt, um sich vor Betrug mittels WhatsApp schützen zu können. Diese Inhalte, bestehend aus Videos und Infoanzeigen, wurden sowohl über die Internetseite www.polizei-beratung.de, die sozialen Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention als auch über Facebook verbreitet. Zusätzlich wurde an drei Tagen im November in über 150 Radiosendern ein Infomercial ausgestrahlt, das kompakt über Problematik und Schutzmöglichkeiten informierte. Damit wurden mehr als zwei Millionen Hörerinnen und Hörer erreicht. Auch klassische Medien berichteten über die Kampagneninhalte. Weitere Maßnahmen, z.B. Beiträge in Podcasts, sollen 2022 umgesetzt werden.

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt setzte die Corona-Pandemie und die dadurch neu entstehenden Tatbegehungsweisen. Die Information dazu erfolgte schnell und zielgerichtet über die sozialen Kanäle. Einen weiteren Weg zur Verbreitung dieser Informationen stellte die Warn-App NINA dar. Über den Bereich „Schutz vor Straftaten“ wurden die Präventionsempfehlungen der Polizei in diesem Zusammenhang verbreitet.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Polizeilichen Kriminalprävention wird auch in Zukunft auf unterschiedlichen Kanälen fortgesetzt, um die jeweiligen Zielgruppen in ihren Informationsgewohnheiten zu erreichen. Diesen Bedarf sehen vor allem die Zielgruppen selbst. Laut Digitalbarometer 2021 wollen Bürgerinnen und Bürger je nach Alter und Gewohnheit unterschiedlich über Sicherheit informiert werden. Jüngere (14-29 Jahre) wünschen sich besonders häufig Sicherheitstipps in den sozialen Netzwerken. Ältere Zielgruppen (40-69 Jahre) bevorzugen klassische Medien wie Tageszeitung, TV oder Radio (mehr Ergebnisse auf Seite 62).

SCHUTZ VON GEFÄHRDETEN ORTEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Hintergrund und Projektansatz

Das Grundbedürfnis des Menschen nach einem möglichst sicheren und kriminalitätsfreien Lebensraum wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Einer davon ist die Stadt- und Landschaftsplanung, denn durch die Gestaltung und Organisation von Gebäuden, öffentlichen und halböffentlichen Räumen kann Kriminalität vorgebeugt werden. Die Polizeiliche Kriminalprävention stellt daher unter www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/staedtebau zielgruppenspezifische Informationen zur Verfügung, die von der Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“ erarbeitet wurden. Im Jahr 2021 befasste sich die Projektgruppe mit dem Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum / Sichere Kommune“, das für das Jahr 2021 als Schwerpunkt festgelegt wurde.

Ziele

- › Kommunalverantwortliche sollen in die Lage versetzt werden, einzuschätzen, ob Schutzkonzepte erforderlich sind.
- › Erreichen eines bundeseinheitlichen polizeilichen Beratungsstandards zur Verhinderung von Überfahrtaten inkl. der dafür notwendigen polizeilichen Aus- und Fortbildung
- › Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung in Bezug auf die Angst vor Terroranschlägen durch Überfahrtaten
- › Reduktion von Tatgelegenheiten

Zielgruppen

- › Verantwortliche in Kommunen
- › Architektinnen und Architekten, Planerinnen und Planer
- › Fachingenieurinnen und -ingenieure
- › Bauleute und Investierende
- › Veranstaltende
- › Polizeibeschäftigte

Umsetzung und Ausblick

Sicherheit im öffentlichen Raum ist ein wichtiger Bestandteil von Lebensqualität und somit ein hohes gesellschaftliches Gut. Insbesondere Straftaten mit terroristischem Hintergrund, wie es beispielsweise sogenannte Überfahrtaten mit mehrspurigen Fahrzeugen sein können, zeigen deutlich die große Verletzlichkeit eines öffentlichen Raums. Als einen Teilaspekt des Themas „Sicherheit im öffentlichen Raum / Sichere Kommune“ identifizierte die Projektgruppe daher das Thema „Zufahrtsschutz“. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit, dass Überfahrtaten begangen werden, gering ist, gehören sie zu den Taten, die das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger stark negativ beeinflussen. Die öffentliche Diskussion ist nach einem Anschlag in der Regel emotional höchst aufgeladen. Gründe hierfür sind die Unkalkulierbarkeit dieser Straftaten sowie das hohe Ausmaß an Schutzlosigkeit der betroffenen Personen. Nach den Überfahrtaten, die in den vergangenen Jahren im öffentlichen Raum verübt wurden, rückt daher die Forderung nach einem geeigneten Schutz für öffentliche Räume immer mehr in den Blick der Öffentlichkeit. Anfragen von Kommunalverantwortlichen an die örtlichen Polizeidienststellen zur Unterstützung bei Zufahrtsschutzkonzepten und -maßnahmen haben bundesweit zugenommen. Denn die Praxis hat gezeigt: Nur mit einem



Personaleinsatz der Polizei lassen sich solche Taten nicht verhindern. Kommunalverantwortliche sind deshalb gefragt, Konzepte zu entwickeln, um gemeinsam mit der Polizei öffentliche Räume und Veranstaltungen vor solchen Taten zu schützen. Die Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“ hat daher die Handreichung „Schutz vor Überfahrtaten“ erarbeitet. Sie soll Städten und Gemeinden als Leitfaden dienen, eigenverantwortlich Strategien gegen sogenannte Überfahrtaten mittels mehrspuriger Fahrzeuge zu entwickeln. Die Polizei unterstützt diesen Planungs- und Umsetzungsprozess beratend mit ihrem Fachwissen.

Der Leitfaden beinhaltet eine kurze Beschreibung der Rollen und Zuständigkeiten der verantwortlichen Akteure, sechs konkrete Handlungsschritte für die Erarbeitung des Zufahrtsschutzkonzepts und ein Gefährdungsbewertungsraster für eine systematisierte Gefährdungsanalyse.

Aktuell gültige Richtlinien bzw. Normen zum Thema „Überfahrtaten“ wurden als Grundlagen einbezogen und sind im Anhang aufgeführt.

Ergänzende Informationen gibt es online unter www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/staedtebau/schutz-vor-ueberfahrtaten. Spezielle Informationen nur für Beschäftigte der Polizei gibt es in EXTRAPOL unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/themen-und-tipps/staedtebau>. Unter der Rubrik „Schutz vor Überfahrtaten“ finden Polizeibeschäftigte alles zum Thema Zufahrtsschutz.

Darüber hinaus soll eine bundeseinheitliche Broschüre zu Formulierungshilfen für die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bereits in der Bauleitplanung erstellt werden. Hierzu hat die Projektgruppe angeregt, die vom Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit (KURBAS) im LKA Niedersachsen im Mai 2020 herausgegebene Broschüre „Ratgeber zur Formulierung von Stellungnahmen“ als Vorbild zu nehmen. In der Broschüre sollen neben dem Bundesbaurecht auch die föderalen Besonderheiten der einzelnen Landesbaurechte Berücksichtigung finden. Die Broschüre soll 2022 erarbeitet werden.



Bei der Erstellung eines Zufahrtsschutzkonzeptes sind in der Regel mehrere Akteure beteiligt.

UNTERSTÜTZUNG FÜR ZUWANDERINNEN UND ZUWANDERER

Hintergrund und Projektansatz

Der Zulauf von Geflüchteten nach Deutschland dauert weiterhin an. Zwar geht die Zahl asylsuchender Menschen seit April 2016 tendenziell immer weiter zurück, die Gesamtzahl der nach Deutschland zugewanderten Menschen nimmt jedoch weiterhin zu. Oft haben sie keine Kenntnisse über Kriminalitäts- und Verkehrsunfallgefahren sowie über Rolle und Aufgabe der Polizei in Deutschland. Darüber hinaus brauchen zu uns Geflüchtete in Sammelunterkünften – das gilt insbesondere für Frauen und Kinder – Schutz vor Übergriffen. Auch wird die Thematik Zuwanderung immer wieder mit Radikalisierungstendenzen in Kontext gebracht – auf Seiten der einheimischen Bevölkerung als auch auf Seiten der Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer nicht straffällig wird, treten einige in der Polizeilichen Kriminalstatistik als Täterinnen und Täter auf. Im Jahr 2020 wurden im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) insgesamt 136.588 tatverdächtige Zuwanderer registriert. Ein Drittel davon (32,4 %) war mehrfach tatverdächtig. Diese mehrfach Tatverdächtigen waren wiederum an über drei Viertel (75,5 %) aller Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern beteiligt (Gesamtzahl aller Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern 2020: 2.955.323). Das Thema Zuwanderung bleibt daher weiterhin ein Thema der polizeilichen Kriminalprävention.

Ziele

- › Stärkung des Vertrauens von Zuwanderern in die Polizei
- › Erhöhung der Akzeptanz polizeilicher Maßnahmen
- › Förderung von rechtskonformem Verhalten

- › Aufklärung über spezifische Kriminalitätsgefahren und Stärkung des Opferschutzes (insbesondere Heranwachsender)
- › Prävention von Gewalt: Erhöhung der Sicherheit in Gemeinschaftsunterkünften
- › Förderung der interkulturellen Kompetenz von Sicherheitspersonal in Gemeinschaftsunterkünften
- › Förderung der Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Akteuren (Netzwerkarbeit)
- › Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und Abbau von Vorurteilen gegenüber Zuwanderern

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte
- › Zuwanderer in der Orientierungs- und Deutschlernphase während der ersten drei Jahre ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik
- › Verantwortliche für Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder sowie Gemeinschaftsunterkünfte in den Landkreisen und Kommunen
- › Betreibende von Gemeinschaftsunterkünften
- › Ehrenamtliches und hauptamtliches sowie externes Personal von Gemeinschaftsunterkünften (Sozialarbeit, Sicherheitsdienste etc.)
- › Behörden
- › Bevölkerung (breite Öffentlichkeit, Nachbarschaft)

Umsetzung und Ausblick

Bereits im Jahr 2016 hat die Projektgruppe „Flüchtlinge“ die Handlungsbedarfe aus präventivpolizeilicher Sicht in einer Rahmenkonzeption zur Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung umfassend dargestellt. Im Zuge dessen wurden in den folgenden Jahren verschiedene Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt, zum Beispiel Medien erstellt zu Themen wie rechtliche Grundlagen des

Zusammenlebens in Deutschland, Verkehrsprävention, sichere Gestaltung von Gemeinschaftsunterkünften, Prävention von Radikalisierung sowie Opferinformationen für Zugewanderte. Diese Informationen wurden auch auf der Startseite von **www.polizei-beratung.de** in der Rubrik „Informationen für Zuwanderer“ bereitgestellt.

2018 wurde die Projektgruppe „Flüchtlinge“ aufgelöst und an ihrer Stelle die Projektgruppe „Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung“ eingerichtet. Die neue Projektgruppe hat 2019 die Kriminalitätslage im Zusammenhang mit der Zuwanderung überprüft und damit begonnen, das Medienpaket „Ihre Polizei – Im Dienst für die Menschen“ zu aktualisieren. Darüber hinaus wurden dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge polizeiliche Inhalte für die sogenannten „Wegweiserkurse“ übermittelt, die für Bewohnerinnen und Bewohner von Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten werden. Außerdem wurden die „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlings-

unterkünften“ sowie die „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ (DeBUG) innerhalb der Polizei, bei den Verantwortlichen der Landkreise und Kommunen sowie den Betreibern für Gemeinschaftsunterkünfte offensiv beworben. Zudem wurde die Forderung nach interkultureller Schulung des Sicherheitspersonals in Gemeinschaftsunterkünften in die „Mindeststandards“ aufgenommen. 2022 sollen die Inhalte für Zuwanderer auf **www.polizei-beratung.de** auch in Englisch und Arabisch angeboten und mit weiteren digitalen Angeboten für Zuwanderer vernetzt werden.

Die Projektgruppe wird die Entwicklung im Zusammenhang mit der Zuwanderung nach Deutschland weiter beobachten und im Bedarfsfall lageorientiert Präventionsmaßnahmen und -medien entwickeln.



ONLINE-DATENBANK FÜR BETROFFENE VON STRAFTATEN (ODABS) ERSETZT VIKTIM BEI EXTRAPOL

Hintergrund und Projektansatz

Die Polizei, die regelmäßig den ersten Kontakt zu Zeugen und Opfern hat, muss die erweiterten Opferrechte und damit verbundene Hinweispflichten bereits zu Beginn des Ermittlungsverfahrens beachten. Dazu zählen z. B. das Recht auf umfangreiche Information ab dem Erstkontakt, der Schutzanspruch vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und Vergeltung sowie die damit verbundene Prüfung der Schutzbedürfnisse von Opfern. Ein einfühlsamer, vorurteils- und diskriminierungsfreier Umgang mit dem Opfer ist gemäß Art. 2 der „Richtlinie des europäischen Parlamentes und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten“ (Richtlinie 2012/29/EU) die oberste Verpflichtung. Die Phase des polizeilichen Erstkontakts mit dem Opfer bekommt eine zunehmend bedeutendere Rolle, da hier gesetzlich eine frühzeitige Information und die Prüfung des Schutzbedürfnisses festgelegt sind. Durch das 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21.12.2015 und der oben genannten Richtlinie wurden neue rechtsverbindliche Mindeststandards für den Opferschutz erlassen.

Bei eingehender Prüfung im Vorfeld wurde festgestellt, dass zwar bereits zahlreiche schriftliche und virtuelle Informationen von unterschiedlichen Akteuren zum Thema Opferschutz vorliegen, um Opferrechte, Angebote der Opferhilfe und Unterstützungsangebote darzulegen. Oft handelt es sich um deliktische, länder- oder ortsspezifisch abfasste Informationen mit konkreten Kontaktadressen und Ansprechpartnern, die ihren Zweck durchaus erfüllen. Die größte Anforderung für Polizeibedienstete mit Opferkontakt besteht jedoch

darin, den Überblick über diese Vielfalt zu behalten und beim Erstkontakt bzw. bei der „Falleröffnung“ angemessene Informationen geben zu können.

Ziele

- › Opfer, Geschädigte und Angehörige erhalten die Möglichkeit, sich frühzeitig über konkrete Fragen des Opferschutzes, der Opferrechte sowie den Ablauf des Ermittlungs- und Strafverfahrens zu informieren, um auf Informationen zu weiterführenden Angeboten der Opferhilfe und auf Informationen über polizeiliche Maßnahmen des Opferschutzes zugreifen zu können.
- › Polizeibeschäftigte werden in die Lage versetzt, Opfersituationen zu erfassen, Opferbedürfnisse nach Schutz und Hilfe zu erkennen und zu berücksichtigen, sich über die Grundlagen des Opferschutzes, über Opferrechte, Angebote weiterführender Hilfe und über den Ablauf eines Verfahrens zu informieren und die vorgenannten Informationen unter Vermeidung von „Vermittlungsketten“ an die Opfer zu vermitteln.

Zielgruppen

- › Opfer und Geschädigte von Straftaten sowie deren Angehörige
- › Polizeibeschäftigte (Ermittlungsdienst, Führungskräfte, Opferschutzbeauftragte, Wachdienst bzw. Kontroll- und Streifendienst)
- › interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Kooperationspartner

Umsetzung

Die seit 2015 neuen rechtsverbindlichen Mindeststandards für den Opferschutz verpflichten die Polizei, Opfer einer Straftat möglichst frühzeitig über ihre Rechte und Befugnisse innerhalb und außerhalb des Strafverfahrens zu informieren,

vor weiterem Schaden zu schützen und ihrem Bedarf entsprechend an Hilfseinrichtungen zu vermitteln. Diese Anforderung konnte durch die bisherige polizeiliche Datenbank für Opferhilfeeinrichtungen VIKTIM in EXTRAPOL nicht mehr ausreichend erfüllt werden, da insbesondere die Sortierungen der Suchmaske und das Antwort-Zeit-Verhalten erhebliche Mängel aufwiesen und das Web-Design veraltet war. Sie wurde deshalb zum 30.06.2021 eingestellt. Für die Umsetzung ihres gesetzlichen Auftrags stellt die Polizei, neben den spezifischen verfahrensrelevanten Informationen, weiterhin eine verlässliche Datenbankanwendung in EXTRAPOL bereit, um Opfer rund um die Uhr zielgerichtet an Einrichtungen der Opferhilfe zu vermitteln. Für diesen Zweck wurde in Kooperation mit der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) in Wiesbaden eine Schnittstelle zur Online-Datenbank **www.odabs.de** für Betroffene von Straftaten im EXTRAPOL-Auftritt der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes entwickelt.

www.odabs.org erleichtert die Suche nach Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten. Die Internetseite ermöglicht es, sich anonym über die Betreuungs- und Hilfsmöglichkeiten in der jeweiligen Region zu informieren. Dabei erfasst sie Einrichtungen, die nach eigener Definition einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Beratung und Betreuung von Betroffenen von Straftaten legen. Die Inhalte, die über die Einrichtungen ersichtlich sind, werden selbstständig durch diese verwaltet. ODABS wird auf Beschluss des Deutschen Bundestages durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Eine Migration bestehender Beratungsstellendaten war sowohl technisch als auch datenschutzrechtlich nicht möglich. Jedoch können sich bisher gelistete Beratungsstellen eigenständig bei ODABS registrieren. Die Anwendung steht unter **<https://polizei-beratung.extrapol.de/opferinformationen/opferdatenbank/>** in EXTRAPOL zur Verfügung.



DEMOKRATIE UND ZIVILCOURAGE – STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN RESILIENZ DER POLIZEI

Hintergrund und Projektansatz

Rechtsextremistische Tendenzen in Sicherheitsbehörden stehen seit einiger Zeit im besonderen Fokus von Öffentlichkeit, Medien und Politik. Auch bei den Sicherheitsbehörden selbst herrscht eine hohe Sensibilität. So haben die Behörden bereits unterschiedliche Maßnahmen und Konzepte erarbeitet und umgesetzt. Dazu zählen beispielsweise strukturelle und organisatorische Veränderungen, wie die Einsetzung von Extremismusbeauftragten, die Einführung (anonymer) Meldewege oder von Frühwarnsystemen sowie die Erweiterung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und der Ausbau der Forschungsarbeit zum Themenkomplex „demokratische Resilienz der Polizei“.

Um ein Fortbildungs- und Sensibilisierungskonzept zum Thema Rassismus/Extremismus im öffentlichen Dienst zu entwickeln, wurde die Projektgruppe „Demokratie und Zivilcourage“ eingerichtet. Die Projektarbeit findet in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Aus- und Fortbildung statt.

Der Projektauftrag wurde sehr offen formuliert, um die bestehende Vielfalt sowie bereits geplante Maßnahmen und Konzepte in den Bundesländern zu berücksichtigen. In einem ersten Schritt sichtet die Projektgruppe vorhandene und geplante Maßnahmen und Konzepte und stimmt sich mit weiteren Gremien und Akteuren ab, die sich ebenfalls mit der Thematik befassen, um Parallelstrukturen zu vermeiden.

Ziele

- › Entwicklung eines Fortbildungs- und Sensibilisierungskonzeptes zum Thema Rassismus/Extremismus im öffentlichen Dienst in Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Aus- und Fortbildung
- › Entwicklung von Handlungsempfehlungen und -strategien zur Stärkung der demokratischen Resilienz innerhalb der Polizei
- › Identifizierung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie von geeigneten Handlungsfeldern zur weiteren Forschung

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte



Umsetzung und Ausblick

Im Sinne eines Good-Practice-Ansatzes wurden die bereits vorhandenen Maßnahmen, Konzeptionen und Umsetzungserfahrungen der Länder und des Bundes erhoben, strukturiert und ausgewertet. In einer konstituierenden Sitzung der Projektgruppe wurden die Ansätze diskutiert, Handlungsfelder identifiziert und als Arbeitsgrundlage eine Übersichtsmatrix erstellt. Im Weiteren sollen anhand der erarbeiteten Grundlagen und identifizierten Handlungsfelder – Prävention, Fehlerkultur, Aus- und Fortbildung, Personalgewinnung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit – Handlungsempfehlungen formuliert und Umsetzungskonzepte erstellt werden.

Darüber hinaus steht die Zentrale Geschäftsstelle im Austausch mit der beim Unterausschuss Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) eingerichteten Expertengruppe „Demokratische Resilienz“, deren Geschäftsstelle (DemoRes) bei der Akademie der Polizei Hamburg angesiedelt ist. Von dort erfolgte im August 2020 eine Bund-Länder-Umfrage zum Thema „Demokratische Resilienz, Schutz der Demokratie - Handlungsstrategien gegen Radikalisierung“, deren Ergebnisse ebenfalls in die Arbeit der Projektgruppe „Demokratie und Zivilcourage“ einfließen werden.



NEWSLETTER „PRÄVENTION AKTUELL“ UND „PRÄVENTION SPEZIAL“

Hintergrund und Projektansatz

Die beiden internen Newsletter: „PRÄVENTION aktuell“ und „PRÄVENTION spezial“ richten sich direkt an Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen in Bund und Ländern.

„PRÄVENTION aktuell“ erscheint in der Regel vier Mal im Jahr und berichtet über neue Medien, neue Internetinhalte oder aktuelle Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention. Darüber hinaus erhalten die Leserinnen und Leser Informationen und Tipps, wie sie die Medien bei ihrer täglichen Arbeit einsetzen oder Kampagnen in ihren Bereichen umsetzen können.

Der Newsletter „PRÄVENTION spezial“ erscheint anlassbezogen, beispielsweise zum Start einer neuen, bundesweiten Kampagne oder beim Erscheinen neuer Medien zu einem Schwerpunktthema. Pro Ausgabe wird dann nur ein Thema ausführlich dargestellt und beschrieben, wie das Produkt in der täglichen Arbeit eingesetzt werden kann.

Die Newsletter „PRÄVENTION aktuell“ und „PRÄVENTION spezial“ werden per E-Mail an die Landeskriminalämter bzw. Polizeilichen Zentralstellen der Bundesländer, das Bundespolizeipräsidium, das Bundeskriminalamt sowie die Deutsche Hochschule der Polizei verschickt. Diese leiten sie dann an ihre nachgeordneten Bereiche weiter.

Ziele

- › Informationen über Medien und Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention
- › Informationen zu den Einsatzmöglichkeiten der Medien
- › Unterstützung der Polizeilichen Zentralstellen beim Bewerben von Projekten der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte, insbesondere im Bereich Kriminalprävention

Umsetzung

Insgesamt drei Mal erschien „PRÄVENTION aktuell“ 2021. Darüber hinaus wurden zwei Ausgaben von „PRÄVENTION spezial“ veröffentlicht. Themen waren hier der zweite Teil der Social-Media Kampagne „sounds wrong“ gegen die Verbreitung von von Missbrauchsdarstellungen / Kinderpornografie sowie die Vorstellung der Handreichung „Schutz vor Überfahrtaten“ und deren Umsetzungsmöglichkeiten.



Die internen Newsletter informieren Präventionsbeschäftigte verlässlich über neue Produkte und Projekte.

DER PiN – NEWSLETTER FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Hintergrund und Projektansatz

Der PiN ergänzt seit Januar 2020 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeilichen Kriminalprävention und richtet sich direkt an alle Beschäftigte der Polizei. Der Newsletter kann individuell abonniert und so direkt im eigenen Postfach empfangen werden. Der PiN wird anlassbezogen versendet und informiert kurz und knapp über neue Medien, Internetinhalte, Social Media sowie über aktuelle Themen der Polizeilichen Kriminalprävention, neue Kampagnen und Maßnahmen. Getreu dem Claim: Der PiN – Ihr direkter Draht zu mehr Information über Prävention!

Ziele

- › direkte Ansprache der Polizeibeschäftigten
- › Vermittlung aktueller Informationen im Bereich Prävention, die im Arbeitsalltag sofort eingesetzt werden können

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte



^ Der „PiN“: Abonnieren und stets unmittelbar informiert sein.

Umsetzung

Polizeibeschäftigte können den Newsletter auf <http://polizei-beratung.extrapol.de/>, <http://k-einbruch.extrapol.de> oder <http://aktion-tu-was.extrapol.de/> abonnieren und erhalten den PiN direkt ins eigene Postfach.

Der PiN ist seit Januar 2020 bereits über zwanzig Mal erschienen. Themen im Jahr 2021 waren unter anderem die Medienkooperationen im Rahmen der TV-Sendung „RTL-Spezial“ zu den Themen „Cybergrooming“ und „Hate Speech“, das neue K-EINBRUCH-Level zur Visualisierung der polizeilichen Empfehlungspraxis beim Einbruchschutz, die Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) für die NINA-Warn-App, in der seit Anfang des Jahres die polizeilichen Notfalltipps in acht Sprachen abgebildet werden, die Kampagnen gegen die Verbreitung von Kinderpornografie #denkenstatt-senden und SOUNDS WRONG II, die Unterstützung der europaweiten Kampagne „Stop Pickpockets“ in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei oder das interaktive Video der Zivilen Helden zum Thema Antisemitismus. Damit spiegelt der PiN die Arbeit der Polizeilichen Kriminalprävention und ermöglicht allen Polizeibeschäftigten, sich niederschwellig über aktuelle Themen der Prävention zu informieren.

Alle Ausgaben gibt es auch zum Nachlesen unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/newsletter-extrapol/pin-Archiv/>.

SEMINAR FÜR LEITERINNEN UND LEITER VON POLIZEIBEHÖRDEN

Hintergrund und Projektansatz

Damit Präventionsarbeit wirkungsvoll von den Polizeidienststellen vor Ort umgesetzt werden kann, bedarf es einer aktiven Unterstützung durch polizeiliche Führungskräfte. Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Polizeiliche Kriminalprävention einmal jährlich ein Seminar für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden, um sie über Projekte sowie das unterstützende Medienangebot zu informieren.

Ziele

- › Information der Führungskräfte zu aktuellen Aktivitäten und Entwicklungen der Polizeilichen Kriminalprävention
- › Sensibilisierung der Führungskräfte für die Belange der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung

Zielgruppen

- › Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden

Umsetzung

„Sexualisierte Gewalt an Minderjährigen - Herausforderungen für Repression und Prävention“, so lautete das Thema des 42. Seminars für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden am 28. und 29. Juni 2021 in Heidelberg. Geladen waren zahlreiche Fachreferentinnen und Fachreferenten, die mit ihren Vorträgen Impulse für angeregte Diskussionen gaben.

Prof. Dr. Sabine Andresen, ehemalige Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs und Professorin an der Goethe-Universität Frankfurt/Main, berichtete aus der Perspektive betroffener Menschen hinsichtlich sexuellen Kindesmissbrauchs. Sie referierte zum Unrecht in der Kindheit und sexuellen Kindesmissbrauch sowie zu den Grenzen und dem Potenzial bei der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Im Fokus stand dabei ihre Arbeit in der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.



↗ Szene aus einem Video der Kampagne „Sounds Wrong“ gegen die Verbreitung von Kinderpornografie.

Über die Unterscheidung verschiedener Tätertypen bei Sexualstraftaten mit kindlichen/minderjährigen Opfern und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Prävention und Strafverfolgung sprach Prof. Dr. Jürgen Biedermann von der Hochschule der Polizei Brandenburg. Er skizzierte unter anderem die Entwicklung von Methoden zur Einschätzung der Rückfallgefahr und der Ableitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Rückfällen bei entlassenen Sexualstraftätern unter Führungsaufsicht.

Nach den theoretischen Ausführungen wurde es praktisch. Kriminaldirektor Michael Esser, Leiter der BAO Berg vom Polizeipräsidium Köln, zeigte in seinem Vortrag die neue Dimension in der Bearbeitung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie am Beispiel dieser Ermittlungen auf, berichtete von Methoden, Auswertungen und intensivem Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte.

Kriminalrat Carsten Reinhardt, Projektleitung/Data-Solutions vom LKA Niedersachsen, nahm die Zuhörerinnen und Zuhörer anschließend mit in die Welt der Künstlichen Intelligenz. Er informierte über die Chancen und Perspektiven der angewandten Künstlichen Intelligenz (KI) für eine automatisierte Bilderkennung (KI-unterstützte Analyse im Phänomenbereich Kinderpornografie). So bringt es der PC bei der Auswertung von Bilddaten auf 21 Bilder pro Sekunde, während ein Mensch pro Sekunde lediglich ein Bild erfasst.

Polizeidirektor Markus Sabais von der Abteilung Cyber- und IT-Sicherheit, Verwaltungsdigitalisierung Abt. VII, Hessen Cyber Competence Center, aus dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, schloss in seinem Referat den Kreis zur BAO Berg, indem er die Stärkung der Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern unter Betrachtung wachsender Herausforderungen für die Polizei in den Fokus nahm und darlegte, aus welchen Gründen die BAO FOKUS entstand und wie dies mit den Fällen in Nordrhein-Westfalen zusammenhing.

Abschließend stellten Viktoria Jerke, Redakteurin und Projektbetreuerin bei der Zentralen Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention, und Polizeidirektor Joachim Schneider, Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention, die Ergebnisse der Kampagne „Sounds Wrong“ der Polizei gegen die Verbreitung von Kinderpornografie im Netz vor. Sie zeigten die im Rahmen der Kampagne für unterschiedliche Zielgruppen entstandenen Videos und erläuterten die Notwendigkeit, die Bevölkerung über die Strafbarkeit von Besitz, Erwerb und Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie aufzuklären und die Weiterverbreitung von strafbaren Inhalten zu verhindern. Sie appellierten, dass Meldewege und polizeiliche Anzeigenmöglichkeiten nicht nur über die Polizeikanäle, sondern auch über Schulen, soziale Einrichtungen oder andere Stellen bekannter gemacht werden müssten.

„CHEFSACHE PRÄVENTION“ – DER NEWSLETTER FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE DER POLIZEI

Hintergrund und Projektansatz

Erfolgreiche Präventionsarbeit kann nur gelingen, wenn auch die Führungskräfte der Polizei die Prävention als eine wichtige Aufgabe aktiv unterstützen und zur Chefsache erklären. So wirbt der Newsletter „Chefsache Prävention“ gemäß dem Motto „Prävention ist Chefsache“ auf der Leitungsebene der Polizei für die Nutzung und Umsetzung von neu entwickelten Präventionskampagnen und -materialien der Polizeilichen Kriminalprävention.

Er informiert einmal jährlich über neue Projekte und Kampagnen und gibt einen exklusiven Einblick in die geplanten Schwerpunktthemen der kommenden Jahre.

Ziele

- › Information der Führungskräfte zu aktuellen Aktivitäten und Entwicklungen der Polizeilichen Kriminalprävention
- › Sensibilisierung der Führungskräfte für die Belange der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung
- › Einblicke in die geplanten Schwerpunktthemen der kommenden Jahre
- › Hohe Identifikation der Führungskräfte mit Themen der Prävention

Zielgruppen

- › Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden

Umsetzung

Im April 2021 erschien die 15. Ausgabe des Behördenleiter-Newsletters mit den folgenden Themen:

- › Denken statt senden: Kampagne der Polizei mit Videoclips gegen die Verbreitung von Kinderpornografie
- › Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen: Neues Medienpaket im Themenfeld Islamismus und Islamfeindlichkeit
- › Social Media für Dienststellen: Die Zivilen Helden
- › Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum: Entscheidungshilfe für Kommunalverantwortliche; Handreichung zum Zufahrtsschutz erscheint
- › Ergebnisse des Digitalbarometers 2020: Bürgerbefragung von ProPK und BSI zur Cybersicherheit
- › Wissen was kommt: Prävention in Echtzeit mit den Warnmeldungen der Warn-App NINA
- › Corona-Straftaten: Aktuelle Informationen zu neuen Betrugsformen in der Pandemie
- › Terminvorschau mit den wichtigsten bundesweiten Veranstaltungen und Messen der Polizeilichen Kriminalprävention für das Jahr 2021



➤ Prävention zur Chefsache machen: Der Newsletter informiert Führungskräfte der Polizei über neue Projekte und Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention..

WWW.POLIZEI-BERATUNG.DE: DAS PORTAL DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Hintergrund und Projektansatz

Das Internetportal **www.polizei-beratung.de** ist die zentrale virtuelle Plattform der Polizeilichen Kriminalprävention. Die Website greift vielfältige Kriminalitätsphänomene und Fragen der Kriminalitätsvorbeugung auf, bietet für unterschiedliche Interessengruppen zielgerichtet Informationen und ermöglicht die Suche und Bestellung von Medien. Darüber hinaus können Nutzerinnen und Nutzer auf der Seite nach (Kriminal-)Polizeilichen Beratungsstellen in ihrer Nähe suchen.

Ziele

- › Information und Aufklärung über vielfältige Erscheinungsformen von Kriminalität
- › Vermittlung von Präventionsempfehlungen
- › Vertrieb der Medien der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Bevölkerung
- › Polizeibeschäftigte
- › (potenzielle) Kooperationspartner
- › Presse
- › Fachleute im Bereich Kriminalprävention

Umsetzung

Auf der Startseite finden Online-Nutzende wechselnde „News“ mit Präventionstipps zu aktuellen Themen aus allen polizeilich relevanten Deliktsbereichen sowie Hinweise zu Projekten und Medien der Polizeilichen Kriminalprävention. Die „Informationen für Personengruppen“ leiten direkt zu zielgruppenspezifischen Informationen wie beispielsweise für Lehrkräfte, Eltern, Seniorinnen und Senioren oder Migranten weiter. Zudem steht den Besucherinnen und Besuchern der Website eine praktische Suchfunktion zur Verfügung, um im Medienangebot zielgerichtet nach Thema, Medienart, Zielgruppe und Sprache zu recherchieren.

Unter der Rubrik „Themen und Tipps“ erhalten die Nutzerinnen und Nutzer konkrete Informationen zu den häufigsten Kriminalitätsarten – von Anlagebetrug bis Zivilcourage. Die einzelnen Beiträge sind systematisch gegliedert und bieten aktuelle Zahlen und Fakten sowie wichtige Vorbeugungstipps. Unter der Rubrik „Opferinformationen“ gibt es umfangreiche Grundinformationen zu einzelnen Deliktsbereichen, Hilfe und Unterstützung für Opfer und deren Angehörige, Informationen darüber, wie ein Strafverfahren abläuft und umfangreiche Verlinkungen zu Hilfsorganisationen.

Im Pressebereich können Journalistinnen und Journalisten schnell auf die für ihre Arbeit relevanten Informationen wie Pressemitteilungen und Hintergrundinformationen zugreifen. Darüber hinaus finden Medienvertreter in der Bilddatenbank über eine einfache Stichwortsuche die passenden Fotos für den unkomplizierten Download.

Für Polizeibeschäftigte ist der Auftritt im Polizeilichen Extranet (EXTRAPOL) unter **<http://polizei-beratung.extrapol.de>** zu erreichen. Im Medienportal (**<http://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal>**) finden Polizistinnen und Polizisten neben Broschüren und anderen Materialien auch Social Media-Kits zur Verwendung auf ihren Social Media-Kanälen. Seit diesem Jahr stehen die Social Media-Kits auch den Bürgerinnen und Bürgern im Medienangebot unter **www.polizei-beratung.de/medienangebot** zum Herunterladen und Teilen zur Verfügung.

POLIZEI FÜR DICH: ONLINE-ANGEBOT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Hintergrund und Projektansatz

Das Online-Angebot „Polizei für dich“ ist der Internetauftritt der Polizeilichen Kriminalprävention für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren. Polizeirelevante Themen wie beispielsweise Diebstahl, Körperverletzung, Drogen oder Sachbeschädigung, mit denen Kinder und Jugendliche oftmals konfrontiert sind, werden in zielgruppengerechter Sprache vermittelt.

Ziele

- › Angebot polizeirelevanter Informationen für Kinder und Jugendliche, die die Zielgruppe zum Nachdenken anregen und damit einen Beitrag zur Meinungsbildung leisten können

Zielgruppen

- › 12- bis 15-Jährige

Umsetzung

Auf www.polizeifürdich.de finden Kinder und Jugendliche sowie Menschen, die mit dieser Altersgruppe arbeiten, umfangreiche Grundinformationen zu rechtlichen Situationen und Strafverfahren, zur Polizei im Allgemeinen sowie detaillierte Informationen zu einzelnen Deliktbereichen. Die Seite ist in Themenblöcke aufgeteilt, die jeweils übersichtliche Basisinformationen bieten. Zudem wird das Thema jeweils aus Sicht des Opfers und des Täters oder

der Täterin aufgearbeitet. Außerdem gibt es weiterführende Medienempfehlungen, ausführliche Informationen zum jeweiligen Thema, Antworten auf häufig gestellte Fragen sowie Querverlinkungen zu relevanten Fragestellungen. Ein Farbleitsystem – jeder Themenblock hat eine eigene Farbe – soll den Kindern und Jugendlichen helfen, sich schnell auf der Website zurechtzufinden. Die Startseite ist als variierende, auf aktuelle Themen angepasste Seite gestaltet. Die intelligente Suchfunktion ist an dominanter Stelle integriert, um die jungen Nutzerinnen und Nutzer direkt mit ihren Problemen abzuholen. Auf der Startseite findet sich außerdem eine Sammelmappe, in der individuell relevante Artikel gesammelt werden können – beispielsweise als Materialsammlung für ein Referat. Einzelne Begriffe können in einem umfangreichen Glossar nachgeschlagen werden.

Damit die Zielgruppe die Inhalte, die nicht zuletzt auch Rechtsvorschriften enthalten, nachvollziehen kann, wurde eine einfache, direkte Sprache gewählt und die Themen in Umfang und Ausführlichkeit einheitlich gestaltet. Eine intuitive Navigation, die die intensive Beschäftigung mit den Inhalten unterstützt, erhöht die Verständlichkeit der Internetseite. Die Nutzerinnen und Nutzer können so bei Bedarf immer tiefer in das jeweilige Thema eintauchen.

polizei für  dich .de

INTERNETPLATTFORM DER ZIVILCOURAGE-INITIATIVE AKTION-TU-WAS

Hintergrund und Projektansatz

Zivilcourage fängt schon im Kleinen an – wie zum Beispiel für einen Außenseiter in einer Gruppe Partei zu ergreifen oder deutlich eine Gegenposition zu beziehen, wenn über Ausländer, Minderheiten oder kranke Menschen schlecht geredet wird. Egal ob das im Privaten passiert oder bei der Arbeit, im Bus oder im Sportverein. Unser Zusammenleben geht alle etwas an! Jeder kann etwas tun, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Oft reicht beispielsweise schon ein lautes Wort und die Aktivierung von Umstehenden, um einen Täter oder eine Täterin einzuschüchtern.

Die Kampagne „Aktion-tu-was“ der Polizei erklärt mithilfe von sechs einfachen Regeln, wie jeder Einzelne im Ernstfall im Rahmen seiner Möglichkeiten helfen kann. Kern der Kampagne ist die 2019 überarbeitete Website www.aktion-tu-was.de.

Ziele

- › Information der Bevölkerung über richtiges Verhalten im Ernstfall
- › Sensibilisierung der Zielgruppe für Situationen, in denen Zivilcourage wichtig ist
- › Aufklärung über die Pflicht eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin, bei Not- und Unglücksfällen oder bei Gefahr zu helfen
- › Aufruf zu mehr Zivilcourage



↗ Die Botschafterinnen und Botschafter der Kampagne „Aktion-tu-was“.

Zielgruppen

- › gesamte Bevölkerung mit dem Schwerpunkt auf jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren

Umsetzung

Die Website vermittelt die sechs Regeln für mehr Zivilcourage mit der Unterstützung von sechs Botschaftern, die mit einem eindeutigen Charakterzug für jeweils eine der sechs Regeln stellvertretend stehen.

Die sechs Regeln für mehr Zivilcourage:

1. **Hilf, aber bring Dich nicht in Gefahr**
2. **Ruf die Polizei unter 110**
3. **Bitte andere um Mithilfe**
4. **Präg Dir Tätermerkmale ein**
5. **Kümmer Dich um Opfer**
6. **Sag als Zeuge aus**

Auf der Internetseite werden unterschiedliche Situationen dargestellt, in denen Zivilcourage wichtig ist. Dabei geht es nicht nur um Handlungsoptionen bei einem gewaltsamen Überfall oder wenn jemand belästigt wird, sondern auch um Verhaltenstipps, was jeder und jede gegen Cybermobbing oder Extremismus tun kann. Außerdem gibt es Hintergrundinformationen rund um das Thema Zivilcourage und berichtet über aktuelle Ereignisse in dem Themenfeld.

Die Werbemittel der Kampagne können in der Rubrik Medienangebot heruntergeladen werden. Das Angebot umfasst ein Faltblatt, eine Plakatserie bestehend aus sechs Postern, die jeweils eine andere Botschafterin bzw. einen anderen Botschafter mit seinem speziellen Verhaltenstipp abbilden, und verschiedene Online-Materialien, wie z. B. Linkbanner und Fülleranzeigen.

INTERNETSEITE DER EINBRUCHSCHUTZKAMPAGNE K-EINBRUCH

Hintergrund und Projektansatz

Das Thema Einbruchschutz ist ein besonderer Schwerpunkt in der Arbeit der Polizeilichen Kriminalprävention. Ziel ist, die Bevölkerung für einen eigenverantwortlichen, effektiven Einbruchschutz zu sensibilisieren. Zusammen mit Kooperationspartnern aus der Versicherungswirtschaft, den Industrieverbänden und Errichterfirmen hat die Polizei daher im Jahr 2012 die bundesweite Öffentlichkeitskampagne K-EINBRUCH initiiert. Die Internetseite www.k-einbruch.de ist Kern der Kampagne.

Ziele

- › Information und Aufklärung über Einbruchschutz
- › Sensibilisierung der Bevölkerung für eine eigenverantwortliche Einbruchsvorsorge
- › Vermittlung von Präventionsempfehlungen
- › Vertrieb der Einbruchschutzmedien der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › privat Bauende und Renovierende
- › Wohnungsunternehmen, Hausverwaltungen, Architekturbüros und Energieberater
- › Fachleute der (Kriminal-) Polizeilichen Beratungsstellen bzw. polizeiliche Fachberaterinnen und -berater
- › Mitgliedsunternehmen der unterstützenden Verbände
- › Presse

Umsetzung

Der Internetauftritt www.k-einbruch.de bietet unter anderem produktneutrale Informationen der Polizei zum Einbruchschutz, ein „interaktives Haus“ mit Tipps, wie und an welchen Stellen man sein Zuhause sichert sowie Informationen zur staatlichen

Förderung von Einbruchschutz. Unter der Rubrik „Partner“ finden die Besucherinnen und Besucher der Seite das K-EINBRUCH-Netzwerk, das immer weiter verknüpft wird. Die hier mit ihrem Logo aufgeführten Verbände und Firmen unterstützen die Initiative und weisen auf ihren Websites auf die Kampagne hin. Im Gegenzug gelangt man vom Netzwerk auf die Seiten der Unterstützenden.

Im Bereich „Medienangebot“ können mit einer praktischen Suchfunktion alle Medien der Polizeilichen Kriminalprävention zum Thema Einbruchschutz recherchiert werden. Journalistinnen und Journalisten können im Pressebereich schnell auf die für ihre Arbeit relevanten Informationen wie Pressemitteilungen, Hintergrundinformationen oder Infografiken zur Bebilderung von Presseveröffentlichungen zugreifen. Darüber hinaus finden Medienvertreter in der Bilddatenbank über eine einfache Stichwortsuche passende Fotos zum Herunterladen.



↗ Die Internetseite der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH bietet produktneutrale Informationen und Tipps zu effektivem Einbruchschutz.

SOUNDS WRONG: INTERNETSEITE DER KAMPAGNE GEGEN DIE VERBREITUNG VON KINDERPORNOGRAFIE

Hintergrund und Projektansatz

Das Online-Angebot **www.soundswrong.de** informiert über die bundesweite Kampagne der Polizeilichen Kriminalprävention gegen die strafbare Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch Kinder und Jugendliche. Dieses richtet sich in erster Linie an erwachsene Bezugspersonen von Minderjährigen und erklärt, welche Folgen das Teilen von strafbaren Inhalten über Chats oder Messenger auch für Minderjährige haben kann. Im Mittelpunkt stehen Empfehlungen zum Melden von Missbrauchsdarstellungen und zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen.

Ziele

- › Aufklärung über die strafbare Verbreitung von Kinderpornografie durch Minderjährige
- › Aufklärung über Meldemöglichkeiten von Missbrauchsdarstellungen, die im Internet verbreitet werden
- › Empfehlungen zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über die Problematik

Zielgruppen

- › Lehrerinnen und Lehrer, Fachleute aus der Kinder- und Jugendarbeit
- › Vereinstrainerinnen und -trainer
- › Eltern
- › Kinder und Jugendliche

Umsetzung

Die Internetseite **www.soundswrong.de** ist die Hauptpräsenz der Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie in Klassen- bzw. Schülerchats. Sie informiert Eltern, Lehrkräfte, Vereinsverantwortliche und andere Erwachsene über die leichtfertige Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch minderjährige Täterinnen und Täter.

Die Internetseite ist gegliedert in drei Hauptbereiche:

1. Allgemeine Informationen über die Strafbarkeit der Verbreitung von Kinderpornografie/Jugendpornografie
2. Konkrete Meldemöglichkeiten von Missbrauchsdarstellungen für die jeweilige Zielgruppe
3. Tipps zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen

In allen Bereichen werden in Form von FAQs die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der strafbaren Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen zielgruppenspezifisch beantwortet. Darüber hinaus werden digitale oder telefonische Anlaufstellen und Beratungsangebote für jede Zielgruppe vermittelt.

Die wichtigsten Informationen werden zusätzlich auch in Leichter Sprache und in Form von Gebärdenvideos zur Verfügung gestellt.



NEWSLETTER FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Hintergrund und Projektansatz

Bürgerinnen und Bürger erhalten mit dem Bürger-Newsletter Informationen über aktuelle Erscheinungsformen von Kriminalität und wie sie sich davor schützen können. Darüber hinaus lernen sie das vielfältige Angebot an Präventionsmedien der Polizeilichen Kriminalprävention kennen, zu dem Broschüren, Faltblätter, Filme sowie mehrere informative Internetportale gehören. Der Bürger-Newsletter ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der externen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeilichen Kriminalprävention. Interessierte können den Bürger-Newsletter kostenlos abonnieren und erhalten ihn regelmäßig auf elektronischem Weg zugesandt.

Ziele

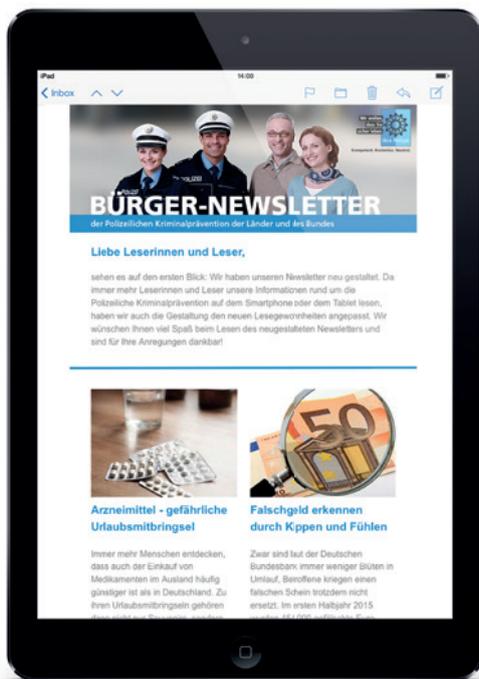
- › Aufklärung über aktuelle Erscheinungsformen der Kriminalität sowie über Möglichkeiten, sich aktiv davor zu schützen
- › Information zu Themen der Polizeilichen Kriminalprävention sowie zum Medienangebot der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein

Umsetzung

Im Jahr 2021 erschienen sechs Ausgaben des Bürger-Newsletters, die jeweils über verschiedene aktuelle Kriminalitätsformen wie beispielsweise Schadsoftware, Betrug und Diebstahl im Urlaub, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder Maßnahmen gegen die Verbreitung von Kinderpornografie informierten. Der Newsletter ist im so genannten Responsive-Design gestaltet und kann so auch bequem unterwegs empfangen und gelesen werden.



Der Bürger-Newsletter versorgt Abonnenten auch unterwegs mit aktuellen Präventionsbotschaften.

INFORMATIONSENGEBOTE FÜR JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN

Hintergrund und Projektansatz

Medien sind wichtige Präventionsbotschafter der Kriminalprävention: Informationen über neue Erscheinungsformen von Kriminalität sowie konkrete Verhaltenstipps lassen sich durch eine entsprechende Berichterstattung und regelmäßige Präsenz in den Medien mit großer Reichweite verbreiten. Die Themen der Polizeilichen Kriminalprävention stoßen bei Leserinnen und Lesern, Zuhörern und Zuschauerinnen auf großes Interesse, denn sie bieten Hintergrundwissen, Orientierung und Ratschläge und werden daher von Medienvertretern gerne aufgegriffen.

Die Polizeiliche Kriminalprävention bietet Journalistinnen und Journalisten daher ein umfangreiches Informations- und Serviceangebot: Abonnierte des Journalisten-Abos erhalten regelmäßig Pressemitteilungen sowie den alle zwei Monate erscheinenden Journalisten-Newsletter. Im Pressebereich auf www.polizei-beratung.de finden Medienvertreter Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen und Entwicklungen in einzelnen Deliktsbereichen, kostenloses Bildmaterial sowie Anzeigenvorlagen.

Ziele

- › Stärkung präventionsorientierter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- › Informationen über Angebote und Aktionen der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Journalistinnen und Journalisten

Umsetzung

2021 wurden 13 Pressemitteilungen versandt, unter anderem zur polizeilichen Aufklärungskampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie, zu einer gemeinsamen Kampagne mit dem Messenger-Dienst WhatsApp, zum Thema Antisemitismus und Verschwörungserzählungen, Sicherheit im Internet sowie Schutz vor Einbruch und Diebstahl. Außerdem gab es insgesamt sieben Ausgaben des Journalisten-Newsletters zu Themen wie Straftaten in Zusammenhang mit Corona, Sicherheit im Internet, Hass im Netz, sexueller Missbrauch und Stalking. Eine der Ausgaben hatte die Veröffentlichung der bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 zum Thema.



© Fotolia / Harald Richter

PRÄSENTATION KRIMINALPRÄVENTIVER BOTSCHAFTEN AUF FACHMESSEN

Hintergrund und Projektansatz

Messen und Fachkongresse sind ein wichtiger Teil der Polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit. Durch Präsenzveranstaltungen und teils auch durch digitale Ersatzveranstaltungen können Zielgruppen direkt angesprochen werden. Dieser Kontakt bietet die Möglichkeit, konkrete Rückmeldung zu polizeilichen Medien und Konzepten zu erhalten. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden drei der wichtigsten Fachmessen rein digital statt.

Ziele

- › Information über Präventionsangebote und Projekte der Polizeilichen Kriminalprävention

Zielgruppen

- › Multiplikatoren wie Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte
- › Polizeibeschäftigte und externe Fachleute im Bereich Kriminalprävention
- › Fachleute im Bereich Sicherheitstechnik
- › Bevölkerung

Umsetzung und Ausblick

77 Vorträge, 96 Ausstellungen und 260 Referierende: Der 26. Deutsche Präventionstag hatte auch digital ein vielfältiges Programm zu bieten. Registrierte konnten sich am 10. und 11. Mai 2021 über die zentrale Plattform – das „DPT-Foyer“ – über aktuelle Handlungsfelder der Kriminalprävention informieren. Diese Informationen wurden den Kongresseteilnehmenden auch nach Ende der digitalen Messe zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden die Aufzeichnungen von Vorträgen, Projektspots und weiteren Programmpunkten ab Juni 2021 im DPT-Foyer eingestellt. Damit lohnt sich ein Besuch der Internetseite auch nach Ende des Fachkongresses. Unter den Messebeiträgen sind ein Projektspot und ein Vortrag der Polizeilichen Kriminalprävention. Der Projektspot stellte das neue Medienpaket der Polizei zu Radikalisierung von jungen Menschen vor,

der Vortrag beleuchtet die Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie. Dieser Vortrag stieß auf besonders großes Interesse: Über 130 Teilnehmende haben sich digital über Ausrichtung und Erfolg der Kampagne informiert – und zahlreiche Fragen gestellt. Seit dem 1. Oktober 2021 sind viele Inhalte auch über den DPT-YouTube-Kanal abrufbar. Mehr zum DPT unter:

www.praeventionstag.de

Der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag vom 18. bis 21. Mai 2021 beeindruckte mit einem hochkarätigen digitalen Kongressprogramm. Zahlreiche Vorträge und Austauschmöglichkeiten standen den Besucherinnen und Besuchern kostenfrei zur Verfügung. Besonders lohnend war ein Blick auf die virtuellen Messestände der Fachmesse. Kreativ und einladend haben viele Ausstellende den ihnen zur Verfügung stehenden digitalen Raum genutzt, um ihre Arbeit zum Greifen nah darzustellen. Viele der Fachveranstaltungen und Messestände können auch nach dem DJHT noch im Online-Archiv besucht werden. Dieses steht allerdings nur registrierten Besucherinnen und Besuchern offen. Mehr Informationen unter: **www.jugendhilfetag.de**

Rein digital präsentierte sich auch die didacta vom 10. bis zum 12. Mai 2021. Auf dem virtuellen Messestand der Polizeilichen Kriminalprävention informierten sich Besucherinnen und Besucher über aktuelle Präventionsmedien und Filmmaterialien für Lehrkräfte, Schülerschaft und Eltern. Bei einem Live-Vortrag konnte die Polizei zudem ihr Medienangebot für den Einsatz an Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder präsentieren. Mehr zur didacta: **www.didacta.de**

Der 27. Deutsche Präventionstag wird vom 4. bis 5. Oktober 2022 in Hannover stattfinden, die didacta 2022 vom 7. bis 11. Juni in Köln.

JÄHRLICHER PRÜFZYKLUS GEWÄHRLEISTET HOHEN QUALITÄTSSTANDARD UNSERER PRODUKTE

Hintergrund und Projektansatz

Die Polizeiliche Kriminalprävention verfügt über ein breit gefächertes Informationsangebot zum Schutz vor Kriminalität. Sie greift eine Vielzahl an Themen und Deliktsfeldern auf und wendet sich an unterschiedliche Zielgruppen. Dabei werden verschiedene Wege der Informationsvermittlung beschrrieben bzw. Medienformate herausgegeben. Die einzelnen Produkte sollen in regelmäßigen Abständen auf Aktualität und Qualität ihres Informationsgehalts geprüft werden. Neue Kriminalitätsphänomene oder Tatbegehungsweisen, Gesetzesänderungen, Änderungen technischer Normen, aber auch veränderte Informations- und Kommunikationsgewohnheiten in der Bevölkerung können es erforderlich machen, einzelne Produkte zu überarbeiten oder möglicherweise aus dem Angebot zu nehmen. In die Bewertung sollen zudem Erfahrungen, die bei der Umsetzung eines Produkts gewonnen wurden, mit einfließen. Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention hat deshalb ein standardisiertes Verfahren entwickelt, bei dem sämtliche Produkte einmal jährlich nach festgelegten Kriterien geprüft werden.

Ziele

- › hoher Qualitätsstandard sämtlicher Produkte der Polizeilichen Kriminalprävention
- › Gewährleistung der Aktualität der in den Medien enthaltenen Informationen

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte im Bereich Kriminalprävention
- › Bevölkerungsgruppen und Multiplikatoren, an die sich die jeweiligen Produkte richten

Umsetzung

Gegenstand der Prüfung war das Produkt-Portfolio der Polizeilichen Kriminalprävention zum Stichtag

01.01.2021. Zu diesem Zeitpunkt gab es insgesamt 167 Produkte. Bei gut einem Drittel der Produkte wurde ein Überarbeitungsbedarf festgestellt. Dabei war das Ausmaß der notwendigen Überarbeitungen sehr unterschiedlich. Während ein rein redaktioneller, hauptsächlich auf Adressen und Kontaktdaten bezogener Korrekturbedarf für gut zehn Prozent der Produkte notwendig war, mussten inhaltliche Änderungen bei circa 25 Prozent vorgenommen werden. Dabei war die Dringlichkeit der Änderungen wiederum sehr unterschiedlich. So mussten Produkte in drei Fällen relativ kurzfristig durch eine neue Version ersetzt werden, beispielsweise eine Broschüre, die über das Risiko von Frachtdiebstählen sowie Möglichkeiten des Schutzes informiert. Auch ein Informationsblatt für kleinere Unternehmen, die ihre Geldtransporte nicht durch professionelle Dienstleister, sondern durch eigenes Personal durchführen lassen, musste zügig überarbeitet werden.

In den weitaus meisten Fällen waren die notwendigen Änderungen eher gering, so dass die Informationsangebote weiterhin eingesetzt werden können und die Korrektur im Rahmen der nächsten Auflage erfolgt. Bei zehn Produkten schließlich gab es die Empfehlung, vorhandene Restbestände aufzubreuchen, ohne dass Änderungen in einer weiteren Neuauflage noch umgesetzt werden sollten. Dies betrifft etwa das Filmangebot mit dem Titel „Verklickt“, das Kindern und Jugendlichen ab Klassenstufe 7 sicherheitsbewusstes Verhalten in ihrer digitalen Alltagswelt vermitteln soll. Ein weiteres Beispiel ist das Faltblatt zum Thema Graffiti, in dem Eltern und Erziehungsverantwortliche Informationen über illegales Spraysen und dessen zivilrechtliche wie strafrechtliche Folgen bekommen, aber auch Hinweise, wie sie auftreten sollen, wenn sie dieses Verhalten bei ihren Kindern bemerken oder befürchten.

WIRKSAMKEIT VON PRÄVENTIONSMASSNAHMEN IN DEN BLICK NEHMEN

Hintergrund und Projektansatz

Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention hat sich vor knapp 20 Jahren darauf verständigt, ihre konzeptionelle Arbeit nach festgelegten Standards der Qualitätssicherung durchzuführen. Dazu wurde ein Rahmenkonzept erarbeitet. Es beschreibt wichtige Voraussetzungen für eine systematische, ursachenorientierte und auf Wirksamkeit ausgerichtete Herangehensweise in der Prävention. Darüber hinaus ist seinerzeit ein methodischer Leitfaden entwickelt worden, der in Form eines Handbuchs Polizeidienststellen dabei unterstützen soll, Präventionsprojekte nach festgelegten Standards zu planen und umzusetzen. Dieser Leitfaden – nach einer Überarbeitung herausgegeben unter dem Titel „Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit“ – ist nach der letztmaligen Auflage vergriffen. Für die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention war dies ein Anlass, nicht nur eine weitere Überarbeitung des Handbuchs in den Blick zu nehmen, sondern auch zu prüfen, inwieweit die Standards für die Qualitätssicherung der Präventionsarbeit angewendet werden und welche Umsetzungsprobleme ggf. vorhanden sind. Dazu hat sie die Projektgruppe „Wirkungsorientierte Präventionsarbeit“ eingerichtet.

Ziele

- › Bekanntmachen und Verdeutlichen der Vorteile einer wirkungsorientierten Präventionsarbeit (Nachhaltigkeit der Wirkung, Effizienz des Ressourceneinsatzes sowie Legitimationsleistung gegenüber Geldgebern, der Politik und der Öffentlichkeit)
- › Nutzung des methodischen Beratungsangebots des Programms Polizeiliche Kriminalprävention für eine wirkungsorientierte Präventionsarbeit und Anwendung nach den Qualitätsstandards
- › Führungskräfte fordern und fördern die Umsetzung von Standards der Qualitätssicherung in der Präventionsarbeit

Zielgruppen

- › Führungskräfte in der Polizei (strategische Ebene)
- › Sachbearbeitende in der Kriminalprävention
- › Aus- und Fortbildung



Umsetzung und Ausblick

Ausgangspunkt der Überlegungen in der Projektgruppe war zunächst, einen genaueren Sachstand zu erheben. Für eine solche Bestandsaufnahme hat die Projektgruppe in einem ersten Schritt den Landespolizeien sowie der Bundespolizei einen kurzen Fragenkatalog vorgelegt. Von Interesse war dabei unter anderem, in welchem Ausmaß bzw. in welchen Bereichen mit dem Handbuch „Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit“ oder mit ähnlichen methodischen Hilfsmitteln gearbeitet wird. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wurde im zweiten Schritt mit einigen Anwenderinnen und Anwendern des Handbuchs ein Experteninterview geführt, um deren praktische Erfahrungen eingehender erfassen zu können.

Als eines der wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen ließ sich entnehmen, dass das Handbuch „Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit“ vom Inhalt her nach wie vor zweckmäßig erscheint. Sofern das Handbuch in der Praxis nicht zum Einsatz kommt, liegt dies in aller Regel nicht an der Qualität. Vielmehr hängt dies ganz überwiegend mit Rahmenbedingungen zusammen, die eine systematisch an Qualitätsstandards ausgerichtete Präventionsarbeit erschweren.

Dazu gehören unter anderem:

- ▶ Praktikerinnen und Praktiker sind nicht immer hinreichend fortgebildet bzw. qualifiziert, um Standards der Qualitätssicherung fachkundig umsetzen zu können.
- ▶ Beratungsangebote durch besonders qualifiziertes Personal sind nicht in erforderlichem Maße vorhanden, um Praktikerinnen und Praktiker bei der Entwicklung von Präventionskonzeptionen zu unterstützen.
- ▶ Die Langfristigkeit der Rahmenbedingungen und verfügbaren Ressourcen an Zeit und Personal, die es braucht, um bestimmte Präventionsprojekte bzw. Präventionsansätze nachhaltig umsetzen bzw. gestalten zu können, ist nicht immer gewährleistet.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befindet sich die Projektgruppe in der Phase der Konzeptionsentwicklung. Dabei ist die Analyse, welche Einflussfaktoren für den Grad der Nutzung des Handbuchs bzw. für eine konsequente Ausrichtung der Präventionsarbeit an Qualitätsstandards bedeutsam sind, weitgehend abgeschlossen. Auch die Zielgruppen, an die Maßnahmen adressiert werden sollen, wurden bereits genauer umrissen. Darüber hinaus ist die Projektgruppe unter anderem damit beauftragt, Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Aus- und Fortbildung zu erarbeiten.



DIGITALBAROMETER 2021: CYBERSICHERHEIT GEHT JEDEN AN

Ein Viertel der Deutschen wird Opfer von Fremdzugriffen auf Online-Accounts, von Schadprogrammen und Online-Betrug – das zeigt das Digitalbarometer 2021 der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). In einer repräsentativen bundesweiten Umfrage erhebt das Digitalbarometer jährlich den aktuellen Kenntnisstand der Bevölkerung zu den Themen IT-Sicherheit und Cyber-Kriminalität. Angriffe auf Online-Accounts, der Download von Schadsoftware und Phishing zählen zu den häufigsten Risiken im Netz. Trotzdem schützen sich viele Nutzerinnen und Nutzer nur mangelhaft.

Die Befragten wurden vor allem Opfer von Fremdzugriffen auf ihre Online-Accounts (31 %), gefolgt vom Download von Schadsoftware (29 %) und Phishing (25 %). Wie auch im Vorjahr wurde rund ein Viertel der Befragten Opfer von Cyber-Kriminalität.

Diese Zahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr (24 %) nicht verändert. Allerdings ist ein deutlicher Rückgang bei Betrug beim Online-Shopping zu verzeichnen. Während im Vorjahr noch 32 Prozent aller Opfer einen kriminellen Vorfall beim Online-Shopping hatten, sind es 2021 nur 19 Prozent.

Dass es im Vergleich zum Vorjahr keinen auffälligen Anstieg an Opfern von Straftaten im Internet gegeben hat, überrascht auch angesichts der gestiegenen Onlinenutzung durch die Corona-Pandemie. Die Befragten der Studie 2021 besitzen mehr internetfähige Geräte (zwischen 3 und 6) und bewegen sich immer länger (bis zu 6 Stunden täglich) in der digitalen Welt. Allerdings legen die Ergebnisse nahe, dass sich viele Straftaten nur inhaltlich verlagert haben. 18 Prozent der Befragten haben eine Straftat mit Covid-19-Bezug erlebt. Davon bestand der Großteil (16 %) aus Phishing-E-mails oder Schadsoftware mit Covid-19-Bezug.

Um welche Art von Straftaten handelte es sich dabei, als Sie Opfer von Kriminalität im Internet geworden sind?



^ Rund drei von zehn Opfern von Online-Kriminalität haben Fremdzugriffe auf einen Account und/ oder Angriffe mit Schadsoftware oder Viren erlebt.

Junge Menschen am häufigsten betroffen

Cybersicherheit ist nur für die Hälfte (56 %) so wichtig, dass sie sich „hin und wieder“ dazu informieren. Jede/r Fünfte informiert sich hingegen überhaupt nicht oder nur im Problemfall (21 %) - ein Grund, warum Nutzerinnen und Nutzer Opfer von Straftaten im Internet werden. Am häufigsten betroffen: Junge Menschen zwischen 19 und 29 Jahren. Fast jede/r Dritte in dieser Altersgruppe sagt aus, Opfer einer Straftat im Internet geworden zu sein. Obwohl sie die meisten Internetanwendungen nutzen, unterschätzen junge Menschen die damit verbunden Gefahren und Risiken. Zu ihrem Schutz in der digitalen Welt setzen sie durchschnittlich nur drei Maßnahmen wie sichere Passwörter, regelmäßige Updates oder eine Zwei-Faktor-Authentisierung ein. Hingegen waren bei den Älteren (60- bis 69-Jährige) nur 17 Prozent betroffen. Diese Gruppe nutzt auch die meisten Schutzmaßnahmen – im Schnitt 4,4.

Das Digitalbarometer bringt auch ein positives Ergebnis zu Tage: Im Jahresvergleich mit der Befragung von 2020 zeigt sich, dass mehr Nutzerinnen und Nutzer auf sichere Passwörter (+12 % im Vergleich zu 2020) oder auf den Datentransfer per https-Verbindung (+10 % zu 2020) achten. Dies ist ein Signal dafür, dass die Bevölkerung mehr für Cybersicherheit sensibilisiert ist.

Opfer und Schadenssummen von Straftaten im Internet

Von den Befragten, die Opfer einer Straftat im Internet wurden, gab jede/r Zehnte an, einen finanziellen Schaden erlitten zu haben (meist zwischen 20 und 2.000 Euro). Knapp ein Drittel (27 %) hat wichtige Daten verloren. Daneben spielten auch der zeitliche Schaden, der Vertrauensverlust in entsprechende Online-Dienste und die Rufschädigung eine Rolle.

Entgegen dem allgemeinen Trend zu mehr Online-Käufen in der Pandemie gehen laut Digitalbarometer 2021 die Betrugszahlen beim Online-Shopping bereits das dritte Jahr in Folge zurück: 2019 waren es 36 Prozent, 2020 32 Prozent und 2021 nur 19 Prozent. Ein Drittel der Betroffenen hat einen finanziellen Schaden beim Online-Shopping erlitten, dieser lag durchschnittlich bei unter 200 Euro.

ERKENNTNISSE IM ÜBERBLICK

- › Nur rund ein Drittel der Befragten fühlt sich gut zum Thema Sicherheit im Internet informiert.
- › Bei finanziellen Online-Services ist den Befragten Sicherheit eindeutig am wichtigsten.
- › Straftaten im Internet sind keine Seltenheit – bereits jede/r Vierte hat Erfahrungen mit Kriminalität im Internet gemacht.
- › In der Mehrheit der Fälle haben die Betroffenen mindestens einen finanziellen oder emotionalen Schaden davongetragen.
- › Im Ernstfall haben sich die Betroffenen am häufigsten selbst geholfen oder sich an die Polizei gewendet.

Hilfe nach Opferwerdung

Als Reaktion auf eine begangene Straftat überwiegen zwei Aspekte: 36 Prozent haben sich selbst geholfen und weitere 29 Prozent waren bei der Polizei. Andere haben Hilfe bei Familie und Freunden gesucht (20 %) oder sich an die entsprechenden Netzwerkbetreiber gewandt (16 %). Nur drei Prozent der Betroffenen wussten nicht, was sie tun sollten. Die Art der Straftat spielt eine erhebliche Rolle für den gewählten Lösungsweg.

Opfer von Betrug haben häufiger Anzeige bei der Polizei erstattet (37 %), während Betroffene von Cybermobbing häufiger Rechtsbeistand (30 %) oder Rat bei der Familie und Freunden (27 %) gesucht haben.

JEDES ZWEITE OPFER VON CYBERKRIMINALITÄT WÜNSCHT SICH VERHALTENSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN FALL EINER STRAFTAT.

Erfahrungen mit Kriminalität im Internet führen dazu, dass Befragte sich mehr sicherheitsrelevante Informationen wünschen: 57 Prozent wollen mehr Informationen zum Erkennen von Straftaten im Netz, 48 Prozent wünschen mehr Hinweise zum Schutz sensibler Daten. Jedes zweite Opfer von Cyberkriminalität wünscht sich Verhaltensempfehlungen für den Fall einer Straftat. Eine Checkliste für den Notfall im Allgemeinen ist die am meisten gewünschte Hilfestellung (43 %). Dennoch gibt es Unterschiede je nach Straftat. Einen konkreten Ansprechpartner bei der Polizei hätte Opfern von Betrug (38 %) oder problematischen Inhalten (39 %) geholfen. Ein Erklärvideo dazu, wie man reagieren muss, hätten sich sowohl Opfer von Schadsoftware (37 %), Cybermobbing und -stalking (36 %) und problematischen Inhalten (37 %) gewünscht.

Fokusfragen zur digitalen Nutzung während der Pandemie

Die Corona-Pandemie wirkt sich auf alle skizzierten Ergebnisse aus: 39 Prozent der Befragten nutzen seit Pandemiebeginn häufiger Internetanwendungen. Diese vermehrte Online-Aktivität hat jedoch nicht dazu geführt, dass sich die Befragten gefährdeter fühlten – oder wie geschildert häufiger Opfer einer Straftat im Netz wurden. Jede/r zehnte Befragte hat schon einmal eine Phishing-E-Mail mit Covid-19-Bezug erhalten. Sechs Prozent haben sich Schadsoftware heruntergeladen, als sie sich zum Thema informieren wollten. Ein Prozent der Befragten haben es sogar erlebt, dass sich jemand in ein von ihnen besuchtes Online-Meeting gehackt und zugeschaltet hat.

Genau wie bei den Straftaten ohne expliziten Covid-19-Bezug ist den Betroffenen von Straftaten im Zusammenhang mit dem Corona-Virus vor allem ein zeitlicher Schaden entstanden (24 %) oder sie haben Daten verloren (20 %). 19 Prozent haben einen theoretischen finanziellen Schaden zu beklagen, tatsächlich hat nur ein Prozent einen realen finanziellen Schaden erlitten. Jedes dritte Opfer (36 %) hat sich selbst geholfen. 17 Prozent haben eine Internetbeschwerdestelle kontaktiert und 16 Prozent Anzeige bei der Polizei erstattet. Neben expliziten Straftaten begegneten den Befragten auch Fake News (also digital verbreitete Falschinformationen) oder Verschwörungsmytthen rund um die Pandemie. Mehr als jede/r Dritte (32 %) gibt an, einmal oder mehrmals derartige Nachrichten bekommen zu haben. Ein Drittel davon wiederum war unsicher, ob es sich tatsächlich um Falschmeldungen handelte.

In der Folge bedeutet dies, dass Empfehlungen zur Überprüfung von Nachrichtenquellen durchaus sinnvoll sind und nicht nur hinsichtlich der Pandemie an die Bevölkerung vermittelt werden sollten.

Bekanntheit von Sicherheitsempfehlungen

Knapp ein Drittel der Befragten kennt die herausgegebenen Informationen des BSI und der Polizei (jeweils 30 %). Meist erfahren die Befragten aber zufällig davon, zum Beispiel in der Tagespresse (23 %) oder auf Internetseiten (40 %). Hinweise der Polizei werden besonders häufig auf Internetseiten (35 %) und in der Tagespresse (34 %) gesehen.

Die Internetseite der Polizeilichen Kriminalprävention (www.polizei-beratung.de) haben 17 Prozent als Quelle für Informationen angegeben. Diese Hinweise waren für 76 Prozent der Befragten sehr oder eher verständlich.

Trotzdem muss die Polizeiliche Kriminalprävention weiterhin intensiv über Cybersicherheit aufklären – und dies vor allem bei den jüngsten Befragten. Die jüngste Gruppe der 14- bis 18-Jährigen fühlt sich mit 27 Prozent deutlich häufiger schlechter informiert als die anderen Altersgruppen. Insgesamt gesehen sehen sich knapp ein Drittel (32 %) gut informiert, 45 Prozent stufen sich im Mittelfeld ein („teils/teils“). Am anderen Ende der Skala denken 18 Prozent, sie seien schlecht informiert. In der allgemeinen Betrachtung ergibt dies kaum Unterschiede zum Vorjahr.

Sie haben angegeben Opfer geworden zu sein. Ist Ihnen bei der Straftat ein Schaden dadurch entstanden?



^ Über ein Viertel der Opfer hat durch Internet-Kriminalität einen zeitlichen Schaden erlitten und/oder Daten verloren.

Wunsch nach mehr Informationen

57 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Informationen über Cyber-Sicherheit. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um acht Prozentpunkte. Das Bedürfnis nach mehr Informationen kann auf die erhöhte Sensibilität gegenüber dem Thema hindeuten anstatt auf größere Unsicherheit oder eine höhere Gefährdungswahrnehmung. Dafür spricht, dass Befragte 2021 angeben, mehr Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen als im Vorjahr. Die Angst davor, Opfer von Cyberkriminalität zu werden, ist im Jahresvergleich nicht gestiegen.

Daten zur Umfrage

Die repräsentative Online-Befragung wurde im April und Mai 2021 bei 2.000 Personen ab 14 Jahren durchgeführt.

Folgende Themenschwerpunkte standen im Fokus:

- › Wissensstand und Informationsverhalten zu Themen der IT-Sicherheit
- › Sicherheitsverhalten zum Schutz vor Cyber-Kriminalität
- › persönliche Erfahrungen mit Kriminalität im Internet und damit verbundene Folgen

Download des Kurzberichts unter:

www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/ gefahren-im-internet/

Die meisten wollen darüber aufgeklärt werden, wie sie Straftaten im Internet erkennen können (57 %), wie sie sensible Daten schützen können (48 %) und welche Software am meisten schützt (48 %). Dazu, wie man sich als Opfer verhalten sollte, wünscht sich knapp jede/r Zweite (48 %) mehr Informationen.

Die Befragten würden diese Sicherheitsinformationen am liebsten über Websites sowie Newsletter erhalten (46 %). Auch klassische Medien wie das Fernsehen oder Radio hält ein Drittel für gute Informationsquellen (32 %). Jede/r Vierte (25 %) möchte über soziale Medien informiert werden, unter den 14- bis 29-Jährigen sogar 42 Prozent. Die klare Mehrheit der Befragten (81 %) vertraut dabei staatlichen Stellen wie der Polizei oder dem BSI. Dienstanbieter wie Google, Amazon oder Microsoft finden die Befragten interessanterweise vertrauenswürdiger (43 %) als Institutionen der Zivilgesellschaft (22 %) wie den Chaos Computer Club.



GREMIENSTRUKTUR UND ORGANISATION DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION DER LÄNDER UND DES BUNDES

Die Gremien der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes wurden auf Basis eines Beschlusses des Arbeitskreises „Innere Sicherheit“ (AK II) vom Oktober 1996, abschließend von der „Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ (IMK) im November 1996 mit Wirkung zum 01.07.1997 neu geregelt. Unterhalb des AK II wurde der Bereich „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“, bestehend aus Projektleitung, Kommission und Geschäftsstelle, eingerichtet. Diese Struktur soll klare Zuständigkeiten der Gremien im Bereich der Polizeilichen Kriminalprävention, kürzere Geschäftswege und eine bessere Koordination der länderübergreifenden Kooperation sowie der Bundesländer-Zusammenarbeit gewährleisten.

Die **Projektleitung** erörtert alle Grundsatzfragen der Polizeilichen Kriminalprävention mit länderübergreifender Bedeutung und ist zuständig für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes.

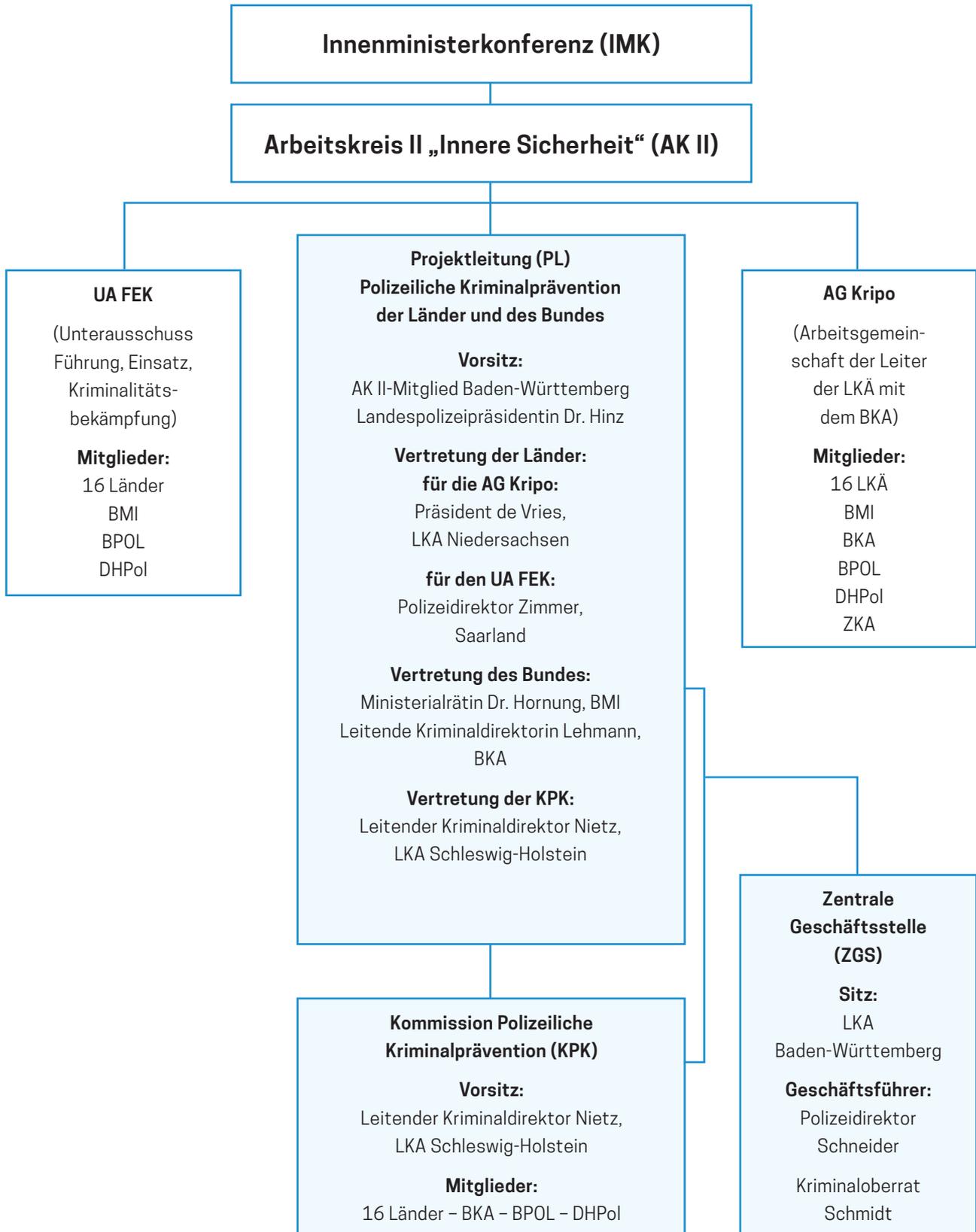
Die **Kommission** leistet innerhalb der strategischen Vorgaben der Projektleitung die konzeptionelle Sacharbeit. Dazu haben sich die einzelnen Mitglieder der Kommission jeweils auf bestimmte Themenfelder spezialisiert. Zu den Aufgaben der Kommission gehören die Entwicklung und Umsetzung von Präventionskonzeptionen, die fachliche Gestaltung der polizeilichen Beratungstätigkeit sowie die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit. In der Kommission sind alle 16 Bundesländer und der Bund vertreten. Mitglieder sind im Regelfall

die Leiterinnen und Leiter der Zentralstellen für Prävention der Landeskriminalämter sowie des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei; als beratendes Mitglied nimmt ein Vertreter der Deutschen Hochschule für Polizei teil. Der oder die Vorsitzende der Kommission wird turnusmäßig aus dem Kreis der Teilnehmenden gewählt und vertritt die Kommission in der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention.

Die **Zentrale Geschäftsstelle*** mit Sitz in Stuttgart koordiniert als Anlaufstelle alle länderübergreifenden Aktivitäten der Polizeilichen Kriminalprävention im Gremienverbund und im Zusammenwirken mit außerpolizeilichen Präventionsträgern. Sie steuert das Programm Polizeiliche Kriminalprävention und führt die Geschäfte der Projektleitung sowie der Kommission. Darüber hinaus hält die Geschäftsstelle Kontakt zu anderen polizeilichen Gremien.

Eine der zentralen Aufgaben, die von den Gremien der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes wahrgenommen werden, ist das **Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**. Mithilfe dieses Programms werden die Bevölkerung, Organisationen, Medien sowie Funktionsträger und Berufsgruppen, die präventionsorientiert arbeiten, über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten der Vorbeugung informiert. Dies geschieht unter anderem durch die Herausgabe von Informationsmedien und anderen Maßnahmen, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen, sowie durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

* Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, c/o Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart, E-Mail: propk@polizei.bwl.de, Internet: www.polizei-beratung.de



LKA Landeskriminalamt
BMI Bundesministerium des Innern und für Heimat
DHPol Deutsche Hochschule der Polizei

BKA Bundeskriminalamt
BPOL Bundespolizei
ZKA Zollkriminalamt

DIE ARBEITSGEBIETE DER KOMMISSION POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

ZUSTÄNDIGKEIT

ARBEITSGEBIETE

Bundeskriminalamt	<ul style="list-style-type: none">› Politisch motivierte Kriminalität, Terrorismus, religiös/extremistisch motivierte Straftaten› Cybercrime (z. B. Internetkriminalität im engeren Sinn, Internet als Tatmittel)
Bundespolizeipräsidium	<ul style="list-style-type: none">› Zivilcourage
LKA Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none">› Materialprüfung› Jugendgefährdung und Jugendkriminalität
Bayerisches Landeskriminalamt	<ul style="list-style-type: none">› Einbruchskriminalität, Sicherheitstechnische Prävention, Mechanische Sicherung
LKA Berlin	<ul style="list-style-type: none">› Betrug
Polizeipräsidium Land Brandenburg	<ul style="list-style-type: none">› Drogenkriminalität, z. B. offene Drogenszene, Beschaffungskriminalität, Informationsbeschaffung und -steuerung (über stoffliche Neuerscheinungen, Schnelltests usw.)
LKA Bremen	<ul style="list-style-type: none">› Sexuelle Gewalt, Belästigungen, Stalking
LKA Hamburg	<ul style="list-style-type: none">› Städtebauliche Prävention
Hessisches Landeskriminalamt	<ul style="list-style-type: none">› Elektronik / elektrische Meldung Schwerpunkt: elektronische Meldetechnik, optische Überwachung› Bankenschutz› Kulturgüterschutz

ZUSTÄNDIGKEIT

ARBEITSGEBIETE

LKA Mecklenburg-Vorpommern	<ul style="list-style-type: none"> › Raub, Erpressung
LKA Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> › Fahrzeugkriminalität, Diebstahl rund ums Fahrzeug (z. B. Zweiräder, Kraftfahrzeuge, Boote, Wohnwagen, Fahrzeugtechnik, wie Ortungs- und Ladungssicherungssysteme)
LKA Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> › Opferschutz › Senioren
LKA Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> › Kriminalität durch unbaren Zahlungsverkehr (z. B. Debit-, Kreditkarten)
LPP Saarland	<ul style="list-style-type: none"> › Einbruchskriminalität, verhaltensorientierte Prävention › Nachbarschaftshilfe
LKA Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> › Gewalt gegen Personen und Sachen im öffentlichen Raum (z. B. Körperverletzung, Graffiti, Vandalismus)
LKA Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> › Gewalt in der Familie und ähnlichen Lebensgemeinschaften
LPA Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> › Falschgeld
LPD Thüringen	<ul style="list-style-type: none"> › Einfacher Diebstahl (Ladendiebstahl einschl. des Personaldiebstahls, Warensicherungssysteme, Trick- und Taschendiebstahl)
Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ZGS), ohne Mitgliedschaft in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention	<ul style="list-style-type: none"> › Mediensicherheit › Integration, Migration



PROJEKTGRUPPEN

NAME

MITGLIEDER (fett gedruckte Einrichtungen führen den Vorsitz)

**Projektgruppe
Ausrichtung der Kommunikation
über kriminalpräventive Themen
in sozialen Medien, Fernsehen
und Radio**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › Bundeskriminalamt
- › Bundespolizei

**Projektgruppe
Clankriminalität**

- › **LKA Niedersachsen**
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › Bundeskriminalamt
- › Zentrale Geschäftsstelle

**Projektgruppe
Demokratie und Zivilcourage**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › Bundeskriminalamt
- › Bundespolizei

**Projektgruppe
Drogenprävention**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Bayerisches LKA
- › PP Land Brandenburg
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › LPD Thüringen
- › Bundeskriminalamt

NAME**MITGLIEDER** (fett gedruckte Einrichtungen führen den Vorsitz)**Projektgruppe
Eigentumsdelikte**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › Hessisches LKA
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Sachsen
- › LPA Schleswig-Holstein
- › LPD Thüringen
- › Bundespolizei
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

**Projektgruppe
Geldautomatensprengungen**

- › **Bundeskriminalamt**
- › LKA Baden-Württemberg
- › PP Land Brandenburg
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › Zentrale Geschäftsstelle

**Projektgruppe
Gewalt an Schulen/Jugendgewalt**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › PP Land Brandenburg
- › LKA Hamburg
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

NAME

MITGLIEDER (fett gedruckte Einrichtungen führen den Vorsitz)

**Projektgruppe
Häusliche Gewalt - in allen
Lebensbereichen, Alters- und
Sozialstrukturen**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Bayerisches LKA
- › PP Land Brandenburg
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Sachsen
- › LKA Sachsen-Anhalt
- › LPD Thüringen
- › Bundeskriminalamt
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

**Projektgruppe
Informationsmanagement**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Hamburg
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LPP Saarland
- › LKA Sachsen

**Redaktionsteam
Islamismus im Internet**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Bayerisches LKA
- › Hessisches LKA
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › Bundeskriminalamt

**Projektgruppe
Mediensicherheit**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › LKA Hamburg
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LKA Sachsen
- › Bundeskriminalamt
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention



NAME**MITGLIEDER** (fett gedruckte Einrichtungen führen den Vorsitz)

**Projektgruppe
Prävention von Kriminalität
und Förderung der Sicherheit
im Zusammenhang mit der
Zuwanderung**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › PP Land Brandenburg
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LKA Sachsen
- › Bundespolizei
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

**Projektgruppe
Städtebau und Einbruchschutz**

- › **LKA Hamburg**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Sachsen
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention
- › Zentrale Geschäftsstelle

**Projektgruppe
Wirkungsorientierte
Präventionsarbeit**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Hessisches LKA
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › Bundespolizei
- › Gesellschaft für innovative Sozialforschung

**Redaktionsteam
„Polizei für Dich“**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › Hessisches LKA
- › LKA Nordrhein-Westfalen

KOOPERATIONSPARTNER DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**ABUS August Bremicker
Söhne KG, Wetter**

- › Einbruchschutz

**Allgemeiner deutscher Auto-
mobil-Club e. V. (ADAC), München**

- › Sicherer Autokauf im Internet

Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**Antidiskriminierungsstelle
des Bundes, Berlin**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

APCO Worldwide, Berlin

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Kontrolle ist besser – Check Deinen Chat

**Arbeitsgemeinschaft zum Schutz
der Kinder vor sexueller Ausbeu-
tung e. V. (ECPAT), Freiburg**

- › Kindersextourismus

ATRAL-SECAL GmbH, Weinheim

- › Einbruchschutz

AutoScout24 GmbH, Grünwald

- › Sicherer Autokauf im Internet

**Bundesamt für Bevölkerungs-
schutz und Katastrophenhilfe,
Bonn**

- › Corona-Straftaten
- › Warn-App NINA

**Bundesamt für Migration und
Flüchtlinge, Nürnberg**

- › Polizei und Muslime
- › Islamistische Inhalte im Internet
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen



KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bonn

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V., Berlin

- › Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

Bundeskoordination der Aktion Courage e. V., Berlin

- › Islamistische Inhalte im Internet

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin

- › Einbruchschutz
- › Islamistische Inhalte im Internet
- › Intensivierung der Rechtsextremismus- / Antisemitismusprävention
- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

- › Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung
- › Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung
- › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Bundesnetzwerk! Zivilcourage, Berlin

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Bonn

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e. V. (bevh), Berlin

- › Sicherheit im elektronischen Handel

BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e. V., Brücken

- › Einbruchschutz

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl Architektur und Visualisierung, Cottbus

- › Städtebau
- › Schutz bei Terror und Amok

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn

- › Interkulturelle Kompetenz
- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Politisch motivierte Kriminalität

BurdaForward GmbH, München

- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

BURG-WÄCHTER KG, Wetter

- › Einbruchschutz

DAS NETTZ – Die Vernetzungsstelle gegen Hate Speech, Berlin

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

Demokratiezentrum Baden-Württemberg, Sersheim

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main

- › Infoblatt Falschgeld

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), Berlin

- › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart

- › Hallo-Hefte „Polizei für dich“ (Thema: Arbeit der Polizei), „Geflüchtet“ (Thema: Flüchtlinge) und „Smartphone & Co. – sicher nutzen!“ (Thema: Mediensicherheit)

Deutscher Präventionstag, Hannover

- › 26. Deutscher Präventionstag in Köln

Deutscher Reiseverband e. V. (DRV), Berlin

- › Kindersextourismus

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**Deutsches Jugendinstitut (DJI),
München**

- › Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung
- › Gewalt junger Menschen im öffentlichen Raum
- › Gesprächskreis der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention

**Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V., Berlin**

- › Einbruchschutz

**Deutschland sicher im Netz e. V.,
Berlin**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Sicherheitsbarometer (Siba-App)

**eBay Kleinanzeigen GmbH,
Kleinmachnow**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Sicherer Autokauf im Internet

EHI Retail Institute, Köln

- › Missbrauch von Debitkarten im elektronischen Lastschriftverkehr

EXIT – Deutschland, Berlin

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**Fachverband Schloss +
Beschlagindustrie e. V., Velbert**

- › Einbruchschutz

**Filmakademie
Baden-Württemberg GmbH,
Ludwigsburg**

- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

**Freie Universität Berlin, Entwick-
lungspsychologie und Klinische
Psychologie, Berlin**

- › Prävention von schwerer Gewalt

**Freiwillige Selbstkontrolle
Multimedia-Diensteanbieter e. V.
(FSM), Berlin**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**Gemeinsames Terrorismus-
abwehrzentrum (GTAZ), Berlin
AG Deradikalisierung**

- › Islamistische Inhalte im Internet

**Gesamtverband der Deutschen
Versicherungswirtschaft e. V.
(GDV), Berlin**

- › Einbruchschutz
- › Vorbeugung von Bootsdiebstahl
- › Geldautomatensprengung

**Hauptverband Deutscher
Einzelhandel (HDE), Berlin**

- › Missbrauch von Debitkarten im elektronischen Lastschriftverkehr
- › Infoblatt Falschgeld

**HEIM & HAUS Produktion und Ver-
trieb GmbH, Duisburg**

- › Einbruchschutz

**Hochschule der Medien,
Stuttgart**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien

**Hochschule für Angewandte
Wissenschaften, Hamburg**

- › Islamistische Inhalte im Internet

**IDS Information Display
Services GmbH, Baden-Baden**

- › Optimierung des Medienvertriebs

**IKIK – Institut für Kommunikation
und Interkulturelle Kompetenz,
HSR Hochschule für Technik,
Rapperswil/Schweiz**

- › Transfer interkultureller Kompetenz

**I-KIZ – Zentrum für Kinderschutz
im Internet, Berlin**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien

infoNetwork GmbH, Berlin

- › Cybergrooming
- › Hass im Netz

**Institut für Europäische
Ethnologie an der Humboldt-
Universität, Berlin**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**Institut für Wirtschaftspolitik
an der Leibniz-Universität Hannover**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**interkey
Fachverband Europäischer
Sicherheits- und Schlüssel-
fachgeschäfte e. V., Lippstadt**

- › Einbruchschutz

**Internationale Filmschule
(ifs), Köln**

- › Jugendkriminalität – Gewalt im öffentlichen Raum

iRights.info, Berlin

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Verhinderung der Nachnutzung illegal erlangter Smartphones

jugendschutz.net, Mainz

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

Juuport e.V., Hannover

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**Karli Baumann Werbefilmproducer,
Berlin**

- › Antisemitismus
- › Verschwörungsmymen

Kfw-Bankengruppe, Berlin

- › Einbruchschutz
- › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

klicksafe.de, Ludwigshafen

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

Köster Aluminium GmbH & Co. KG, Iserlohn

- › Einbruchschutz

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex), Stuttgart

- › Islamistische Inhalte im Internet

Koordinierungsstelle Fanprojekte, Frankfurt am Main

- › Fußball und Gewalt
- › Jugendkriminalität – Gewalt im öffentlichen Raum

Kriminologische Zentralstelle e. V. (KrimZ), Wiesbaden

- › Opferschutz

Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), Düsseldorf

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien

LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz, Lüchow

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Stuttgart

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien

Mimikama – Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch, Wien

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

mobile.de GmbH, Kleinmachnow	<ul style="list-style-type: none"> › Sicherer Autokauf im Internet
Nationales Zentrum für Kriminalprävention, Bonn	<ul style="list-style-type: none"> › Mitarbeit Steuerungsgruppe
Nicht bei mir! - Initiative für aktiven Einbruchschutz, Berlin	<ul style="list-style-type: none"> › Einbruchschutz
No Hate Speech Movement & Neue deutsche Medienmacher, Berlin	<ul style="list-style-type: none"> › Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Radikalisierung › Verschwörungsmymen
Nummer gegen Kummer e.V., Wuppertal	<ul style="list-style-type: none"> › Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Radikalisierung › Verschwörungsmymen
PaX AG, Ingelheim	<ul style="list-style-type: none"> › Einbruchschutz
Redaktion Eduard Zimmermann/ Deutsche Kriminal-Fachredaktion GmbH, Ismaning	<ul style="list-style-type: none"> › XY-Preis-Verleihung › Zivilcourage › Einbruchschutz
Rocinante Film International GmbH, Freiburg im Breisgau	<ul style="list-style-type: none"> › Einbruchschutz
RTL interactive GmbH, Köln	<ul style="list-style-type: none"> › Betrug durch falsche Polizisten
Sozialwissenschaftliches Frauenforschungsinstitut Freiburg, Büro Berlin	<ul style="list-style-type: none"> › Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung
Sperr e. V. - Verein zur Förderung der Sicherheit in der Informations- gesellschaft, Berlin	<ul style="list-style-type: none"> › Missbrauch von Zahlungskarten (Sperr-Notruf 116 116)

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**Stiftung Deutsches Forum
für Kriminalprävention
(DFK), Bonn**

- › Einbruchschutz
- › Prävention Politisch motivierter Kriminalität
- › Zuwanderung
- › Mediensicherheit
- › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften
- › Häusliche Gewalt
- › Städtebau

TELENOT ELECTRONIC GmbH, Aalen

- › Einbruchschutz

Ufuq.de e. V., Berlin

- › Islamistische Inhalte im Internet
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

**Unabhängiger Beauftragter
für Fragen des sexuellen
Kindesmissbrauchs, Berlin**

- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

UNICEF Deutschland, Köln

- › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

**Universitätsklinikum Ulm,
Kinder- und Jugendpsychiatrie/
Psychotherapie, Arbeitsbereich:
Familie, Zeitpolitik & E-Learning,
Ulm**

- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

**Universität Tübingen, Kriminal-
prävention und Risikomanagement**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmythen

VdS Schadenverhütung GmbH, Köln

- › Einbruchschutz

**Verband für Fassadentechnik e. V.,
Frankfurt am Main**

- › Einbruchschutz

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

**WhatsApp Ireland Limited,
Dublin Irland**

- › Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
- › Kontrolle ist besser – Check Deinen Chat

WEISSER RING e. V., Mainz

- › Opferschutz
- › Prävention sexuellen Missbrauchs
- › Seniorensicherheit
- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**ZDF Digital Medienproduktion
GmbH, Mainz**

- › Opferschutz
- › Jugendschutz
- › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern

**ZDK – Gesellschaft
Demokratische Kultur, Berlin**

- › Islamistische Inhalte im Internet
- › Türkischer Ultranationalismus

**Zentralrat der Juden in
Deutschland, Berlin**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**Zentralrat Deutscher Sinti und
Roma, Heidelberg**

- › Antisemitismus
- › Gewalt
- › Hass im Netz
- › Radikalisierung
- › Verschwörungsmymen

**Zentralverband der Elektrotechnik-
und Elektroindustrie (ZVEI) e. V.,
Fachverband Sicherheitssysteme,
Frankfurt am Main**

- › Einbruchschutz



ANGEBOTE FÜR DIE BEVÖLKERUNG

BETRUG



Faltblatt „Vorsicht Karten-Tricks“

Informationen zu Risiken im unbaren Zahlungsverkehr sowie Tipps bei Kartenverlust.



Plakat „Karte weg? Sofort sperren!“

Informiert über die Sperrnotrufnummer 116 116.



Broschüre „Gut beraten im hohen Alter“

Informiert über Kriminalitätsformen, denen Menschen im fortgeschrittenen Alter und bei eingeschränkter Mobilität besonders ausgesetzt sind.



Broschüre „Im Alter sicher leben“

Informationen über Kriminalitätsformen, denen ältere Menschen ausgesetzt sind. Mit Tipps zum wirksamen Schutz vor solchen Straftaten.



Aufsteller „Achtung! Falsche Polizeibeamte!“

Soll potenziellen Opfern, insbesondere älteren Menschen, helfen, Betrugsversuche zu erkennen.



Comic „Der falsche Polizist“

Zeigt anschaulich die Vorgehensweise der Betrüger, die sich am Telefon als Polizisten ausgeben.

COMPUTER- UND INTERNETKRIMINALITÄT/MEDIENSICHERHEIT



Broschüre „Klicks-Momente für Internetnutzer“

Informationen über Gefahren bei der Nutzung der digitalen Medien und über Schutzmöglichkeiten.



Broschüre „Onlinetipps für Groß und Klein“

Klärt über verschiedene Aspekte der Sicherheit im Umgang mit elektronischen Medien sowie über Gefahren im Internet auf.



Hallo-Heft „Smartphone & Co. - sicher nutzen!“

Umfangreiche Informationen zur Medienkompetenz und Mediensicherheit im Alltagsleben der Kinder.

COMPUTER- UND INTERNETKRIMINALITÄT/MEDIENSICHERHEIT



Filmspots „Chatten & surfen. Aber sicher!“

Richtiges Verhalten im Internet mit dem ehemaligen Fußball-Nationalspieler Bastian Schweinsteiger und Moderator Rudi Cerne.



Faltblatt „Schutz vor Cyberangriffen“

Grundlegende Informationen zur IT-Sicherheit von kleinen und mittleren Unternehmen.

DIEBSTAHL/EINBRUCH/RAUB



Broschüre „Sicher wohnen“

Empfehlungen zu technischen Sicherheitsvorkehrungen sowie Verhaltenstipps zum Schutz vor Wohnungseinbruch.



Faltblatt „Sicher wohnen“

Die wichtigsten Informationen der Broschüre „Sicher wohnen“ in knapper Form.



Infokarte „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Infos über die Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH. Mit Sicherheitstipps.



Autogrammkarte „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Die K-EINBRUCH-Botschafterin Kristina Vogel wirbt für die Einbruchschutzkampagne und www.k-einbruch.de.



Autogrammkarte „Die Elster. Ein Profi-Einbrecher packt aus“

Der fiktive Einbrecher „Die Elster“ wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und die Elster-Kurzfilme.



Pappaufsteller „Die Elster“

Lebensgroßer „Starschnitt“ der Elster mit Dispenser für Autogrammkarten. Zu bestellen bei der Zentralen Geschäftsstelle.

DIEBSTAHL/EINBRUCH/RAUB



Haftnotizen-Set „Tipps für ein sicheres Zuhause“

Das Set wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und beinhaltet einen 25er-Block Haftnotizblätter.



Plakat „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Das Plakat wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und den Internetauftritt www.k-einbruch.de.



Broschüre „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“

Ausführliche Informationen und Tipps zum Schutz gegen Einbruch in Gewerbeobjekte.



Ihr Sicherheitspaket der Polizei

Die mehrseitige Klappkarte enthält polizeiliche Empfehlungen für einen wirksamen Einbruchschutz.



Faltblatt „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“

Enthält die wichtigsten Informationen der Broschüre „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“ in knapper Form.



Faltblatt „Tipps für mehr Sicherheit: Schlagen Sie Alarm!“

Informationen über Einbruch- und Überfallmeldeanlagen zum Schutz von Personen, Wohnungen und Gewerbeobjekten.



Faltblatt „Ganze Sicherheit für unser Viertel!“

Hinweise, wie Nachbarschaftshilfe zum Schutz vor Einbruch effektiv funktionieren kann.



Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich aus“

Informiert über die staatliche Förderung von Einbruchschutz. Herausgegeben vom DFK, nur online verfügbar



Aufkleber „Vorsicht! Wachsender Nachbar“

Streu- und Werbemittel für Nachbarschaftshilfe und Schutz vor Einbruchdiebstahl.

DIEBSTAHL/EINBRUCH/RAUB



Aufkleber

„Meine Nachbarn schauen hin!“

Streu- und Werbemittel für Nachbarschaftshilfe und Schutz vor Einbruchdiebstahl.



Aufkleber

„Tag des Einbruchschutzes 2022“

Streu- und Werbemittel für den Tag des Einbruchschutzes 2022.



Faltblatt „Sprühende

Fantasie kann teuer werden!“

Informationen für Eltern, wie sie illegales Spraysen ihrer Kinder verhindern oder richtig darauf reagieren können.



Faltblatt

„Schlauer gegen Klauer“

Tipps gegen die Tricks von Taschendieben mit Empfehlungen für Opfer und Zeugen.



Faltblatt

„Be smarter than the thief!“

Informiert in englischer Sprache, wie Taschendiebe vorgehen.



Plakat

„Sei schlauer als der Klauer!“

Informationen zum Schutz vor Taschendieben mit Verhaltenstipps und QR-Code.



Faltblatt „Langfinger machen niemals Urlaub“

Ratgeber zum Schutz gegen unliebsame Überraschungen in den „schönsten Wochen des Jahres“.



Faltblatt „Sicherheit rund ums Fahrzeug“

Informationen zum Schutz gegen Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen.



Plakat „Achtung: Autodieb!“

Appell zum Diebstahlschutz von Kraftfahrzeugen. Mit Verhaltenstipps und QR-Code.

DIEBSTAHL/EINBRUCH/RAUB



Faltblatt „Räder richtig sichern“
Informationen zur Sicherung und Registrierung des Fahrrads. Mit Fahrradpass zum Heraustrennen.



Aufkleber „Finger weg! Mein Rad ist codiert!“
Weist auf die angelegte Codierung des Fahrrads hin, um so potenzielle Diebe abzuschrecken.



Fahrradpass-App
Hier können alle Daten, die zur Identifizierung eines gestohlenen Fahrrads beitragen, gespeichert werden. Erhältlich im App Store und bei Google play.

Links zur App



(iOS)



Boots-Pass „Mein Boot ist codiert!“
Zur Erfassung der individuellen Merkmale eines Bootes, um es im Fall von Diebstahl leichter sicherstellen zu können. Nur online verfügbar.



Plakat „Schützen Sie, was Ihnen lieb und teuer ist!“
Bewirbt den Internetauftritt **www.polizei-beratung.de** und weist auf 50 Jahre Zusammenarbeit in der Polizeilichen Kriminalprävention.

GEWALT



Broschüre „Wege aus der Gewalt“

Informationen für Eltern zu Ursachen und Folgen von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen.



Hallo-Heft „Gemeinsam sind wir stark“

Beschreibt Erfahrungen zu Gewalt, Mobbing, Erpressung und Chatten im Internet und nennt Verhaltensregeln.



Faltblätter „Schutz bei Terror und Amok“

Informationen über Extremsituationen wie terroristische Anschläge, Amoktaten oder bewaffnete Angriffe.



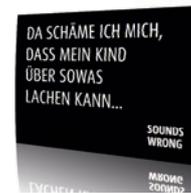
Broschüre „Missbrauch verhindern!“

Informiert Eltern über sexuellen Kindesmissbrauch und wie im Verdachtsfall gehandelt werden kann.



Plakate „Missbrauch verhindern!“

Die Plakate transportieren die Botschaften der Kampagne „Missbrauch verhindern!“



Infokarte „sounds wrong“

Bewirbt die Social Media-Kampagne zur Verhinderung der Verbreitung von Kinderpornografie im Internet.

JUGENDSCHUTZ/SUCHT/DROGEN



Plakatsatz „Polizei für dich“

Bewirbt den Internetauftritt www.polizeifürdich.de für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren.



Infokarte „Polizei für dich“

Bewirbt den Internetauftritt www.polizeifürdich.de für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren.



Infokarte „Polizei für dich“ (mehrsprachig)

Weist auf die deutschsprachige kinder- und jugendaffine Internetseite www.polizeifürdich.de hin.

JUGENDSCHUTZ/SUCHT/DROGEN



Aufkleber „Polizei für dich“

Bewirbt den Internetauftritt www.polizeifürdich.de für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren.



Hallo-Heft „Polizei für dich“

Beinhaltet umfangreiche Informationen zur Rolle und Aufgaben der Polizei in kindgerechter Art.



Hallo-Heft „Geflüchtet“

Das Heft erklärt in kindgerechter Form das Thema Krieg, Flucht und Neuanfang in einem fremden Land.



Broschüre „Sucht erkennen und vorbeugen“

Informationen für Eltern zu den Ursachen und Folgen des Konsums legaler und illegaler Drogen. Mit Hinweisen zur Vorbeugung.



Faltblatt „Jugendschutzgesetz“

Tabellarische Übersicht wesentlicher Jugendschutzvorschriften für Zuwandererfamilien. In sechs Sprachen.

OPFERSCHUTZ



Handzettel Opferschutz

Insgesamt sieben Handzettel mit Erstinformationen für Opfer und deren Angehörige.



Plakatserie Opferschutz

Acht Plakate, die Opfer oder deren Angehörige dazu bringen sollen, Anzeige zu erstatten.



Faltblatt „So hilft die Polizei Kriminalitätsoffern“

Informationen über Hilfen der Polizei für Opfer von Kriminalität. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT



Faltblatt „Friedliches Demonstrieren ist Ihr Grundrecht“

Erläutert das Grundrecht auf („friedliche“) Versammlungsfreiheit sowie Rolle und Aufgaben der Polizei wie z. B. Schutz der Grundrechte.



Plakat „Demo JA – Gewalt NEIN“

Betont das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und fordert gleichzeitig dazu auf, sich von Straftaten und Gewalt zu distanzieren.



Plakat „Für Ihre Grundrechte gehen wir auf die Straße“

Fordert zu friedlichen Formen von Protest und Demonstration auf.



Infokarte „Für eine sichere Veranstaltung“

Ruft zum friedlichen Demonstrieren auf und bittet um Verständnis für polizeiliche Kontrollen.



Infokarte „Demo: Ja! Gewalt: Nein!“

Mit Anstecker für Veranstaltungsteilnehmer, die damit am Aufruf zu friedlichem Protest mitmachen können.



Faltblatt „Autofahrer aufgepasst: Mitfahrer genau prüfen!“

Beschreibt, wie Schleuser Online-Mitfahrzentralen für ihre Zwecke missbrauchen.

VERKEHRSPRÄVENTION



Faltblatt „Einfach sicherer unterwegs“

Die wichtigsten Regeln im Straßenverkehr und Vorschriften für Radfahrer. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Faltblatt „Bahnverkehr: Informationen der Polizei für Ihre Sicherheit“

Warnt vor Gefahren bzw. vermittelt richtiges Verhalten im Schienenverkehr. Mit Notfallkarte. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Plakatsatz „Sicherheit im Straßen- und Bahnverkehr“

Richtiges Verhalten im Schienenverkehr, Verkehrsregeln für Fußgänger und Radfahrer. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.

ZIVILCOURAGE



Faltblatt „Zivilcourage zeigen“

Sechs Botschafter vermitteln die wichtigsten Regeln, wie Augenzeugen von Straftaten oder eskalierenden Konflikten Zivilcourage zeigen können.



Plakat „Im Notfall: So verhalten Sie sich richtig!“

Vermittelt Regeln zum richtigen Verhalten im Notfall. Auf Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch.

KRIMINALITÄT ALLGEMEIN



Faltblatt „Für ein gutes Zusammenleben“

Beschreibt die Rolle der Polizei sowie Regeln für ein gutes Zusammenleben. Mit den wichtigsten Notrufnummern. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Infokarte „Wissen schützt“

Die Infokarte wirbt für das Internetportal www.polizei-beratung.de.



Informationsblätter

Informationen für bestimmte Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppen. Themen von Offertenschwindel über Vorauszahlungsbetrug bis Enkeltrick.



ANGEBOTE FÜR FACHKRÄFTE UND MULTIPLIKATOREN

COMPUTER- UND INTERNETKRIMINALITÄT/MEDIENSICHERHEIT



Handreichung „Schule fragt. Polizei antwortet.“

Informationen zur Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen.



Medienpaket „Verklickt!“

Stärkt den sicheren Umgang mit digitalen Medien. Für den Einsatz im Schulunterricht ab Klasse 7 vorgesehen.

EXTREMISMUS



Medienpaket „Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen“

Unterstützt Fachkräfte in Schule, Jugendarbeit und Polizei bei den Themen Islamismus und Islamfeindlichkeit.



Medienpaket „Mitreden!“

Befasst sich mit Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistischer Internetpropaganda und fördert die Medienkompetenz junger Menschen.



Filme

„Die besten Spots gegen Rechts“ Spots mit Botschaften gegen rechts-extremistische oder fremdenfeindliche Einstellungen. Nur online verfügbar.

GEWALT



Handreichung „Herausforderung Gewalt“

Arbeitsgrundlage zur Gewaltprävention an Schulen mit Erläuterungen von Erscheinungsformen von Gewalt. Nur online verfügbar.



Medienpaket „Abseits?!“

Arbeitsmaterial für Schulen zur Gewaltprävention. Mit sechs Kurzfilmen zu verschiedenen Formen von Gewalt sowie Begleitheft.



Handreichung „Kinder schützen“

Informationen zu Erscheinungsformen und Risikofaktoren von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung. Mit Empfehlungen für den Verdachtsfall.

GEWALT



Medienpaket „Heimspiel“

Film für die Arbeit mit gewaltge-
neigten Jugendlichen in der außer-
schulischen Jugendarbeit. Mit medi-
enpädagogischem Begleitheft.



Handreichung „Beschäftigte vor Übergriffen schützen“

Informationen für Personalverantwor-
liche, wie sie ihre Beschäftigten vor
Kundenübergriffen schützen können.



Faltblatt „Wie Sie sich vor Übergriffen Ihrer Kunden schützen“

Tipps zum Schutz vor Übergriffen
durch Kunden für Beschäftigte an
Arbeitsplätzen mit Kundenverkehr.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT



Handreichung „Radikalisierung erkennen und Anwerbung verhindern“

Orientierungshilfe für Haupt- und
Ehrenamtliche in der Arbeit mit ge-
flüchteten Personen.

SICHERHEITSTECHNIK



Handreichung „Gemeinschafts- unterkünfte für Zuwanderer sicher gestalten“

Entscheidungshilfe für Betreiber von
Unterkünften und deren Sicherheit.

STÄDTEBAU



Handreichung „Schutz vor Überfahrtaten“

Unterstützt Kommunalverantwortliche
bei der Erarbeitung von Zufahrts-
schutzkonzepten.

ZIVILCOURAGE



Plakatsatz „Aktion-tu-was“

Sechs Botschafter transportieren
die Regeln der „Aktion-tu-was“ für
mehr Zivilcourage auf insgesamt
sechs Plakaten.

WERBEMITTEL



Prospekt-Aufsteller

Die Prospekt-Aufsteller für Broschü-
ren und/oder Faltblätter dienen zur
Bewerbung und Verteilung der Medien
der Polizeilichen Kriminalprävention.

ONLINE-ANGEBOTE



www.polizei-beratung.de

Das Internetportal bietet der Bevölkerung, Kooperationspartnern in der Prävention sowie interessierten Fachleuten im Medienbereich umfassende Informationen zu einem breiten Spektrum an Themen der Kriminalitätsvermeidung und des Opferschutzes.



www.k-einbruch.de

Die Website ist Kern der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH. Sie bietet Informationen der Polizei zum Thema Einbruchschutz, einen umfangreichen Pressebereich und verlinkt auf die Kooperationspartner der Kampagne. Zusätzlich gibt es sicherungstechnische und verhaltensorientierte Empfehlungen zum Schutz vor Haus- und Wohnungseinbruch in interaktiver Form.



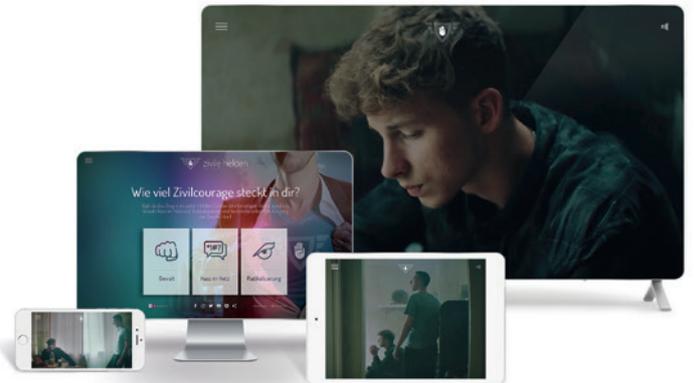
www.polizeifürdich.de

Das Online-Angebot „Polizei für dich“ ist der Internetauftritt der Polizeilichen Kriminalprävention für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren. Er informiert in zielgruppengerechter Sprache über polizeirelevante Themen wie beispielsweise Diebstahl, Körperverletzung, Drogen oder Sachbeschädigung, mit denen Kinder und Jugendliche oftmals konfrontiert werden. Außerdem bietet die Seite fundierte Rechtsinformationen und zeigt unter anderem, wie ein Strafverfahren abläuft. Darüber hinaus erhalten die jungen Nutzerinnen und Nutzer Informationen über Hilfeangebote. Eine Suchfunktion und ein ausführliches Glossar ergänzen die Seite.



www.aktion-tu-was.de

Internetplattform der Initiative „Aktion-tu-was“, die junge Menschen für Zivilcourage gewinnen möchte. Kernbotschaft ist die Vermittlung der sechs wichtigsten Verhaltensregeln beim Beobachten von Straftaten.



www.zivile-helden.de

Das Online-Angebot ist die Website der Kampagne „Zivile Helden“, die aus dem Forschungsprojekt PräDiSiKo hervorgegangen ist. Die Kernbotschaft der Seite ist die Förderung von Zivilcourage. Interaktive Musikvideos zu den Themen Gewalt im öffentlichen Raum, Hass im Netz und Radikalisierung vermitteln jungen Menschen Handlungsmöglichkeiten für den Ernstfall. Zu jedem Video gibt es zudem ein Quiz, wodurch die polizeilichen Empfehlungen zur Zivilcourage vertiefend vermittelt werden. Darüber hinaus erhalten die Nutzerinnen und Nutzer Hintergrundinformationen und Tipps zu den einzelnen Themen und eine Übersicht über mögliche Ansprechpartner und Hilfsangebote.



www.soundswrong.de

Das Online-Angebot informiert über die bundesweite Kampagne der Polizeilichen Kriminalprävention gegen die strafbare Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch Kinder und Jugendliche. Dieses richtet sich in erster Linie an erwachsene Bezugspersonen von Minderjährigen und erklärt, welche Folgen das Teilen von strafbaren Inhalten über Chats oder Messenger auch für Minderjährige haben kann. Im Mittelpunkt stehen Empfehlungen zum Melden von Missbrauchsdarstellungen und zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen.

SOCIAL MEDIA-ANGEBOTE



Facebook

Fotos, Videos und Präventionsbotschaften – unser Social Media-Angebot bei Facebook bietet Tipps von A wie Angst im Dunkeln bis Z wie Zivilcourage. Wir bleiben im Dialog und geben einfache Präventionstipps – nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Eltern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Interessierte in der Altersgruppe 35-65 und darüber hinaus. Außerdem kommentieren wir als „Zivile Helden“ unter anderen Beiträgen und streuen so unsere Inhalte.

www.facebook.com/ZiviHelden/



Twitter

Unser Angebot auf Twitter richtet sich an Journalistinnen und Journalisten sowie Menschen, die beim Blick auf das aktuelle Tagesgeschehen die Prävention nicht aus den Augen verlieren möchten. In der Diskussion bleiben rund um unsere Themen, neuen Produkte und Pressemitteilungen – das möchten wir mit unseren Followern, und sie so auch mithilfe der Twitterrends über unsere Inhalte informieren.

www.twitter.com/ZivileHelden



Instagram

Bildsprache in der Prävention ist nicht immer einfach – doch gepaart mit jugendlich formulierten Kurztipps und einem Wiedererkennungswert erreichen wir die Zielgruppe 18-40, die unsere Inhalte bereits kennt und möchten die Beratung statt Kontrolle durch geschickt platzierte audiovisuelle Inhalte und klare Regeln für den gesellschaftlichen Umgang noch verstärken.

www.instagram.com/zivilehelden/



Youtube

Der Kanal Polizeiprävention existiert bereits seit Jahren auf dem Online-Video-Portal. Es dient als Kommunikationskanal für unsere hochwertig produzierten Kampagnen-Videos. Über die Abonnement-Funktion sind wir gut erreichbar, alle Abonnierenden werden sofort über ein neu hochgeladenes Video informiert und können kommentieren, liken und über alle sozialen Netzwerke teilen.

www.youtube.com/user/Polizeipraevention

Für die aus dem Forschungsprojekt PräDiSoKo hervorgegangene Kampagne „Zivile Helden“ unterhält die Polizeiliche Kriminalprävention einen weiteren Kanal auf Youtube. Dort sind alle Versionen der drei zur Kampagne gehörenden Musikvideos abgelegt und können ohne die interaktiven Elemente konsumiert werden.

www.youtube.com/channel/UCN7q1FRvNqdKnxw_LVrMvIQ

Posten und teilen erwünscht!

Die aktuellen Beiträge für die Social Media-Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention können in der Regel freitags für die jeweils kommende Woche im Internet unter www.polizei-beratung.de/medienangebot bzw. im polizeilichen Extranet unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal> heruntergeladen werden.

INTERNE ANGEBOTE FÜR DIE POLIZEI



Medienpaket „Vorsicht Taschendiebe!“

Der Film zeigt verschiedene Vorgehensweisen der Taschendiebe und das richtige Verhalten potenzieller Opfer auf. Mit Filmbegleitheft und Bonusmaterial.



Handreichung „Interkultureller Dialog“

Beschreibt, wie eine konfliktarme Bewältigung polizeilicher Einsätze bei Menschen aus muslimischen Herkunftsländern erreicht werden kann. Nur online verfügbar.



Handreichung „Der ideale Türke“

Eine Handreichung für Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit, Familien und Politik zum Ultranationalismus der Grauen Wölfe in Deutschland.



Handreichung „Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit“

Arbeitshilfe zur Planung, Durchführung und Bewertung von kriminal- und verkehrsunfallpräventiven Projekten. Nur online verfügbar.



Infokarte „Aufmerksam unterwegs!“

Konkrete Handlungsempfehlungen für Mitarbeiter des ÖPV beim Auffinden von verdächtigen Gegenständen und Gepäckstücken. Mit Praxisbeispielen.



Plakatserie „Aufmerksam unterwegs“

Drei Plakate (Motiv: Einkaufen, Bahn und Bus) mit der Botschaft „Achten Sie auf herrenlose Gepäckstücke“.



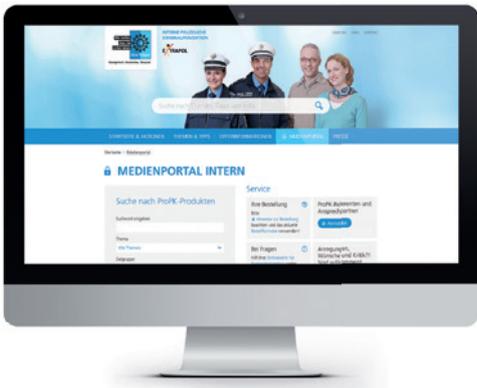
Plakat „Aufmerksam unterwegs“ (ÖPV)

Konkrete Handlungsempfehlungen für Mitarbeiter des ÖPV beim Auffinden von verdächtigen Gegenständen und Gepäckstücken.



Plakat „Aufmerksam unterwegs“ (Schiff)

Plakat mit der Botschaft „Achten Sie auf herrenlose Gepäckstücke“. Für Schifffahrtsbetriebe.



Medienportal Polizeiliche Kriminalprävention

Datenbankanwendung für Polizeibeschäftigte, mit der sich das Informationsangebot der Polizeilichen Kriminalprävention einfach und schnell recherchieren lässt. Jedes Produkt ist bezüglich Inhalt, Einsatzmöglichkeiten und Bezugsquelle kurz beschrieben. Abzurufen im polizeilichen Extranet unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal/>.



Der PiN – Polizeiinterner Newsletter

Der Newsletter informiert Polizeibeschäftigte über neue Medien, aktuelle Präventionstipps und Fundstücke aus den sozialen Medien. Der PiN erscheint immer dann, wenn wir etwas Interessantes an unserer digitalen Pinnwand heften haben. Anmeldung im polizeilichen Extranet unter <http://polizei-beratung.extrapol.de/newsletterextrapol/>.

ANSPRECHPARTNER DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Landeskriminalamt

Baden-Württemberg

Polizeiliche Kriminalprävention
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart
Tel.: 0711/5401-0, -3458
E-Mail: praevention@polizei.bwl.de
www.polizei-bw.de

Bayerisches Landeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention
Maillingerstraße 15
80636 München
Tel.: 089/1212-0, -4144
E-Mail: blka.sg513@
polizei.bayern.de
www.polizei.bayern.de

Polizei Berlin Landeskriminalamt

Zentralstelle für Prävention
Columbiadamm 4
10965 Berlin
Tel.: 030/4664-0, -979114
E-Mail: lkpraev@polizei.berlin.de
www.polizei.berlin.de

Polizeipräsidium Land Brandenburg

Polizeiliche Kriminalprävention
Kaiser-Friedrich-Str. 143
14469 Potsdam
Tel.: 0331/283-4260
E-Mail: polizeiliche.praevention@
polizei.brandenburg.de
www.polizei.brandenburg.de

Polizei Bremen

Präventionszentrum
Am Wall 195
28195 Bremen
Tel.: 0421/362-19003
E-Mail: praeventionszentrum@
polizei.bremen.de
www.polizei.bremen.de

Landeskriminalamt Hamburg

Polizeiliche Kriminalprävention
Überseering 35
22297 Hamburg
Tel.: 040/4286-70300
E-Mail: kriminalpraevention@
polizei.hamburg.de
www.polizei.hamburg.de

Hessisches Landeskriminalamt

Zentralstelle Kriminal- und
Verkehrsprävention
Hölderlinstraße 1-5
65187 Wiesbaden
Tel.: 0611/83-0, -8485
E-Mail: beratungsstelle.hlka@
polizei.hessen.de
www.polizei.hessen.de

Landeskriminalamt

Mecklenburg-Vorpommern

Polizeiliche Kriminalprävention
Retgendorfer Straße 9
19067 Rostock
Tel.: 03866/64-0, -6111
E-Mail: praevention@lka-mv.de
www.polizei.mvnet.de

Landeskriminalamt

Niedersachsen

Dezernat FRJ – Zentralstellen
Forschung, Prävention, Jugend
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Tel.: 0511/26262-0, -1203
E-Mail: praevention@lka.polizei.
niedersachsen.de
www.polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt

Nordrhein-Westfalen

Polizeiliche Kriminalprävention
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211/939-0, -3205
E-Mail: vorbeugung@polizei.nrw.de
<https://lka.polizei.nrw.de>

Landeskriminalamt

Rheinland-Pfalz

Polizeiliche Prävention
Valenciaplatz 1-7
55118 Mainz
Tel.: 06131/65-0
E-Mail: LKA.LS3.MA@polizei.rlp.de
www.polizei.rlp.de

Landespolizeipräsidium Saarland

Polizeiliche Kriminalprävention
Graf-Johann-Straße 25-29
66121 Saarbrücken
Tel.: 0681/962-0, -2868
E-Mail: lpp20@polizei.slpol.de
www.saarland.de/polizei.htm

Landeskriminalamt Sachsen

Polizeiliche Kriminalprävention
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Tel.: 0351/855-0, -2309
E-Mail: praevention.lka@
polizei.sachsen.de
www.polizei.sachsen.de

Landeskriminalamt

Sachsen-Anhalt

Polizeiliche Kriminalprävention
Lübecker Straße 53-63
39124 Magdeburg
Tel.: 0391/250-0, -2440
E-Mail: praevention.lka@
polizei.sachsen-anhalt.de
www.polizei.sachsen-anhalt.de

Landespolizeiamt

Schleswig-Holstein

Polizeiliche Kriminalprävention
Mühlenweg 166
24116 Kiel
Tel.: 0431/160-0, -65555
E-Mail: kiel.lpa132@
polizei.landsh.de
www.polizei.schleswig-holstein.de

Landespolizeidirektion

Thüringen

Polizeiliche Kriminalprävention
Andreasstraße 38
99084 Erfurt
Tel.: 0361/662-0, -3171
E-Mail: praevention.lpd@
polizei.thueringen.de
www.thueringen.de/th3/polizei

Bundespolizeipräsidium

Polizeiliche Kriminalprävention
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: 0331/97997-0
E-Mail: kriminalpraevention@
polizei.bund.de
www.bundespolizei.de

Bundeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention (IZ 34)
65173 Wiesbaden
Tel.: 0611/55-18034, -18068
E-Mail: iz34-propk@bka.bund.de
www.bka.de

IMPRESSUM

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, insbesondere eine Reproduktion oder Vervielfältigung – auch in den elektronischen Medien – bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Herausgebers.

Herausgeber

Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes
Zentrale Geschäftsstelle
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart
www.polizei-beratung.de

Redaktion

Julia Christiani
Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes

Bildnachweis

Fotos:

LKA Schleswig-Holstein (S. 5)
Polizeiliche Kriminalprävention (S. 21; 24; 27; 34; 35; 48)
Ralf Klamann (S. 22; 60)
Maik Goering (S. 30; 39; 43; 53)
Adobe Stock/hydebrink (S. 41)
Fotolia/Harald Richter (S. 57)

Abbildungen:

Polizeiliche Kriminalprävention (S. 7; 8; 9; 11; 12; 13; 15;
16; 17; 19; 26; 31; 32; 38; 45; 46; 47; 50; 52; 54; 55; 56;
62; 65)

Gestaltung

Oscar Charlie GmbH, Stuttgart

Druck

Pfitzer GmbH & Co. KG
Benzstraße 39
71272 Renningen

Stand

03/2022



EINE PUBLIKATION IHRER POLIZEI.

Weitere Infos finden Sie unter
www.polizei-beratung.de

Herausgeber:
**Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes**
Zentrale Geschäftsstelle
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

**Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.**



Ihre Polizei